

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK &
WELTWIRTSCHAFT

VI. JAHRGANG

7.

HEFT / JULI 1929

ASER: Reparationsbank und Goldwert — GROTT-
OPP: Amerikanische Zollpolitik der Zukunft —
KADING: Machtgrundlagen der Sowjet-Regierung —
EYSCHÜTZ: Das Monopol des Außenhandels-Kom-
sariats — ZECK: Wesen der Agrarkrisen —
MANN: Chinas neue Gesetzgebung — GANZER:
Geopolitik der Fischerei
OPOLITISCHE BERICHTE AUS DER GANZEN WELT

BERLIN / KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgeber *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor an der Universität, Gen.-Major a. D., München O 27, Kolberger Straße 18, Tel. 480444. *Dr. E. Obst*, o. Professor an der Techn. Hochschule, Hannover, Scharnhorststraße 14, Tel. Nord 8186 und *Dr. O. Maull*, o. Professor an der Universität Graz, Hilnteichstraße 22, Tel. 2655

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgegeben von *A. Ball*, Berlin W 9, Linkstr. 25, Tel. Nollendorf 7348, unt. ständig. Mitarbeit von *Dr. Kurt Wiedenfeld*, Geh. Leg.-Rat, o. Prof. a. d. Univ., Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Str. 80 u. Privatdoz. *Dr. Hermann Lautensach*, Gießen, Ostanlage 25. Schriftleitung: *Kurt Vowinckel*, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83, Tel. Pfalzburg 2234

VI. JAHRGANG / HEFT 7 / JULI 1929

AUFSÄTZE ZUR WELTPOLITIK:

- Sir Drummond Fraser* Der Einfluß der internationalen Reparationsbank auf die Schwankungen des Goldwertes... 521
Sir George Paish Die kommende Welthandelskrise..... 523

GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNGEN:

- Karl Haushofer* Bericht über den indopazifischen Raum..... 526
Otto Maull Berichterstattung aus der amerikanischen Welt 536

AUS DER WELTWIRTSCHAFT:

- Gerhard Herrmann* Weltwirtschaftlicher Bericht..... 543
Wilhelm Grotkopp..... Wie wird die amerikanische Zollpolitik der Zukunft aussehen?..... 547
Hans Zeck..... Vom Wesen der Agrarkrisen 559
Heinz Konrad Haushofer... Agrarprobleme im agrar-geographischen Licht 567

GEOPOLITISCHE UNTERSUCHUNGEN:

- Erhard Mäding*..... Die Machtgrundlagen der Sowjetunion..... 569
R. Freyschütz Das Außenhandelskommissariat und sein Monopol 586
Gustav Amann Chinas neue Gesetzgebung 596
Karl Ganzer Zur Geopolitik der Fischerei..... 603

LITERATURBERICHTE:

- Hermann Lautensach* Ein geopolitischer Typen-Atlas 608

EINZELHEFT RM. 2.50

Vierteljahr RM. 6.- / Jahrgang mit Register RM. 25.-

Gebunden RM. 30.- / Register für den Jahrgang RM. 1.- / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke f. den Halbjahresband RM. 2.-

POSTSCHECKKONTO: KURT VOWINCKEL VERLAG / BERLIN 18769 / WIEN 55918

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Gustav Amann, Schanghai, 25 Kelmscott Gardens — *Sir Drummond Fraser*, London — Dipl.-Volkswirt *R. Freyschütz*, Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 149/1 — *Karl Ganzer*, München, Eulaliastr. 33 — *Dr. Wilhelm Grotkopp*, Kiel, Holtenauer Str. 82/III — *Dr. Heinz Konrad Haushofer*, Hartschimmelhof b. Paehl, Obb. — *Dr. Karl Haushofer*, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — *Dr. Gerhard Herrmann*, Leipzig, Burgstr. 14 — Privatdozent *Dr. Hermann Lautensach*, Gießen, Ostanlage 25 — *Dr. Erhard Mäding*, Leipzig, Grimmaische Str. 32, Kolonialgeogr. Seminar — *Dr. Otto Maull*, o. Professor a. d. Universität, Graz, Hilnteichstr. 22 — *Sir Georg Paish*, London — *Dr. Hans F. Zeck*, Berlin SO 36, Graetzstr. 33

**KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD
HOHENZOLLERN DAMM 83**

SIR DRUMMOND FRASER:

*Der Einfluß der internationalen Reparationsbank auf die
Schwankungen des Goldwertes*

Immer noch jammern ein paar Stimmen in der Wüste über Europas Rückkehr zur Goldwährung nach dem Kriege; im allgemeinen hat man sich aber glücklich mit der Tatsache abgefunden. Die Gründe dafür und dagegen mögen der Bierbankpolitik noch lange Gesprächsstoff liefern; die Geschäfts- und Finanzwelt hat sich weit mehr mit der Frage zu beschäftigen, wie das Edelmetall währungspolitisch auszunützen ist, anstatt sich mit der sehr entfernten Möglichkeit der Einführung irgendeines anderen Wertmessers zu befassen.

Die Vorzüge des Goldes als Währungsgrundlage werden in jedem Lehrbuch auseinandergesetzt, aber seine nicht unbeträchtlichen Mängel sind bei weitem nicht allgemein bekannt. Die wahre Stärke des Goldes liegt darin, daß es von allen zivilisierten Nationen angenommen wird; seine Schwäche darin, daß es selbst eine Ware ist, die gekauft und verkauft werden kann und infolgedessen einen ständig wechselnden Preis hat. Wenn der Käufer eines Meters Baumwolltuch im Juni ein kürzeres Stück bekäme als im Januar, würde er sicher eine unverrückbare, stabile Festlegung der Maßeinheit fordern. Kauft man jedoch für 10 Mark, so erhält man zu verschiedenen Zeiten verschiedene Mengen ein und derselben Ware. Solche Schwankungen können ihre Ursache in veränderten Bedingungen haben, die Angebot und Nachfrage der betreffenden Ware beeinflussen; sie können aber auch der Ausdruck einer Veränderung der Maßeinheit oder mit anderen Worten der Kaufkraft des Goldes sein.

Im 16. Jahrhundert störte der Zufluß von Edelmetallen aus der Neuen Welt das wirtschaftliche Gleichgewicht Europas, während um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts die Erschließung neuer Goldfundstätten eine kaum weniger tiefgehende Beunruhigung der Wirtschaftsverhältnisse aller Länder hervorrief. Soweit man jetzt voraussehen kann, sind entscheidende Umwälzungen der Goldproduktion in den nächsten Jahrzehnten nicht zu erwarten, aber die Weltnachfrage nach Gold, die Goldverteilung unter den Nationen und die Brauchbarkeit des Goldes für Währungszwecke können von Zeit zu Zeit bedenklichen Schwankungen unterliegen. Eine hervorragend sachkundige Persönlichkeit hat die jetzige Lage mit der verschiedener Kapitäne verglichen, die ihre Schiffe an derselben Boje festlegen, aber die Boje selbst frei dem Spiel der Winde und der Strömungen überlassen.

Das Problem ist absolut nicht akademisch, sondern von einschneidender Bedeutung für alle Staaten, und es wäre höchst wünschenswert, daß sich eine internationale Körperschaft mit der Möglichkeit der Stabilisierung des Goldwertes beschäftigte. Vor einem Jahr nahm der Wirtschaftsausschuß des Völkerbunds die Angelegenheit auf. Die Vorarbeiten und die Materialsammlungen aus allen Staaten sind seitdem gut vorgeschritten, so daß die Wirtschaftler in wenigen Monaten eine Unzahl wertvoller Daten zur Beurteilung der Art und des Umfangs der Frage zur Hand haben werden. Allerdings kann es noch lange Zeit dauern, ehe man sich auf positive Maßnahmen einigen wird, und noch länger, bevor alle Völker diese Maßnahmen annehmen und in die Praxis umzusetzen beginnen. Neuerdings kann man einige Hoffnung aus den Vorschlägen der Sachverständigenkonferenz zur Errichtung einer internationalen Bank schöpfen. Wenn sich auch eine derartige Einrichtung offiziell nur mit den Finanzoperationen im Zusammenhang mit Reparationen und interalliierten Schulden zu befassen hat, so bedürfen doch ihre Arbeitsmöglichkeiten als „Bankier der Goldwährung“ keiner weiteren Erläuterung.

Die Methoden, deren sich die internationale Bank zur Vermeidung schwankender Preise bedienen könnte, gliedern sich im wesentlichen in zwei Gruppen. Zunächst könnte sie als eine Art Zentralstelle zur Verteilung des Goldes fungieren, so daß kein Land eine größere Menge des kostbaren Metalls aufsaugen könnte, als es Handel und Wirtschaft erfordern. Je besser die Goldverteilung durchgeführt wird, um so geringer ist offenbar auch die Möglichkeit einer Krise. Zweitens würde eine internationale Körperschaft, deren Finger sozusagen am Puls der Weltwährung ruht, frühzeitig jedes Anzeichen einer Gleichgewichtsstörung im Verhältnis des Goldes zu den Waren bemerken und energische Maßnahmen treffen, um dem entgegenzuwirken. Es ist z. B. höchst unwahrscheinlich, daß sich die Goldvorräte der Welt in genau demselben Maße steigern werden wie der Welt-handel. Der Umfang der Güterproduktion und der Güterveredelung scheint sich (infolge des ständigen Wachsens der Bevölkerung sowie der technischen und wissenschaftlichen Hilfsmittel) schneller zu vergrößern als die Ausbeute sämtlicher Goldminen selbst unter den günstigsten Umständen. Eine internationale Bank könnte jedoch allen mehr oder weniger lang dauernden Störungen des Währungs-gleichgewichts durch eine entsprechende Regulierung ihrer Kreditpolitik entgegenwirken; sie kann eine bestimmte Menge Gold je nach den Umständen „mehr Arbeit“ oder „weniger Arbeit“ leisten lassen.

Die „Internationale Bank“ brauchte sich keineswegs nur in den eben angedeuteten Richtungen zu betätigen. Ihr praktischer Erfolg hängt aber zunächst von der Unterstützung ab, die ihr die Zentralbanken der verschiedenen Staaten zuteil werden lassen. Schon jeder Versuch eines einflußreichen Staates, Gold weniger zum Vorteil von Industrie und Handel als in Rücksicht auf einen zukünftigen Krieg aufzuspeichern, wäre eine schwere Bedrohung ihrer Wirksamkeit. Es bleibt überdies zweifelhaft, ob sich je einzelne Nationen dazu entschließen können, einen

Teil ihrer Souveränität in Bankangelegenheiten aufzugeben und damit etwa ihre Diskontpolitik von anderen als rein nationalen Gesichtspunkten leiten zu lassen. Auf die Dauer werden sich jedoch die starken Wirtschaftskräfte, die schon jetzt eine Zusammenarbeit zur Stabilisation des Goldpreises erstreben, durchsetzen, obwohl hier wie in manchen anderen Fragen eine recht vorsichtige Politik am Platze ist.

SIR GEORGE PAISH:

Die kommende Welthandelskrise

Europas schwindende Kreditfähigkeit und Amerikas schwindende Mittel. — Die einzig mögliche Lösung

Die Wirtschaftspolitik der Gegenwart muß vor allem drei Ziele im Auge haben:

1. Die Wiederherstellung eines gewissen Wohlstandes in der ganzen Welt.
2. Sicherung für Wohlstand und Fortschritt in der Zukunft.
3. Die Erhaltung des Friedens.

Diese drei Aufgaben hängen untereinander sehr eng zusammen. Läßt sich ein allgemeiner Wohlstand und eine bestimmte Aussicht auf zukünftige Besserung der Verhältnisse nicht erreichen, so wird sich der Weltfriede nur sehr schwer und langsam festigen; und wenn andererseits der Friede gestört wird, so fällt damit auch jeder bereits errungene und jeder zukünftige Fortschritt in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung.

Bei der Betrachtung der heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Welt kann man sich der Einsicht nicht verschließen, daß ein neuer Krieg möglich, ja sogar wahrscheinlich ist. Einstimmig beteuern alle Nationen ihren Abscheu vor dem Krieg und ihren Willen zur Verhinderung jedes Völkermordens. Jedoch lassen sich die gegenwärtigen Geschehnisse mit den schönsten Worten nicht in Einklang bringen, und Völker darf man nur nach ihren Taten, nicht nach den Festreden ihrer Staatsleute beurteilen. Die vor etwa 2 Jahren in Genf tagende Weltwirtschaftskonferenz zeigte klar, wie sich die Staaten wirtschaftlich gegenseitig befehden, wie ihre Schwierigkeiten dadurch nur vermehrt statt beseitigt werden, und welche Reibungsflächen bestehen; sie zeigte, daß der Krieg unabwendbar erscheint, wenn sich die Politik nicht bald vollständig auf wirklich tatkräftige Förderung der Friedensbestrebungen umstellt.

Europa hat sich, wie man zugeben muß, weitgehend von den Folgen des Weltkrieges erholt. Diese Erholung ist aber zum großen Teil auf die Möglichkeit zurückzuführen, in Amerika auf dem Anleihewege die enormen Geldsummen aufzunehmen, die zum Wiederaufbau und als Betriebskapital nötig waren. Auf Grund seiner Kreditfähigkeit konnte Europa die endgültige Lösung der Wirtschaftsprobleme, denen es sich bei Kriegsende gegenübergestellt sah, noch etwas aufschie-

ben. Wirklich gelöst sind die wichtigsten Fragen keineswegs, im Gegenteil, ihre Lösung scheint mir jetzt noch schwieriger zu sein als früher. Die Bedeutung der Anspannung am New Yorker Geldmarkt darf nicht unterschätzt werden. Amerika wird zukünftig der Welt im allgemeinen und Europa im besonderen bei weitem nicht soviel leihen können wie bisher. Sind die Kreditquellen einmal verstopft, so werden sich die Völker gezwungen sehen, ihre Erzeugnisse um jeden Preis zu verkaufen und zu verschleudern, um dann kaufen zu können, was unbedingt zum Lebensbedarf gehört. Und besteht denn augenblicklich auch nur die leiseste Aussicht, daß sie genügend Waren erzeugen und absetzen können, um ihre Verpflichtungen anderen Ländern gegenüber abzudecken und um das Notwendigste zu importieren?

Natürlich produzieren viele Länder überschüssige Nahrungsmittel und Rohstoffe; diese Länder aber wollen keine Fertigwaren im Austausch gegen ihre Überschüsse annehmen, während die Industrieländer nichts anderes dafür bieten können. Unbegreiflicherweise haben sich sowohl die Rohstoff- als auch die Industrieländer zu einer Politik bekannt, die die Situation bedeutend erschwert. Sie haben dem Handel unübersteigbare Hindernisse in den Weg gelegt mit dem Ergebnis, daß kein Volk genügend absetzt, um seinen Bedarf durch Import decken und die Auslandsanleihen amortisieren und verzinsen zu können.

Die gegenwärtige Lage der Weltwirtschaft fordert mit schärfster Dringlichkeit Erleichterungen des internationalen Handelsverkehrs. Aber gerade jetzt, wo die Erweiterung der Absatzmärkte besonders lebenswichtig ist, schränken die einzelnen Staaten den Warenaustausch mit anderen Ländern und damit ihre eigenen Absatzmöglichkeiten in gefährlichster Weise ein. Daher nähert sich die Weltmarktlage einer Krise, die die endgültige Bereinigung aller internationaler Schulden, wie man dies jetzt in Paris versucht hat, und jede planmäßige Bedarfsdeckung der einzelnen Länder unmöglich machen wird.

Die Welt von heute unterscheidet sich von der Welt von gestern nur durch eine starke Erleichterung des Handelsverkehrs. Die rein technischen Hindernisse, die früher einem großzügigen Warenaustausch entgegenstanden, sind beseitigt, Entfernungen existieren praktisch im Zeitalter der Eisenbahnen, Dampfer, Automobile und Flugzeuge nicht mehr, der Lebensbedarf des Einzelmenschen setzt sich heute aus den Erzeugnissen der verschiedensten Länder zusammen. Die unglückseligen Folgen einer Erschwerung des Handels sind also offensichtlich.

Durch Handelserleichterungen allein konnte die Menschheit in einem Jahrhundert ihre Produktionsfähigkeit, ihr Einkommen und ihren Reichtum auf das Sechsfache steigern, wobei der internationale Warenaustausch zum elffachen Volumen answoll. Und nun versuchen die einzelnen Staaten wieder, ihren Außenhandel zurückzuschrauben! Sie streben freiwillig zum Zustand der innerstaatlichen Bedürfnisbefriedigung zurück, dem sie sich früher sehr unfreiwillig

unterordnen mußten, bevor die moderne Technik die große Weltmaschinerie der Gütererzeugung und -verteilung aufbaute!

Zweifellos bedeutet die Richtung der heutigen Wirtschaftspolitik eine große Gefahr. Gibt man sie nicht bald auf, so wird die Erholung der letzten Jahre vernichtet, der Zustand der schlimmsten Kriegszeit wiederhergestellt werden. Glaubt man denn, daß sich die Völker ohne Kampf einer Vermehrung ihrer Lasten durch hohe Zölle und Handelsbeschränkungen unterwerfen werden?

Die Völker werden sich nicht stillschweigend in ihre bei den jetzigen Verhältnissen unvermeidliche Armut schicken. Kein noch so starker Friedenswille hält der Aussicht auf hoffnungslose Verarmung und Not stand. Die Nationen werden lieber kämpfen statt Hungers zu sterben. Einzig und allein der freie Abfluß der überschüssigen Bevölkerung auf dünnbesiedelte Gebiete, der überschüssigen Fabrikate in Rohstoffländer und der überschüssigen Rohstoffe und Lebensmittel in Industrieländer kann einen neuen Krieg verhindern. Der politische Friede kann in einer Atmosphäre wirtschaftlicher Feindseligkeit nicht gedeihen.

Der Weg zum Wohlstand führt über offene, nicht umzäunte Absatzmärkte, führt zum Freihandel, nicht zur künstlichen Handelsbeschränkung. Frieden und Fortschritt hängen von der freien Erschließung der noch unbegrenzten Naturschätze der Welt von ihrer zweckmäßigen Verarbeitung und von ihrer ungehinderten Verteilung an alle Völker ab.

Jetzt ist es Zeit, den internationalen Güteraustausch frei und natürlich zu gestalten, wenn der drohende Wirtschaftszusammenbruch abgewendet, der Fortschritt gesichert und ein Weltkrieg von größerer Furchtbarkeit als der letzte verhindert werden soll!

K. HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Ein Streben nach gründlicher Überholung des politisch-geographischen Weltbildes auf soliden Werften mit kultur- und wirtschaftsgeographischen Unterlagen geht in diesem Frühjahr über die ganze Erde. Es ist besonders rege in den kleinräumigen Nöten Europas, aber es nimmt auch hier vielfach von Anregungen aus dem Indopazifischen Raum seinen Ausgang. So vom 4. Pazifischen wissenschaftlichen Kongreß in Batavia-Bandoeng, und von Albert Thomas südostasiatischer Prüfungsreise über Theorie und Wirklichkeit des Arbeitsrechts in den Monsunländern (beide im Bericht VI/29 berührt); in der hervorragenden Kolonialdebatte des britischen Unterhauses vom 30. April 1929 (*Economist* 1929, S. 1053); in Lord Cecil's Frankfurter Rede vom 31. Mai 1929 über den „Geist des Völkerbundes“ mit seinen Sorgen über Ländergruppierungen (*Frkf. Ztg.* v. 1. Juni 1929); so in Lord Oliviers „Weißes Kapital und farbige Arbeit“ (*White Capital and coloured Labour* [London: Hogarth Press, 1929]) und in F. J. Furtwänglers mächtiger und wahrer, aus indischen Erfahrungen geschöpfter Anklagerede gegen offene und verschleierte Zwangsarbeit, die beide auf festem Boden der Wirklichkeit stehen; schließlich in H. J. Massinghams gut gemeintem, aber etwas weltflüchtigen Buch: „*Heritage of Man*“ (Erbgut des Menschen, London, Jonathan Cape 1929).

Dieser Zweifel an der Gottähnlichkeit westeuropäischen und amerikanischen Urteils über indopazifische Fragen nimmt vielleicht die schönste und lesbarste Form an in zwei Bekenntnissen hervorragender, genialer Pressevertreter mit weltumspannenden Beobachtungsleistungen: bei Colin Ross und George E. Sokolsky. Colin Ross nennt ein demnächst erscheinendes, nur 188 Seiten umfassendes, aber inhaltsschweres Buch: „*Die Welt auf der Waage*“. Es ist in Australien niedergeschrieben, woher Colin Ross auch der „*Voss. Ztg.*“ einige glänzende geopolitische Bilder sandte, z. B. 28. April „Der Fluß ohne Mündung“, und 12. Mai „Die Schöpfung literarischer Idealisten“ (Adelaide.) Wie sehr wir in politischen Ausgangspunkten und vielen Einzelurteilen auseinandergehen mögen: wo sich Selbsteinschärfe und Blickweite dieses wirklich weltüberschauenden Mannes mit den Ergebnissen gleichfalls über See geschulter und wissenschaftlich durchgearbeiteter geopolitischer Arbeit in gleichen Endzielen begegnen, da hält man doppelt gesichertes Erkenntnis; und wenn sie nur zur Revision landläufiger Urteile zwingen sollte, wäre sie schon wertvoll genug. Aber Colin Ross und wir Leute von der Geopolitik begegnen uns darüber hinaus in einem heißen, redlichen Bemühen, selb-

zu sehen, was ist, und unser (wie auch Colin Roß immer wieder betont), trotz aller technischen Wiederaufbauarbeit stimmungskrankes, seelenleidendes und darum im innersten unbefriedigtes mitteleuropäisches Volk sehen zu lassen, was ist; mit dem Wunsch — trotz aller Raumbeschneidung — weiträumig zu bleiben, bis die Welt für uns entweder wirklich freier und menschlicher wird, oder durch Umgruppierungen und Umstürze, jawohl, Umstürze! wieder bessere Atemmöglichkeiten für Mitteleuropa öffnet. Für beides sehen wir eben starke Antriebe aus dem indopazifischen Raum am Werk!

Diese Antriebe sieht freilich ganz anders, als Colin Roß und wir, ein typischer Vertreter der Kolonialpresse der ostasiatischen Häfen, G. E. Sokolsky. Seine und vorher R. Gilberts und gesinnungsverwandter Kolonialjournalisten Beobachtungsgabe hat indirekt auch unsern Lesern schon oft gedient; aber sie wissen, daß wir ihnen zum Ausgleich Malone oder Thomas, Das, B. K. Sarkar oder Brij Narain oder Stimmen der Sowjets entgegenstellten. Denn manche Kräfte, in denen für uns auch durchaus befreiende Motive stecken können, wie z. B. die Sowjets, die jung-chinesische, die indische und malaiische Selbstbestimmungsbewegung — erscheinen dem adoptierten Kolonialbriten als Teufelswerk. Trotzdem lernt man auch, wie man sich seiner bedienen könnte, wenn der Teufel an die Wand gemalt wird, wie in G. E. Sokolskys Vortrag: „The Pacific Basin“ (Das Pazifikbecken)! Man sieht daraus, wie der imperialistische Durchschnitt angelsächsischer Wählermassen von der rechten Seite das Recht anderer und kleinerer Völker, die China- und Sowjetfragen, die Minderheitsprobleme sieht, da, wo sie sich seinen Ausbeutungswünschen entgegenstellen, für deren dauernde und restlose Befriedigung Zusammenarbeit amerikanischer und britischer Herrschaftspolitik mit den kleineren, aus eigener Kraft unhaltbaren weißen Kolonialherrschaften und Dominien des Großen Ozeans gefordert wird. Deshalb gemeinsame Abwehrstellung gegen die Sowjets, schleunige „Pazifizierung“ von China, nötigenfalls unter dem rechten Kuo-Mintang-Flügel, „Abwehr der Intrigen der kleinen Völker“ — (gehören auch Inder, Malaien, Philippinos und „Minderheiten“ überhaupt dazu?) — um zu hindern, „daß der Pazifik zu einem Blutmeer werde“. China ist „the crux of the Problem“! Man malt sehr derb!

„Der Große Ozean ein Meer von Blut“, wenn nicht alles so gemacht wird, wie die Kolonialamerikaner und Kolonialbriten wollen: das ist eben deutlicher „Kolonialstil“. Bei Lord Cecil klingt es viel feiner: „Das Bestreben der Länder, sich zu Ländergruppierungen zusammenzuschließen, ist sehr gefährlich“. Aber ist ein Bündnis zwischen Dollar und Sterling, gegründet auf gemeinsame Öl-, Gummi-, Tropenfruchtausbeutung für die Nichtteilhaber an solchen Monopolen nicht auch gefährlich?

Es waren zu viele „Wenn“ in Lord Cecils Schilderung der Atmosphäre von Genf und der Bürokratie des Völkerbundes, während die großzügige geographische Trennung zwischen dem zur Zeit auf voller Ausbeutungshöhe stehenden älteren Teil des tropischen Imperiums (Westindien, Ceylon, Malaia, Südpazifischer Be-

sitz) und dem zukunfts wichtigeren Kontinentalimperium in Tropenafrika, worin die Zukunft des Imperiums liege, in der Unterhausdebatte vom 30. April unter Amerys Führung Wesentliches enthüllte. Dort wurde auch noch ruhig vom „Empire“ gesprochen und gehandelt! Es zeigte sich, wie große Ausgleichsaufgaben vor dem Arbeiterministerium Macdonalds liegen. Inzwischen ist, wie rühmlich zu sagen, „with a complete absence of fuss“ (ohne jedes Getue) ein stärken des Band für das Zusammenhalten dieses Imperiums eröffnet worden; die I. A. I. (Imperial Airways service to India), die vorläufig einmal wöchentlich verkehrt. Vgl. Sir Philip Sassoon: „The Third-Route“, London, Heinemann, 1929. (Sonntagabend 5 Uhr 45 Min. ab Croydon, Freitag 10 Uhr 30 Min. an Karachi — über Basel — von dort Bahn bis Genua, Flug Genua—Rom—Alexandria-Hafen; von da bis Abukir-Flugfeld mit Kraftwagen; Gaza, Rutbah Wells, Bagdad, Basra, Jash, Gwadar—Karachi wieder Flug, mit 52 reinen Flugstunden i. G.). Durch die ab 1930 vorgesehenen Nachtflüge wird der schnellste Postweg London—Indien auf $3\frac{1}{2}$ Tage verkürzt werden. — Natürlich umfaßt die Beschleunigung des Eilpostverkehrs nicht nur Indien, sondern auch die A-Mandate (Palästina, Transjordanien, Irak), und Ceylon, Malaia, China, Japan, Australien und Neu-Seeland. Interessant ist die geopolitische Lage der Fluglinie, die Frankreich und Deutschland vermeidet, sich aber stark auf Italien (Chiasso—Genua, Rom, Syrakus, Tobnuk [Ital.-Libia]) stützt, als Zwischenlandung Navarin oder Suda-Bucht auf griechischem Boden vorsieht, und dann den üblichen Weg längs des persischen Golfs, mit Zwischenlandung in Buschir und Lingen, einschlägt. Die Bodenorganisation spricht also sehr stark mit; die Alpen sind bei einem dauerwichtigen Fernflug noch ausgeschaltet; noch gibt es Verkehrsgeographie auch für den Flug!

Sehen wir durch eine neue Tatsache verkehrsgeographischer Entwicklung, durch Beschleunigung des Eilverkehrs einzelner, wichtiger, vertraulicher Schriftstücke und bedeutender Menschen, die vorher geschilderten Gefährzustände der dünnbesiedelten weißen pazifischen Gebiete und Tropenkolonien der Westmächte gegenüber den Menschenmassen der Monsunländer und Sowjets etwas gemildert, so wirken sich — Reibungen steigernd — in der chinesischen Frage einige rein wehrgeographische Hemmungen aus, neben den durchaus geographisch begründbaren Gegensätzen in der Sozialstruktur der einzelnen chinesischen Länder.

Rein wehrgeographisch begründet ist die Unmöglichkeit für beide Gegenspieler Chiang-Kai-Shek (in Nanking) und Feng-Yu-Hsiang (an den Hwanghopässen in die Lößebene), den an sich augenblicklich nötigen entscheidenden Stoß gegeneinander zu führen, weil sich keiner weit genug von seinem Machtmittelpunkt entfernen kann. Für das Haupt der Regierung in Nanking scheint das Städtedreieck Hankau—Hanyang—Wuchang, „Wuhan“ genannt, eine oberste Grenze seiner Schlagweite bedeutet zu haben, an der er dieses wichtige Industriezentrum mit einem blitzschnellen Stoß den Yangste aufwärts, aus der Machtstellung der ihm feindlichen, mehr linksstehenden Kiangsi-Gruppe herausbrach. Bis dahin reichte Fengs Schlagweite gerade nicht; denn kaum drei Märsche nördlich von

seiner Hauptkadelinie von den Hwanghopässen zur Küste liegt Yen-Shi-Shan mit 100 000 Mann guter Landstruppen von Shansi auf der Lauer, der auch über Hopei (früher Chili) mit Peking und Tientsin verfügt, seine Kraft leicht verdoppeln könnte, und bereits eine Hilfsdivision aus der Mandschurei zugunsten der Nankingregierung nahen sieht.

Außerdem ist Fengs Krafteinzugsgebiet mit 835 000 qkm und 45 Mill. E. der Länder Shensi, Hunan und Kansu zwar weiträumig, aber durch Hungersnot geschwächt; mit den 147 500 qkm und rund 30 Millionen des notleidenden Shantung ist nicht zu rechnen; und im Rücken tobt der Mohammedaneraufstand in Kansu und Sinkiang, der die Verbindung mit den waffenliefernden Sowjets gefährdet und die Leistungen des westlichen Teils seines Machtbereichs nahezu aufhebt.

Der weitaus größere Teil des verfügbaren Raums dient also der Regierung in Nanking, aber eben alles eher, als unbedingt, namentlich nicht im Süden, wo sich die Sozialstruktur, die Reste der militarisierten Arbeiter- und Bauernverbände gegen den rechten Flügel der Kuo-Min-Tang sperrt und dem linken, sowie der K. P. C. (Kommun. Partei China) günstig ist.

So liefe Chiang-Kai-Shek Gefahr, bei einem Vorstoß zu weit nach Norden gegen die Machtschwerpunkte Fengs um Loyang und Singanfu, seine eigenen Machtsitze am unteren und mittleren Yangtse, um Nanking wie Wuhan, die Zolleinnahmen von Shanghai und des mittleren China zu verlieren, und bei einem Rückschlag völlig von Yen-Shi-Shan und Chang-Hsue-Liang abhängig zu werden, von denen wohl nur Yen innerlich der Kuo-Min-Tang angehört, Chang nur aus politischem Opportunismus die nun einmal volkstümliche Idee bekennt.

Yen zieht seine, nötigenfalls auf etwa 200 000 Mann zu steigende Kraft aus seiner wohlverwalteten Heimatprovinz Shansi (199 000 qkm, 11 Mill. E.), zu der er Hopei-(Chili) mit 321 000 qkm und 27 Mill. E. gefügt hat, im ganzen 520 000 qkm mit 38 Mill. E.

Chang-Hsue-Liang kontrolliert — wenn auch mit großen Rücksichten auf die Japaner im Süden, den Sowjetgrenzdruck im Norden, — die rund 1 000 000 qkm mit ca. 30–35 Mill. E. der drei mandschurischen Länder, die immerhin bewiesen haben, daß sie fast 400 000 Mann auf die Beine bringen und außerdem im Innern Ordnung halten können, wobei freilich kaum mehr als 150 000 Mann außerhalb der Mandschurei verwertbar sein mögen.

Unmittelbar zollen der Nankingregierung angeblich Gehorsam und z. T. auch Unterhalt zur Zeit neun Länder; aber davon wird sie sich selbst nur auf sieben mit etwas über 1 000 000 qkm und 178 Mill. E. verlassen können, von denen viele sehr „auflüpfisch“ sind; die rund 400 000 qkm und 38 Mill. E. der Heimatlandschaften Chiangs, Kwangtung und Kwangsi, leiden unter Temporalien Sperre: Szechwan (547 000 qkm, 61½ Mill. E.); Yünnan (371 500 qkm, 9 Mill. E. — nach Salzmanns Berichten u. a. völlig heruntergewirtschaftet); Kweitschau (184 000 qkm mit 11½ Mill. E.) sind innerlich so zerrüttet, daß nur gelegentliche örtliche Aus-

brüche von ihnen aus zu erwarten sind, keine Eingriffe großen Stiles in die Umformung des chinesischen Volks- und Kulturbodens. Die 11—12 Mill. Menschen der Außenländer, auch der etwas mehr nach innen aktiven inneren Mongolei, dürften gegenüber der Auseinandersetzung unter dem eigentlichen China mit seinen etwa 435 Mill. E. keine gestaltende Rolle spielen. Sie gleiten aber im Norden immer mehr in den geopolitischen Bereich der Sowjets, und werden in Tibet wohl oder übel immer mehr angloindische Anlehnung suchen.

Immerhin werden sich unsere Leser aus diesen Raum- und Volksdruckangaben ein Bild machen können, aus welchen Raumzusammenballungen die einzelnen, in den Nachrichtendiensten erwähnten Führer ihren freilich in der Struktur sehr verschiedenen Rückhalt suchen müssen. Ohne weiteres tritt dabei hervor, wie sehr einzelne „Länder“ (dieser Name wird immer richtiger an Stelle des immer unzutreffenderen Begriffs „Provinzen“ für die großen chinesischen Teillandschaften) — durch ihre geschlossene landschaftliche Eigenart, durch klares Vorherrschen gewisser Bodenschätze (Shansi-Kohle; Hunan-Hupe-Eisen und Kohle; Yünnan-Zinn), durch unberührte reiche Böden (Mandschurei), Beckenlage (Szechwan, Kiangsi) stärkeres Gewicht gewinnen; wie andere — bei allem Reichtum — als ausgesprochene Schwellen- oder Übergangslandschaften fortwährend dem jeweils Stärkeren zur Beute werden. Man erkennt auch, daß formgebende Kraft und Steuerleistung durchaus nicht zusammenfallen, und schließlich hochindustrialisierte Landesteile, wie „Wuhan“, fortwährend geplündert werden, arme, aber geschlossene, charaktervolle Löß- und Bauerngebiete, wie Shansi, dauernde Geltung finden und sich vom Bürgerkrieg freihalten.

Aus diesen Beobachtungen heraus lenken wir fortwährend die Aufmerksamkeit namentlich unsrer europäischen Leser auf die große Bedeutung einer befriedigenden Lösung der Länderfrage in ihrer ausschlaggebenden Rolle für dauernde Lösungen in China und Indien, aber auch in Mitteleuropa. Als auf eines der wertvollsten neueren Werke zu eingehender Belehrung über die Tragfähigkeit der einzelnen Räume in den Monsunländern, weisen wir hin auf Jules Sion: „Asie des Moussons“ in der *Géographie Universelle*, Paris, Armand Colin, 1929, mit seiner ausgezeichneten allgemeinen Einführung über die Wesenheit der Monsunländer, das auch sehr gute Winke über die neuere außerdeutsche Literatur über China und Japan enthält.

Die zweitwichtigste Frage aber ist unbedingt, wie weit die Überführung der alten südostasiatischen erdgebundenen Sozialstruktur in die vom Westen und Osten Europas ausgehenden, an sie heranflutenden, so sehr gegensätzlichen Wirtschaftsordnungen gelingt, oder wie viel an bodenwüchsiger, vielleicht ausgleichender Kraft gerade die 4000jährige Kultur der Monsunländer aus eigenem zu einer wirklichen Weltwirtschaft beizusteuern und sich zu erhalten vermag.

Als Verfallsymptom verzeichnen wir — (für viele Markensammler aber vor-merkwürdig) —, daß statt der klaren geopolitischen Sinnbilder, die bisher auf den Marken Chinas zu sehen waren: früher Himmelstempel, dann Dschunke auf

dem Yangtse, Erntearbeiter im Reisfeld, Konfuciusstempel — nunmehr die mit Ausnahme von Sun-Yat-Sen (1, 2, 4, 10 Cents, 1, 2, 5 \$-Marken) und Chiang-Kai-Shek (Einigungsmarke) für die übrige Welt ziemlich belanglosen Führerköpfe der noch längst nicht beendeten chinesischen Umwälzung erscheinen werden: Ten Chien ($1\frac{1}{2}$ u. 5 C.); Li Chung-Kai (6 u. 7 C.); Chu Chi Sin (8 u. 12 C.); Sung Tun Chou (15 u. 16 C.); Huang Ko Chiang (25 C.); Chen Chuen-Shi 30 und 50 C.); für häufigen Kopfwechsel und Markenwechsel in naher Zukunft wird also gesorgt sein.

Neue Köpfe drängen, die Hilfe der Sowjets dabei suchend, von unten nach und herauf. Sie haben auch nach den bewährten Mustern der Vereinigten Staaten gelernt, sich nicht nur der panasiatischen Aktionsmethoden, sondern auch der panpazifischen zu bedienen. So der „Panpacific Worker“, Shanghai, der zum Umlauf unter den australischen Gewerkschaften, namentlich in Neu-Süd-Wales, ein Manifest über die kommunistische Propaganda in Indien, gez. von Hon-Chung-Tse und Apletin, auslaufen hieß:

„Ein schrecklicher Angriff ist als Vorspiel zu einer noch schrecklicheren Ausbeutung der indischen Arbeiter geplant. Dieser Angriff kann nur gelähmt werden, wenn jede Arbeiterorganisation den indischen Gewerkschaften durch Protestversammlungen und Demonstrationen zu Hilfe kommt. Nur durch eine Massenabwehrhandlung gegen die herrschende britische Klasse können wir den Sieg gewinnen. Laßt das Britische India-Office, die Indobritischen Behörden in Delhi und den Vizekönig wissen, daß Ihr diesen Kampf nicht enden wollt, bis die letzten verhafteten Arbeiter befreit sind, ihr Eigentum zurückerhalten haben und den indischen Arbeitern und Bauern das ungehemmte Organisationsrecht gesichert ist.“ „Diese Sorte von panpazifischer Organisation ist Moskau angegliedert (als Zweiggeschäft) und hat viele offene oder geheime Zweigstellen durch den Fernen Osten“, fügt der „China Expreß and Telegraph“ sachkundig hinzu.

Einem solchen Exzeß auf der einen Seite kann leicht von der andern etwa der folgende (The Week, Bd. V, Nr. 4) gegenübergestellt werden: „Schlechte Zeit für die Roten. Die Kommunisten haben wirklich schlechte Zeiten. Die indischen „Comrades“ sitzen fest in den Gefängnissen von Meerut. — (Hat das jemals den Gang großer Entwicklungen aufgehalten? Saßen nicht Apostel und Jünger auch?) — Für eingestandene Republikaner wird Beleidigung zum Unrecht (Insult to injury) gefügt, wenn sie widerwillig des Königs Gäste sind. In Japan, in Litauen, in der Türkei werden sie zu hunderten eingekreist und in die Gefängnisse gesteckt, um über die Torheit und Verworfenheit (folly and wickedness!!) ihrer Wege nachzudenken. Selbst in Rußland — dem wahren Mekka des Kommunismus — flirtet Stalin und Co. schamlos mit dem Kapitalismus (vgl. das herzliche Willkommen, das jüngst britischen Industriellen zuteil ward) und geben solchen Doktrinären, wie Trotzky, den Laufpaß.“ Dann folgt eine Bemerkung über Cook, der den Prinzen von Wales eingeladen habe, Sozialist zu werden, und der Schluß nach St. Franciscus von Sales, dem Patron der Journalisten, „daß mehr Fliegen mit Honig als mit Wein-

essig gefangen würden. . .“ „Spottet ihrer selbst, und weiß nicht wie“ — liegt hier wohl im Wortlaut schon beschlossen! Eine ernstere und würdigere Einstellung zum Problem läßt sich aus der Ernennung einer Indian Labour Commission, eines Ausschusses zur Prüfung der indischen Arbeitsverhältnisse, erkennen, die sich Ende Mai ohne viel Aufhebens vollzog und im August ihre Arbeiten beginnt. Was Thomas über die Kinderkrankheiten der Arbeiterbewegung in China und Japan sagte, was aus der wuchtigen Anklagerede F. J. Furtwänglers über Zwangsarbeit den Kolonialmächten entgegenscholl, was die Hoffnungen der japanischen Arbeiterpartei auf die Städtewahlen in Kyushu (Yawata) belebte, und was an düsteren Meldungen z. B. die „Daily Mail“ am 22. Mai über Sabotageakte und amtliche Nervosität in Indien und blutige Streiks in Bombay mitteilte: das alles beweist mindestens, wie zeitgemäß ein solches Anpacken der tatsächlichen Lage durch einen gutgewählten Kreis von Sachverständigen für die indische Arbeiterfrage ist.

Ihre Aufgabe ist umschrieben wie folgt: „Zu forschen und zu berichten über die bestehenden Arbeitsbedingungen in industriellen Unternehmungen und Pflanzungen in Britisch-Indien, über Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Lebenshaltung der Arbeiter, die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und Vorschläge zu machen.“

Die Zusammensetzung des Ausschusses ist vom geopolitischen, wie rassenmäßigen Standpunkt höchst belehrend: J. H. Whitley, der frühere Sprecher (Speaker) ist wohl die am meisten unparteiisch anerkannte Persönlichkeit als Vorsitzender; V. S. Siriniwasa Sastri, der gewandteste indischgeborne Diplomat, in Völkerbunds-, wie südafrikanischen Arbeiterstreitigkeiten viel erfahren; Sir Alexander Murray ist der Vorsitzende der Indischen Jute-Industrie-Korporation, Delegierter der indischen Arbeitgeber auf zwei Washingtoner Arbeitskonferenzen; Sir Ibrahim Rahimtoola und Sir Victor Sassoon sind weitere Arbeitgebervertreter von Rang, Sassoon ursprünglich von Parsi-Herkunft und Vertreter der jüngst am meisten von wilden, blutigen Streikunruhen heimgesuchten Bombayer Baumwollindustrie; N. M. Joshi ist weithin bekannter, wenn auch gemäßigter Arbeitervertreter; A. G. Clow steht für die Industrie und Arbeitsabteilung der Indischen Regierung; John Cliff Diwan Chaman Lal für die Swaraj-Partei, Gewerkschaftsbeamter der Transport and General Workers Union, Frau Beryl M. le Poer Power für das britische Arbeitsministerium, Kabir ud Din Ahmed für die mohammedanischen Seeleute. Dazu treten zwei indische Sekretäre: Shamaldari Lal und A. Dibdin. Die Zusammensetzung ist also sehr viel glücklicher ausgewählt als die der Simon-Kommission. Die Berichte werden höchst wertvoll und sicher mit Vorteil mit dem Indienwerk von F. J. Furtwängler zu vergleichen sein. Es ist ein Verdienst des inzwischen abgetretenen Kabinetts Baldwin, den Ausschuß so zusammengefügt zu haben, daß ihn ein Kabinett Macdonald auch nicht viel anders gewählt hätte; und es bleibt zu hoffen, daß Macdonald und seine Leute noch im Amt sind, wenn es sich darum handelt, die Folgen aus einem nicht mehr abzuleugnenden Strukturbild des indischen In-

dustrie- und Landarbeiterkörpers zu ziehen! — Inzwischen haben zwei angelsächsische Frauen aufs neue in dieses Dornengehecke gegriffen: Dorothy Thompson mit „New Russia“, worin nur ein paar treffende Seitenlichter auf unsern asiatischen Bereich fallen, wie „die Grenzer-Eigenart des Lebens in Rußland“ und die „Änderung der menschlichen Natur in Rußland durch den historischen Materialismus“; Katherine Mayo aber schlägt kräftig gegen Indien zurück: (Slaves of the Gods. London; Jonathan Cape, 1929) unter Schilderung der „allgemeinen Krankheit, die das Leben des Hinduismus untergrabe“. Pariahs, Tierwelt und Frauen geht es vor allem an! „Ich habe nur die Schatten allein aufgesetzt, denn mein Ziel ist nicht, den Menschen zu schmeicheln, sondern das soziale Gewissen zu wecken.“ Darin wird sich Miß Mayo wohl mit Furtwängler und Shaw, wie der India Labour Commission begegnen; nur daß ihr echt amerikanischer Anruf wesentlich rauher und vielleicht etwas liebloser erfolgte, und deshalb in Indien selbst den Zweck verfehlt!

Mit der Rückkutsche von Miß Katherine Mayo auf den wütenden Empfang ihres Buches „Mother India“ durch die indische Gemeinwelt haben wir eine Reihe von kurzen geopolitischen Streiflichtern auf den indopazifischen Raum skizzenmäßig festzuhalten. Herr Avenol, Generalsekretäradjunkt des Völkerbundes (— wer bändigt die Titelsucht der Weltorganisation? —) hat sehr höflich den Eindruck eines Höflichkeitsbesuches in China und Japan geschildert, der unter der Decke den Zweck verfolgte, in China selbst die vom Völkerbund wegdrängenden Richtungen kennenzulernen und ihnen sachte Wasser abzugraben. Das glaubt er in Kanton, Shanghai, Nanking, Hankau, Peking und Mukden in Aussprache mit allen Richtungen der Kuo-Min-Tang erreicht zu haben. Den linken Flügel und unsren christlichen Bruder Feng scheint er — trotz seiner immer noch stellenweise guten Missionärsprelle — nicht aufgesucht zu haben. Die Quintessenz der Mitteilung steht in Nr. 343 d. Frkf. Ztg. vom 9. Mai. Als „Un régime féodal sous une unité apparente“ schildern fast gleichläufig die „Débats“ (8. Mai 1929, Nr. 127) das China der Kuo-Min-Tang: die außenpolitische Stellung der Regierung von Nanking auf den Forderungen Sun-Yat-Sens, ihre innenpolitische Schwäche gegenüber den acht großen innerpolitischen natürlichen Regionen! Als solche glaubt der kluge französische Beobachter in Shanghai zu erkennen: 1. Die Gruppe des unteren Yangtse: Kiangsu, Chekiang, Nganhwei, Kiangsi, Fukien (Chiang-Kai-Shek mit dem Unterführer Adm. Yang-Chu-Chang). 2. Die — inzwischen stark verengte — Domäne der Kiangsigruppe (weil ihre Führer meist aus K. stammen) Hupe, Kweitschau (das übrigens ganz eigene Wege geht), Kwangsi und Kwangtung; Teile von Hunan, wegen denen der Streit zwischen Nanking und Kwangsi ausbrach). 3. Den Machtbereich Feng-Yu-Hsiangs, den unsre Leser als Honan, Shensi und Kansu kennen. Shantung mit den Waffeneinfuhrhäfen Chifu und Tsingtau ist ihm entglitten und augenblicklich dreigeteilt. 4. Yen-Shi-Shan mit Shansi und der Kontrolle von Peking und Tientsin, und 5. die Mandschurei, endlich 6. Yünnan und 7. Szechwan, und 8. eine Gruppe nord-

verschleppter Hunanesen im nördlichen Hopei (Chili). Man sieht also auch in Frankreich das regionale Machtbild durchaus ähnlich, wie wir es dauernd unsern Lesern schildern.

Die französische Südostasienpolitik ist zugleich vorsichtig und aktiv: sie hat den Generalgouverneur Pasquier von Indochina nach Niederländisch-Indien zu einem feierlichen Besuch mit gegenseitigem Ordensregen ausgesandt. Im französischen Etat für 1929 sind auf Rechnung deutscher Reparationen 100 Mill. Fr. für die durch Unwetter heimgesuchten Kolonien bestimmt, und 1,7 Milliarden Fr. werden z. T. zu 30% auf 15 bis 20 Jahre ausgeliehen, z. T. in Sachlieferungen vorgesehen, aus denen u. a. 1100 km Bahnen in Westafrika und Indochina gebaut werden sollen. Auf diese Weise werden auch die grundsätzlichen Kolonialgegner in Mitteleuropa zwangsweise kolonialtätig! Nur werden die Sachlieferungen unter französischer Industriefirma hingeschafft. Wie sehr Deutsche auch sonst noch minderen Rechtes über See sind, das beweist die Paßverweigerung an den bekannten deutschen Chinaforscher E. von Salzmänn für die kleine Strecke Bhamo—Rangoon in Burma von Yünnanfu aus, als er in lebensgefährlicher Weise das zerrüttete Yünnan vom Yangtse bei Suifu her glücklich passiert hatte. Er wendete sich dann an die größere Ritterlichkeit der Franzosen. (Nippo Dempo, Yünnanfu, 15. April). Von Salzmänn werden gute unmittelbare Berichte über Yünnan zu erwarten sein. Interessante Bilder aus Szechwan gibt W. R. Morse, ein amerikanischer Arztmissionär, in seinem Buch: „The three crosses in the purple mists; an adventure in medical education under the eaves of the roof of the World.“ Shanghai, Mission Book Co. 1929. Das Dach der Welt ist in diesem Falle Tibet, nicht Pamir; und das ganze Buch ist etwas verworren angeordnet; aber es schildert gut ein medizinisches Idealistenunternehmen im chinesischen wilden Westen, etwa von der Art von Albert Schweitzers Werk in Lambarene.

Aus Japan ist — außer dem Hingang des erprobten, von uns ehrlich betrauten Deutschenfreundes und hervorragenden, seine eigenen, außerparteilichen Wege gegangenen Staatsmanns Graf Goto — ein Seppuku (Harakiri) des Moskauer Marineattachés — sicher sonst eines modernen und hochgebildeten Mannes — zu melden, des Kapitäns Koyanagi, der durch ein unwürdiges Spitzelspiel in eine Falle gelockt worden zu sein scheint. (Transpacific vom 11. April gibt die bemerkenswerten Einzelheiten und das offizielle Trauerbild.)

Zusammen mit dem Symptomwert, den Graf Gotos ganze Laufbahn und der Freitod des japanischen Marineattachés in Moskau für eine richtige Schätzung des Übergangszustandes im Japanischen Reiche hat, machen wir auf die treffenden Bemerkungen aufmerksam, die A. S. Pearse (im Manch. Guardian v. 28. Mai 1929) über die inneren Gründe des Fortschritts der japanischen Textilindustrie macht. Sie hätte nach seiner Meinung niemals ihren gegenwärtigen Erfolg erreicht, ohne den Gruppeninstinkt, der durch das Familiensystem geschaffen worden sei und heute noch Japan kennzeichne. Der Einzelne trete mit seinem Streben hinter die

Firma, die Firma hinter das nationale Ganze zurück. Der ganze Staat ist ein „Trust“! Große Reserven aus Kriegsgewinnen, kluge, aber vorwiegend patriarchalische Besserung der Lebenshaltung der zu 80% innerhalb der Werke lebenden Textilarbeiterinnen und längere Arbeitszeit seien weitere Quellen des Erfolges im Wettbewerb, der vielleicht von China in größerem Stil zu gegenwärtigen ist. So urteilt der sicher sachverständige Generalsekretär des internationalen B. W. Spinnerverbandes nach seiner Rückkehr aus Ostasien.

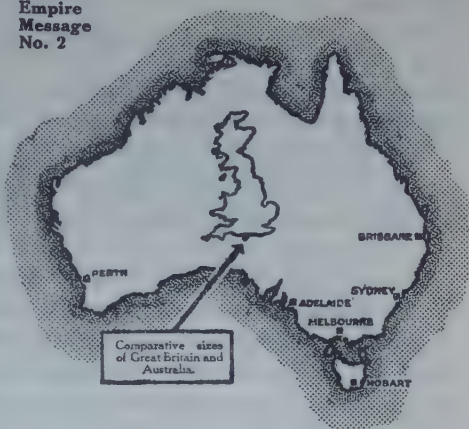
Und zuletzt zeigen wir ein Muster angelsächsischer Schutzeinstellung für die Kraftwagenindustrie des Mutterlandes in Australien, ein Muster, das sich natürlich am meisten gegen Amerika richtet, ohne es zu sagen und geradezu ein Beispiel geopolitischer Plakatwirkung ist. Man beachte den großen australischen Raum, das kleine, inmitten gestellte Großbritannien (um der besseren Wirkung willen klüglich ohne Irland), und den Appell, die 30 Mill. Mk. Einfuhr an Kraftwagenwerten für britische Wagen zurückzuerobern!

Was hilft — gegenüber so starken transpazifischen Instinkten des Zusammenhalts — ein wenig mehr raffinierte Ausstattung der paar deutschen Wagen, die bei solchem Wettbewerb nur überhaupt bis zum Besichtigtwerden durchdringen? Das ist nur eines von Hunderten von „Anzeigen als Anzeichen“, daß der Kleinräumige vor dem Großräumigen den kürzern zieht, wo immer sie zusammenstoßen!

*

Ein Beispiel geopolitischer Reklame

Empire
Message
No. 2



The Total Exports of British Motor Vehicles and parts from January to March 1928 were -
£ 2,060,528

For the same period in 1929 they were - - - £ 2,555,138

The imports of Motor Vehicles and parts from countries other than Great Britain to Australia in 1928 were - - £ 7,506,528

WE

the manufacturers of British Motor Cars, Commercial Vehicles and Accessories

can rapidly secure the bulk of this Empire Market if the British Public help us to help them, the Country, and the Empire.

WE AGAIN ASK YOU

to help in the national endeavour to increase the exports of British Motor Vehicles and Accessories. If every man and woman in this country who can afford to run a car would buy a BRITISH car, it would enable us to extend our production, obtain a fair share of the overseas markets, and employ an evergrowing number of British men and women,

OTTO MAULL:

Berichterstattung aus der amerikanischen Welt

Anteil der amerikanischen Sachverständigen an der Pariser Konferenz. — Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Abrüstungskonferenz in Genf. — Antrag auf Einführung der allgemeinen Wehrpflicht der Vereinsstaatler im Kriegsfall. — Einwanderungsfrage in den Vereinigten Staaten. — Die vereinsstaatliche Zollnovelle. — Alkoholkrieg. — Außenhandelsstellung der Vereinigten Staaten. — Mexiko. — Wirtschaftskrise in Kuba. — Grenzregulierung zwischen Haiti und der Dominikanischen Republik. — Tacna-Arica. — Überfall auf Curaçao. — Revolution in Venezuela.

Das vorliegende Referat faßt zwei Berichtsperioden zusammen, da aus Anlaß der Übersiedlung des Berichterstatters nach Graz die Überschau über die Vorgänge in der amerikanischen Welt im letzten Heft ausfallen mußte. Die Zusammenfassung eines größeren Zeitabschnitts hat wenigstens den Vorteil, daß in dieser Periode einige schwebende Fragen ihren Abschluß gefunden haben. Das gilt zunächst von der Pariser Konferenz, über deren Verlauf an sich hier nicht zu referieren ist. Nur der Anteil der amerikanischen Sachverständigen an dem Ergebnis der Reparationskonferenz interessiert in diesem Zusammenhang. Dieser Anteil ist, wie von uns schon lange vorausgesehen wurde, nicht gering. Trotzdem die amerikanischen Sachverständigen nicht offiziell delegiert waren, für ihr anfängliches Wirken die Spannung zwischen dem amerikanischen Präsidenten Hoover und Morgan nicht glücklich war, auch nicht immer taktisch geschickt von den Amerikanern vorgegangen wurde, hat sich doch ganz von selbst ein Werben aller um das Urteil und die Vermittlerrolle der Exponenten der ersten Geldmacht der Welt eingestellt. So ist man von einem Dawes-Plan zu einem Young-Plan gekommen. Geboren aus einer falschen Voraussetzung, daß die Zeit zu einer auch die Gläubiger befriedigenden Regelung reif sei, war es zunächst eine zeitraubende Aufgabe der Konferenz, Irrtümer, Mißverständnisse zu beseitigen, um den Weg zu Beratungen frei zu machen, die Aussicht auf irgendeinen Erfolg hatten. An dieser Aufgabe ist die Konferenz ja fast gescheitert. In der ganzen Zeit der Vorphase und besonders auch nach dem durch die Intervention der Amerikaner bewirkten Wiederaufleben war es im wesentlichen die Rolle der vereinsstaatlichen Sachverständigen, die Vermittlung zwischen den konferierenden Parteien zu besorgen, und besonders Owen Young selbst hat als Vorsitzender im Laufe der Konferenz eine immer stärkere Initiative entfaltet. Dabei war die Stellung der Amerikaner den Franzosen gegenüber nicht leicht, und es wollte eine Zeitlang scheinen, als ob die französischen Störungsversuche die Oberhand gewinnen und die Konferenz, deren voraussichtlicher Erfolg Frankreich enttäuschen mußte, lahm legen wollten. Doch auch Frankreichs Interesse am Scheitern der Konferenz hat sich merkwürdig rasch wieder geändert und damit ganz von selbst den amerikanischen Bemühungen Oberwasser gegeben. Die amerikanische Position, die stark erschüttert war, hat aber nicht zuletzt durch das opfermutige, aber schwer-

belastende Entgegenkommen der deutschen Delegation im Schacht-Young-Plan Hilfe gefunden, der eine Durchschnittsannuität von 2050 Mill. gegenüber der ersten deutschen Ausgangssumme von 1650 Mill. vorsah. Dieses Zusammengehen von Deutschen und Amerikanern, dem sich bald die Mehrheit der Konferenz angeschlossen hat, hat die Fortsetzung der Verhandlungen ermöglicht. Ein auf Grund solcher Zustimmung zu erwartender Abschluß ist aber durch die Unzufriedenheit der Alliierten über den Youngschen Verteilungsplan stark verzögert worden. Doch auch diese Schwierigkeiten sind überwunden worden. Die Konferenz hat in ihrem Ergebnis zu dem Young-Plan geführt, der schon in seinem Namen die einflußreiche Stellung der amerikanischen Sachverständigen beim schließlichen Abschluß zeigt. Leider ist es nicht gelungen, die deutsche Zahlungsfähigkeit zur Grundlage der Aufstellung der Zahlen des Young-Plans zu machen. Daran ist einmal der Widerstand der Alliierten schuld. Zum zweiten muß aber hervorgehoben werden, daß die ganze Zahlendiskussion keinerlei Spielraum gewinnen konnte infolge der Haltung des offiziellen Amerika. Trotz einer kleinen freundlichen Geste Hoovers, die gewisse Erleichterungen in der 10 prozentigen Herabsetzung der Besatzungskosten in Aussicht stellt, mußte auf der Konferenz mit den Schulden der Alliierten an die Vereinigten Staaten als einem ganz starren Faktor gerechnet werden, der von vornherein die Perspektive auf wirtschaftliche Erleichterungen sehr einengte. So kann man die Konferenz nur als einen mäßigen Schritt vorwärts bezeichnen, als ein neues Provisorium, das auf dem Wege des Ausgleichs gewonnen worden ist. Unstreitig bildet der Young-Plan gegenüber dem Dawes-Plan einen wirtschaftlichen wie vor allem auch politischen Fortschritt, wenn er auch, an der augenblicklichen Leistungsfähigkeit Deutschlands gemessen, voraussichtlich einer neuen Revision unterzogen werden muß. Die Verhandlungen haben aber ungemein klar die geringe sachliche Verhandlungsweite erkennen lassen und damit aber auch den einzigen Weg aufgezeigt, der zu einer fruchtbaren Revision führen kann: erst wenn das offizielle Amerika gewillt ist, sich mit an den Konferenztisch zu setzen, wird dieser Weg gangbar sein. Ohne die Vereinigten Staaten kann die Reparationsfrage nicht endgültig gelöst werden. Gegenüber der Pariser Konferenz hat sich aber die Union jene bekannte Reserve gegenüber Europa noch auferlegt; sie hat damit von vornherein die Reparationskonferenz nur zu einer Etappe in den Reparationsverhandlungen gemacht.

In der gleichen Zeit, in der das inoffizielle Amerika an der Pariser Reparationskonferenz teilgenommen hat, fand die Teilnahme des offiziellen Amerika an der Abrüstungskonferenz in Genf statt, wo es für die Union namentlich um die Abrüstung zur See geht. Den Auftakt bildete dafür die Erklärung des amerikanischen Botschafters in Brüssel, Gibson, in der er besonders der Auffassung Hoovers, eines glühenden Verfechters der Abrüstungsidee, Ausdruck gab. In seinen Darlegungen betonte Gibson, daß die Vereinigten Staaten im Grunde ihre Auffassung beibehielten, daß der einfachste Weg der Abrüstung die Beschränkung der Tonnage der einzelnen Schiffskategorien sei, wie sie schon das Washing-

toner Abkommen vorgesehen habe. Da jedoch dieses Prinzip nicht allseitig Anklang finde, verstehe sich die Union auch zu einem Kompromiß, der die teilweise Auswechselbarkeit der Tonnage zwischen den einzelnen Schiffstypen vorsehe. Dieser neue amerikanische Vorschlag entspricht dem französischen Vorschlag vom Frühjahr 1927. Der Vorschlag wurde zunächst fast allseitig begrüßt. Nur in Amerika selbst ist man vereinzelt ganz anderer Meinung. So hat Britten die Rede Gibsons als einen neuen Seesieg der britischen Diplomatie bezeichnet. Die Union werde niemals ein Abkommen ratifizieren, das ihr nur eine zweite Stelle unter den Seemächten einräume. Demgegenüber hat sich aber das amerikanische Staatsdepartement vollkommen hinter die Erklärung Gibsons gestellt und wiederholt, daß Amerika zu jeder beliebigen Abrüstung unter dem Grundsatz der Parität mit den anderen Seemächten bereit sei. Mit dieser Erklärung ist die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und England gegeben, die lange Zeit wirklich sehr in Frage gestellt war. In der Frage der ausgebildeten Reserve hat die amerikanische Regierung zufolge einer zweiten Erklärung Gibsons ihren Standpunkt vollkommen geändert. Während diese bisher meinte, daß die Reserve in den Rüstungsabbau einbezogen werden müßten, stelle sich die vereinsstaatliche Regierung auf die Seite der Staaten, die an der Frage der ausgebildeten Reserve aktiv am meisten beteiligt seien. Es ist selbstverständlich, daß Amerika mit dieser Erklärung den Dank Frankreichs und Japans eingeheimst hat, während sie in Deutschland peinlich berührt hat. Der zweiten Äußerung Gibsons gegenüber hat allerdings Hoover erklären lassen, daß sich Amerikas Stellung zu den Landreserven nicht geändert habe. Während die Verständigungsmöglichkeit über die Reserve der Landheere durch diese nicht ganz durchsichtige Haltung der Vereinigten Staaten nur erschwert wird, scheint es durchaus im Bereiche der Möglichkeit, daß die Union mit England zu einer Verständigung in der Flottenabrüstungsfrage kommen wird. Daraufhin deutet das beabsichtigte Treffen zwischen Hoover und Macdonald, das vielleicht noch in diesem Jahre stattfindet, und auch General Dawes als neuer Botschafter in London vermöchte eine Rolle der Vermittlung zu spielen. Man wird sich nur fragen müssen, ob eine solche etwaige Verständigung über die Seerüstungen den Namen einer „Abrüstung“ überhaupt verdienen würde.

So viel ist sicher, daß es den Amerikanern wie den Engländern zur Zeit sehr ernst mit solcher Art „Abrüstung“ ist. Das zeigen besonders deutlich die Besprechungen zwischen Macdonald und Dawes und die Rede des britischen Außenministers Henderson. Taktisch ist von großer Bedeutung, daß man die Angelegenheit nicht den Marineoffizieren überlassen will, sondern daß die Staatsmänner das entscheidende Wort haben sollen bei der künftigen Marinekonferenz. Man glaubt, daß sich eine Formel für die Kreuzerstärken in der Weise finden lasse, daß man den Gefechtswert eines 10 000-t-Kreuzers dem von zwei 6000-t-Kreuzern gleichsetzt, so daß die amerikanische Maximaltonnage von 300 000 t, bestehend aus 10 000-t-Schiffen, der britischen Tonnage von 360 000 t, bestehend aus 6000-t-Kreuzern, gleichzusetzen sei.

Es ist wirkungsvoll, neben solche Abrüstungsbestrebungen die Tatsache zu stellen, daß kürzlich im amerikanischen Repräsentantenhaus der Antrag auf Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Kriegsfall für alle wehrfähigen Amerikaner vom 18. bis 45. Jahre gestellt wurde, zu der der Kriegsminister erklärte, daß er die volle Unterstützung des Kriegsdepartements finden werde, weil dadurch eine wesentliche Ersparnis von mehreren Tagen in der kritischen ersten Zeit nach der Kriegserklärung stattfinde. Man glaubt aber nicht, daß die Bill Billigung im Kongreß findet, genau wie auch schon frühere ähnliche Vorlagen des Kriegsministers abgelehnt worden sind.

Dauernd beschäftigt noch die Einwanderungsfrage in den Vereinigten Staaten. Im Einwanderungsausschuß des Senats wurde der von den Gegnern der Ursprungsklausel eingebrachte Antrag, die Einwanderungsquoten am 1. Juli nicht in Kraft zu setzen, abgelehnt. Damit vermindern sich, wie schon früher erwähnt wurde, die deutschen, irischen und skandinavischen Einwanderungsquoten ganz beträchtlich. Neuerdings sucht man nach Mitteln gegen die ungesetzliche Einwanderung. Es sollen sich etwa 2 bis 3 Mill. Ausländer in den Vereinigten Staaten aufhalten, die auf ungesetzliche Weise die Grenze der Staaten überschritten haben. Die Registrierung aller Ausländer auf besonderen Listen bei der nächsten Volkszählung soll die ungesetzlich Eingewanderten erfassen.

Wirtschaftspolitisch interessiert die vereinsstaatliche Zollnovelle. Für viele Artikel hat sie die Zollsätze um 20 bis 30 % heraufgesetzt, ohne daß aber der Vorschlag einzelnen wirtschaftlichen und politischen Gruppen genügt, während andere die Sätze als zu hoch empfunden haben. So wird sie namentlich von den Demokraten als zu scharf bekämpft werden, während die republikanischen industriellen Kreise und auch die Farmer die Sätze noch als zu gering ansehen. Vom Repräsentantenhaus ist sie mit 264 gegen 147 Stimmen angenommen worden. Sie geht nun in den Senat, wo sich vermutlich harte Kämpfe um ihre einzelnen Punkte abspielen werden, deren Ende nicht so schnell abzusehen ist. Schon hat aber auch die Novelle die Kritik der Außenwelt erfahren, die sich recht ablehnend gegenüber den vereinsstaatlichen Vorschlägen verhält. Das gilt von England, Italien, Spanien, Frankreich, Belgien, Schweiz, Österreich, Tschechoslowakei, Norwegen, Kanada, Uruguay, Argentinien und anderen. Man fürchtet daraufhin unangenehme Rückwirkungen besonders von Kanada und einigen südamerikanischen Staaten, die in engen Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten stehen. Selbstverständlich wird auch Deutschland ganz empfindlich davon betroffen.

An der Grenze zwischen Indiana und Illinois hat eine blutige Auseinandersetzung zwischen einzelnen Schmugglerbanden des Alkoholkriegs stattgefunden.

Der „Wirtschaftsdienst“ bringt aufschlußreiche Betrachtungen über die Außenhandelsstellung der Vereinigten Staaten. Auf der Basis der dortigen Ausführungen wird folgendes Referat gegeben. Von 1913 bis 1926 hat sich der Anteil der Union an dem Weltaußenhandel von 10,4 % auf 14,7 % gehoben; dabei

hat sich das Kaufbedürfnis rascher entwickelt als der Export. In den allerletzten Jahren hat dagegen der vereinsstaatliche Außenhandel andere Richtungen eingeschlagen. Die Ausfuhrzunahme ist wieder stärker gegenüber der Einfuhr an ausländischen Waren geworden. Die Einfuhr wird außerdem in immer steigendem Maße von Rohstoffen bestritten, während vornehmlich Industrieprodukte zur Ausfuhr kommen. Die Folge davon ist, daß der Handel auch andere Wege einschlägt. Europa und Australien stehen nicht mehr so im Vordergrund wie bisher, denn die anderen Erdteile finden eine kräftigere Berücksichtigung. 1910/14 nahm Europa z. B. 62,3% der exportierten Güter auf und lieferte 49,5% der importierten. 1928 waren aber beide Zahlen sehr zurückgegangen. Europa nahm nur noch 46,3% der amerikanischen Ausfuhr auf und bestritt 30,5% der amerikanischen Einfuhr. Dagegen betrug 1910/14 die Ausfuhr nach Asien 5,6%, die Einfuhr von dort 15,3% vom gesamten vereinsstaatlichen Handel. Die beiden Zahlen hatten sich 1928 auf 12,8% und 28,6% vergrößert. Eine ähnliche Steigerung ist in der Ausfuhr nach Südamerika eingetreten von 5,6% auf 9,4%, während sich die Einfuhr von Südamerika nur wenig gehoben hat von 12,2% auf 13,9%. Auch ist auch die Beziehung zu dem übrigen Nordamerika und zu Mittelamerika keinen nennenswerten Wandlungen unterworfen worden. Ebenso hat sich die Ausfuhr nach Afrika wie die Einfuhr von dort ungefähr verdoppelt, aber die absoluten Zahlen sind hier sehr klein. Unter allen Staaten ist in seiner Bedeutung für den Außenhandel der Union Kanada an die erste Stelle gerückt und hat aus dieser Großbritannien verdrängt. Diese Tatsache zeigt damit außerordentlich deutlich die enge Verknüpfung der beiden nordamerikanischen Wirtschaftskörper. In Kanada und in Südamerika steht die Handelsentfaltung in sehr enger Verbindung mit der Kapitalentfaltung. Nach Hauptgruppen betrachtet, setzt sich der amerikanische Außenhandel folgendermaßen für 1928 zusammen (in Mill. \$):

	Nahrungsmittel			Roh- stoffe	Halb- fabrik.	Fertig- fabrik.	Ins- gesamt
	roh	bearbeit.	zus.				
Ausfuhr	293	467	760	1293	717	2259	5129
Einfuhr	550	405	955	1467	763	907	4091
Ausfuhrüberschuß (+)							
Einfuhrüberschuß (—)	— 257	+ 62	— 195	— 174	— 46	+ 1352	+ 1038

Die Nachrichten aus Mexiko sprechen von einem Ende des letzten Aufstandes. Ende April haben allerdings noch recht heftige Kämpfe im Staate Jalisco stattgefunden. Dabei ist Tepatitlan, der letzte Zufluchtspunkt der dortigen Aufständischen, von den Bundestruppen umzingelt und besetzt worden. Wenig später kommt die Kunde, daß auch in Sonora der Widerstand niedergebrochen sei, und daß die aufständischen Führer über die nordamerikanische Grenze geflohen seien. Mehrfach sind aufständische Truppen gefangen und aufgelöst worden. Es heißt, anfang Mai sei auch das militärische Haupt des Aufstandes, General Escobar, mit einem Flugzeug nach Kanada entflohen. Es wäre natürlich völlig falsch anzunehmen, daß damit auch jeder Winkel Mexikos befriedet sei. Denn noch im Juni

hat ein Gefecht bei Geronimo mit Rebellen stattgefunden, bei dem der Führer der aufständischen Truppe samt 49 Leuten gefallen sein soll. Solche Plänkeleien sind auch noch weiterhin zu gewärtigen. Allein die Revolution als solche darf wohl als überwunden gelten. Recht tiefgreifend ist aber doch durch diese neue Revolution die wirtschaftliche, besonders die augenblickliche Geschäftslage beeinflusst worden. Der Verkehr im Lande war zwar nur kurze Zeit gestört, aber das Geschäftsleben als solches hat einen bedeutenden Rückschlag erfahren. Am wenigsten wurde noch das Bankgeschäft beeinflusst. Dagegen haben der Kleinhandel, das Textilgeschäft, der Eisenwarenhandel sehr gelitten. Besonders bedenklich ist überhaupt der starke Rückgang der Produktion in der Ölindustrie, da die Einnahmen aus den Steuern, die auf Produktion und Export liegen, eine sehr wesentliche Rolle im mexikanischen Staatshaushalt spielen. Denn Mexiko, das früher die zweite Stelle in der Erdölweltproduktion hinter den Vereinigten Staaten einnahm, ist durch Venezuela und Rußland auf die vierte Stelle zurückgedrängt worden.

Von besonderer Bedeutung für die innere Befriedung Mexikos ist die Mitteilung, daß Verhandlungen über die Beilegung des Kirchenstreites zu einer Einigung geführt haben bzw. daß durch sie eine Basis für ein Übereinkommen gefunden worden ist. Vorbehaltlich der Zustimmung des Papstes kann der katholische Gottesdienst und der religiöse Unterricht in den Kirchen wieder vorgenommen werden. An der Beilegung habe der amerikanische Botschafter in Mexiko, Morrow, einen wesentlichen Anteil.

In einer ganz ähnlichen Wirtschaftsklemme ist zur Zeit Kuba, das durch den Anbau mannigfacher Plantagenprodukte und durch den Ausbau neuer Industrien seine Abhängigkeit von der Zuckerkonjunktur überwinden will, ohne aber bisher einen genügenden Erfolg aufweisen zu können. Das Andauern der Zuckerkrise wird nicht ohne Besorgnis in Kuba betrachtet. Man meint, daß nur durch Rationalisierung der Betriebe und durch die Verwertung der Nebenprodukte die Krise überwunden werden kann, eine richtige Einstellung, die aber zur Durchführung die nötige Zeit verlangt.

Zwischen Haiti und der Dominikanischen Republik ist es im ersten Drittel dieses Jahres zu einer Grenzregulierung gekommen, die inzwischen vom Dominikanischen Kongreß und von der Nationalversammlung von Haiti ratifiziert worden ist und damit langwierige Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden Staaten endlich aus der Welt geschafft hat.

Über die voraussichtliche Lösung der Tacna-Aricafrage sind jetzt Einzelheiten bekanntgeworden. Wie wir schon im letzten Bericht mitgeteilt haben, soll die Provinz Tacna an Peru, die Provinz Arica an Chile fallen. Die Grenzlinie soll nördlich der Eisenbahn von Arica über Tacora nach La Paz verlaufen. Die Schwefelgruben von Tacora bleiben bei Chile, während die Kanäle von Uchosuma und Mauri an Peru kommen. Ferner erhält Peru das Recht, an der Bucht von Arica eine Werft, ein Zollgebäude und eine Station an der Bahnlinie Tacna—Arica zu errichten; es erhält also ein Hafengebiet. Chile zahlt ferner an Peru

6 Mill. \$. Das Gebiet, das an Peru gefallen ist und dementsprechend nach der Ratifizierung der Verträge aus dem chilenischen Staatskörper ausscheidet, ist ungefähr 10 000 qkm groß und birgt 23 000 Einwohner. Ein Aufsatz von Walter Knoche-Santiago de Chile wird diese Regelung in Bälde im einzelnen darstellen, dabei eine Kartenskizze der Aufteilung bringen.

Recht sonderbare Vorfälle haben sich in Curaçao ereignet. Anfang Juni führten venezolanische Banden einen Überfall auf das holländische Curaçao aus. Sie griffen Willemstad von der Seeseite an und entführten den Gouverneur und den Besatzungskommandanten auf einem vorher gekaperten amerikanischen Dampfer und setzten diese am venezolanischen Strand aus. Dabei wurden von den Angreifern vor allem Munition und Waffen erbeutet. Die Nachrichten bringen diesen Beutezug mit dem venezolanischen Aufstand in Beziehung. Über die Motive des Aufstandes ist noch kaum etwas bekannt. Auch der niederländisch-venezolanische Notenwechsel hat darüber nichts beigebracht.

Offensichtlich steht aber dieser Vorfall mit der Revolution in Venezuela in enger Verknüpfung, die sich freilich selbst nur in einem Geplänkel hier und dort zu erschöpfen scheint. Es wird von einem Angriff der Aufständischen auf Vela de Coro berichtet, der aber zurückgeschlagen sein soll. Ebenso soll es an der venezolanisch-kolumbianischen Grenze zu einem Gefecht gekommen sein.

GERHARD HERRMANN:

Weltwirtschaftlicher Bericht

Die Reparationsfrage. — Die amerikanische Schutzzollpolitik. — Die Zusammenarbeit zwischen chemischer und Automobilindustrie.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung der Berichtsperiode stand so beherrschend unter dem Einfluß der Pariser Konferenz, daß alle weiteren Ereignisse demgegenüber in die zweite Reihe treten. Freilich haben das Ergebnis und noch besser der Verlauf der Pariser Verhandlungen gezeigt, in wie großem Maße die Reparationsfrage eine politische Frage ist und bleibt, und daß es eine große Täuschung war, die man heute nach dem monatelangen Auf und Ab der Verhandlungen kaum noch begreift, durch eine Zusammenkunft von politisch unabhängigen Wirtschaftssachverständigen die Reparationsfrage unabhängig von politischer Beeinflussung lösen zu wollen. Genau genommen gibt es sogar eine Reparationsfrage als rein wirtschaftliches Problem gar nicht, da die wirtschaftliche Ratio bei dem Stand heutiger weltwirtschaftlicher Verflechtung automatisch zu einer Annullierung der Reparationsverpflichtungen führen würde. Der Schaden, der aus der Blutabzapfung bzw. Kaufkraftschwächung Deutschlands erwächst, ist für die Gläubigermächte viel größer als der Nutzen aus Tributzahlungen. Wann allerdings die Regierungen der Gläubigerstaaten einsehen werden, daß Europa wirtschaftlich auf Gedeih und Verderb zusammengehört, daß der Schaden eines einzelnen der Schaden aller ist, und die Selbstzerfleischung Europas nur die wirtschaftliche Hegemonie der USA. noch stärker befestigt, ja schließlich die wirtschaftliche Selbständigkeit unseres Kontinents in Frage stellt, ist noch nicht abzusehen. Die Krise der Konferenz Ende April war der äußere Ausdruck der Wandlung aus einer Versammlung unabhängiger Wirtschaftsexperten in eine solche von letztlich durch politische Erwägungen in ihren Entscheidungen bestimmten Wirtschaftsführern.

Macht man diese wichtige Einschränkung, so ist wohl einzuräumen, daß die Lösung des Young-Planes der heutigen politischen Situation angemessen ist. Nach dem Dawes-Plan stellt sie einen weiteren Schritt zur Entpolitisierung der Reparationsfrage dar, wobei freilich das Ziel bei weitem noch nicht erreicht ist.

In folgenden Punkten liegen die grundsätzlichen Änderungen gegenüber dem Dawes-Plan: 1. Die jährlich zu leistenden Zahlungen sind von 2500 Mill. M. auf durchschnittlich 2050 herabgesetzt. 2. Die Gesamtzahl der Annuitäten ist nun auf zwei Perioden von 37 und 22 Jahren, insgesamt also auf 59 Jahre festgesetzt. 3. Das System ausländischer Kontrollen und die Aufsicht des Reparationsagenten

kommen in Fortfall, die deutsche Souveränität wird also im wesentlichen wieder hergestellt. 4. Eine besonders zu gründende internationale Bank tritt an die Stelle der früheren Kontrollinstanzen und des Reparationsagenten. Unter Aufsicht aller maßgebenden Notenbanken stehend, wird sie die Verwaltung der Reparationsgelder und alle damit zusammenhängenden Finanzierungen vornehmen. Ferner ist der Transferschutz modifiziert worden, derart, daß jährlich 660 Mill. M. unbedingt transferiert werden müssen, während die alleinige Entscheidung über die Transfermöglichkeit des Restbetrages bei der deutschen Regierung liegt. Bei allen Bedenken gegen die jetzige Höhe der Annuität ist der Fortschritt gegenüber dem Dawes-Plan deutlich, bringt doch der Young-Plan gerade in politischer Hinsicht erhebliche Erleichterungen und läßt endlich wieder die Rheinlanddrängung in greifbarere Nähe rücken. Von den verschiedenen Anhängen ist besonders der erste interessant, der ein Abkommen zwischen Deutschland und den Gläubigerstaaten (außer USA.) darstellt und wonach Deutschlands Reparationsverpflichtungen entsprechend herabgesetzt werden, wenn einem der Gläubiger von seiten der USA Zahlungserleichterungen gewährt werden sollten. Wenn auch vorläufig von amerikanischer Seite entschieden in Abrede gestellt wird, daß dieses Abkommen jemals praktische Bedeutung erlangen könnte, so ist diese erstmalige offizielle Verquickung beider Fragekreise unter deutscher Mitarbeit insofern wichtig, als hier tatsächlich wenn auch nicht formaljuristisch, der Kernpunkt der Reparationsfrage liegt und erst von hier aus der starke Widerstand von alliierter Seite, die deutschen Zahlungen zu ermäßigen, verstanden werden kann.

Wenn auch in Washington unter dem neuen Hoover-Regime durchaus nicht von einem Systemwechsel gesprochen werden kann, vielmehr die bisher verfolgte protektionistische Wirtschaftspolitik nur noch ausgesprochener hervortritt, so ist doch die Tatsache bedeutsam, daß gerade zur Zeit der Pariser Verhandlungen dem Repräsentantenhaus die „Tariff Act of 1929“ zugeht, die — grob gesagt — auf eine 20%ige Erhöhung des amerikanischen Tarifs hinauskommt. So ergibt sich die auf die Dauer völlig unhaltbare Situation, daß Europa — d. h. zum erheblichsten Teil Deutschland auf dem Umwege über die alliierten Gläubigermächte — einerseits an die USA. verschuldet ist und andererseits diese den Zustrom ausländischer Waren und Dienstleistungen (Schiffahrtspolitik!) immer nachdrücklicher einzudämmen suchen. Gewiß sind die amerikanischen Forderungen juristisch unanfechtbar, doch können sie faktisch nur in Form von Waren oder Dienstleistungen erfüllt werden, wogegen sich die USA. wehren. Entweder Schutzzollpolitik oder Einkassierung der europäischen Schulden lautet also die klare Alternative, deren Entscheidung lediglich bei den USA. liegt, ein weiteres Symptom für die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung der Staaten. Daß man diese Alternative in Washington nicht sieht, sondern beide Ziele zugleich zu verwirklichen sucht, ist eine der wichtigsten Ursachen der heutigen Störungen im weltwirtschaftlichen Güteraustausch. Es mag gewagt erscheinen, heute schon etwas darüber auszusagen, wie diese unentrinnbare Entscheidung einmal ausfallen wird. Immerhin sprechen

eine ganze Reihe von Faktoren, und in erster Linie geopolitische, für die innere Folgerichtigkeit und also Beibehaltung der usamerikanischen Schutzzollpolitik. Wenn nämlich überhaupt ein Land über den hierzu notwendigen Grad von autarker Wirtschaftsstruktur und natürlichem Reichtum verfügt, so sind es die USA. In ausschlaggebendem Maße nur für den Bezug von Kautschuk und Kali vom Ausland abhängig, würde gegebenenfalls der Überschuß an Baumwolle genügen, auf den die übrige Welt ja angewiesen bleibt, um ein hinreichendes Austauschobjekt zu bieten. Kein Zweifel ferner, daß neben den natürlichen Reichtümern der USA. der Schutzzoll es war, der dem amerikanischen Volke einen weit über dem europäischen Durchschnitt liegenden Lebensstandard ermöglichte. Zugunsten einer Beibehaltung der amerikanischen Schuldeintreibungspolitik sprechen dagegen nur juristische und allenfalls psychologische Gründe, denn es dürfte allerdings schwer fallen, einen Verzicht auf die Begleichung der alliierten Schulden in der heutigen Höhe den amerikanischen Massen schmackhaft zu machen. Andererseits aber leidet heute bereits der amerikanische Absatz nach Europa durch die relativ geringe, durch Reparationen und Kriegsschulden gedrosselte Kaufkraft Europas. Diese Tendenz wird sich noch verstärken wenn einmal die amerikanische Inlandskonjunktur derart nachläßt, daß ein forcierter Export notwendig wird.

Interessant und ein geopolitisches Moment von besonderem Reiz ist hierbei, daß in einem wichtigem Punkt, nämlich dem Fremdenverkehr, die Amerikaner nicht protektionistisch eingestellt sind, etwa in dem Sinne: „Amerikaner, verlebt eure Ferien im eignen Lande.“ Ob freilich, wie von amerikanischer Seite erklärt worden ist, der Zustrom amerikanischer Besucher nach Europa umfangreich und zahlungskünftig genug ist, um trotz Beibehaltung des sonstigen Protektionismus für Europa eine Übertragung seiner Schuld aus Fremdenverkehrseinnahmen zu ermöglichen, bleibt vorläufig eine offene Frage. Immerhin liegt hier prinzipiell eine Möglichkeit zur Lösung des oben angedeuteten Dilemmas.

Neben diesen allgemeineren Hintergründen der amerikanischen Wirtschaftspolitik ist bei der Tariff Act of 1929 zu beachten, daß die Interessen der Landwirtschaft hierbei längst nicht in dem Maße gewahrt wurden, wie es Hoover im Wahlkampf ankündigte. Die Fleisch-, Mais-, Rohwolle- u. a. Zölle sollen zwar erhöht werden, doch kommt die Mehrzahl der Erhöhungen industriellen Interessen zugute unter Bevorzugung der mittleren und Mittelweststaaten. Die Neu-England-Staaten, deren Vormachtstellung sowieso rasch schwindet, fühlen sich dagegen benachteiligt. Die wichtigste und umstrittenste Änderung betrifft den Zuckerzoll. Der allgemeine Rohzuckerzoll soll von 2,20 auf 3 cents pro lb, für kubanischen Zucker von 1,76 auf 2,4 heraufgesetzt werden. Philippinenzucker bleibt zollfrei. Der Satz für Zuckerrüben soll unverändert bleiben, was das Mißfallen der Zuckerbauern in den Südstaaten erregt, die sich bereits seit langem über die Konkurrenz des kubanischen Zuckers beschwerten und diesen Zustand im neuen Tarifenwurf nicht beseitigt sehen.

Von den verschiedenen Bestrebungen um internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit sind diesmal die Vorgänge in der chemischen Industrie besonders interessant. Bereits im Januar dieses Jahres war von der I. G. Farbenindustrie A.-G. die I. G. Chemie Basel als Holding-Gesellschaft für ihre europäischen Interessen gegründet worden. Ferner wurde das Ende Dezember 1927 abgeschlossene provisorische deutsch-französische Farbenabkommen auf eine definitive Basis gestellt. Zur gemeinsamen Regelung der beiderseitigen Produktions- und Absatzverhältnisse tritt nun auch eine weitgehende technische Zusammenarbeit unter gleichzeitiger Einbeziehung der Schweizer Farbenindustrie als Vertragspartner: Als ebenbürtige Gegner stehen dieser geschlossenen kontinentaleuropäischen Gruppe nur noch England und die USA. gegenüber.

Ende April dieses Jahres ist es nun dem deutschen Farbentrust gelungen, auch in den Vereinigten Staaten von Amerika festeren Fuß zu fassen. Bereits vor zwei Jahren war es zwischen der I. G. Farben und der Standard Oil of New Jersey zu engerer Zusammenarbeit gekommen, um gemeinsame Versuche zur Verbesserung der Erdölveredelung durchzuführen. Diese Kooperation hat nun insoweit zu einem Erfolge geführt, als die Standard Oil eine Lizenz auf ein katalytisches Hydrierungsverfahren der I. G. zur Gewinnung von Leichtölen genommen hat. Unter Verzicht auf technische Einzelheiten genügt es festzustellen, daß dieses Hochdruckhydrierungsverfahren gegenüber dem bisher vorwiegend benutzten Crackingverfahren eine erheblich größere Ausbeute an Benzin und anderen Leichtölen pro Tonne Rohöl gewährt. Diese Tatsache verdient angesichts der ständig wachsenden Nachfrage nach Leichtölen und der Bemühungen um Beschränkung der Rohölproduktion besondere Beachtung. Außer in dieser Frage, die heute bereits von praktischem Interesse ist und erhebliche Strukturwandlungen der Erdölwirtschaft zur Folge haben kann, bestehen noch verschiedene Berührungspunkte zwischen beiden Konzernen, wenn sie auch teils noch Laboratoriumscharakter tragen. Das sind die Versuche zur Gewinnung von künstlichem Kautschuk, zur Ölgewinnung durch Kohleverflüssigung und die Pläne zur Gewinnung von synthetischem Stickstoff nach dem Haber-Bosch-Verfahren in den USA. selbst. Alle diese Verfahren, so verbesserungsbedürftig sie teils noch sind, wenigstens unter kaufmännischem Gesichtspunkt, sind von so überragender Bedeutung für die zukünftige Gestaltung der Rohstoffwirtschaft der Erde, daß das Interesse der Standard ohne weiteres verständlich erscheint. Überhaupt scheint vorläufig die I. G. Farben mehr der gebende als der nehmende Teil zu sein.

Ihren äußeren Ausdruck fand diese Zusammenarbeit durch die Gründung der America I. G. Chemical Corporation, in der nach dem Vorbild der Baseler Gesellschaft die gesamten amerikanischen Interessen des deutschen Farbentrusts zusammengefaßt werden sollen. Im Aufsichtsrat sitzen neben Bosch und Schmitz von der I. G. Farben W. C. Teagle, der Leiter der Standard Oil und — zunächst überraschend — Edsel Ford. Die Rückendeckung durch zwei so gewaltige Unternehmen wie die Standard und Ford, ganz abgesehen von einflußreichen New

Yorker Bankleuten, dürfte immerhin den deutschen Farben- und Chemikalienabsatz nach USA. trotz des Widerstandes der amerikanischen chemischen Industrie recht günstig beeinflussen, wie überhaupt die Berührungspunkte zwischen chemischer und Automobilindustrie sehr mannigfaltig sind: Farben, Lacke, Zelluloid, Leichtmetalle, Kautschuksynthese, um nur die allerwichtigsten zu nennen.

Die Interessennahme Fords gewinnt noch dadurch eine besondere Unterstreichung, daß fast zur selben Zeit, als die Ford Motor Co. A. G. in Berlin unter dem Eindruck der Interessennahme von General Motors bei Opel zu einer Intensivierung des Geschäftes und Kapitalerhöhung schritt, umgekehrt die I. G. Farben die ganze Neuemission, 40% des neuen Gesamtkapitals, en bloc übernahm. Hält man dem gegenüber, daß vor einiger Zeit der General Motors Konzern, der große Konkurrent Fords, in finanzielle Interessennahme bei dem englischen Chemietrust trat und beachtet man, daß der Machthaber von General Motors, Mr. Du Pont, gleichzeitig die Führung des amerikanischen Chemietrusts bzw. seiner größten Gesellschaft, der Du Pont de Nemours Co. inne hat, so ergibt sich eine klare Frontstellung je zweier verbündeter Mächte.

WILHELM GROTKOPP:

Wie wird die amerikanische Zollpolitik der Zukunft aussehen?

Die lebhaften Klagen aus fast allen europäischen Industriezweigen über die ungünstigen Auswirkungen der amerikanischen Schutzzollpolitik auf die Wirtschaft Europas sind bekannt. In früheren Artikeln *) haben wir die Berechtigung dieser Klagen untersucht. Es zeigte sich, daß die heutigen amerikanischen Agrarzölle den Export aus den großen Agrarländern wesentlich behindern und die internationale Arbeitsteilung stören. Für Europa sind die Industriezölle von ausschlaggebender Bedeutung. Diese sind so hoch, daß sie als absolute Zölle bezeichnet werden können, ist doch heute nur als Ausnahmeerscheinung der Export der Fertigwaren möglich, die Amerika noch nicht in der betreffenden Qualität oder in ausreichenden Mengen herstellt, während alles, was die amerikanische Wirtschaft produziert, nicht ins Land gelassen wird. Infolge der Bedeutsamkeit des amerikanischen Marktes und der Exportnotwendigkeit der europäischen Industrie bringt man in Europa der Frage, ob mit einer Revision **) dieser amerikanischen Politik des absoluten Schutzzolles zu rechnen sei, ein besonderes Interesse entgegen.

Den Wunsch zum Vater des Gedankens machend, stellt man sehr oft eine solche Revision als absolut notwendig hin, weil die jetzige Politik auch für Amerika

*) Vgl. speziell auch als Materialunterlage die Artikel in dieser Zeitschrift vom März 1928, Juli 1928 und März 1929. — **) Der Artikel wurde geschrieben, bevor die Arbeiten des jetzigen Zolltarifes einsetzten und ist in seiner ursprünglichen Form nicht geändert worden. Vgl. über die jetzige Reform Artikel von mir in „Berliner Tageblatt“ 1928 Nr. 449, 1929 Nr. 10 und Nr. 235.

weltwirtschaftlich nicht tragbar sei. Zwar gibt man sich nicht der Illusion hin, daß Amerika aus Liebe zu anderen Völkern oder aus allgemein weltwirtschaftlichen Gründen seine Zollpolitik revidieren wird, aber beeinflußt durch rein europäische Gedankengänge glaubt man, die Behauptung aufstellen zu können, daß Amerika im eigenen Interesse die jetzige Politik revidieren müsse, da diese eine Stellung Amerikas in der Weltwirtschaft bedinge, die für diese bedeutende Industriemacht nicht tragbar sei. Oft verkünden diesen Gedanken Europäer, die kurze Zeit im New York gewesen sind, dort nur mit den typisch international eingestellten Kreisen verkehrten und von diesen immer wieder gehört haben, daß Amerika eine Revision seiner Zollpolitik vornehmen müsse. Derartige Erklärungen über die amerikanische Stellungnahme häuften sich in der letzten Zeit so, daß die führende wirtschaftliche Tageszeitung, „The Journal of Commerce“, es für notwendig hielt, darauf hinzuweisen, daß derartige Berichterstatter sich einer großen Selbsttäuschung hingeben, daß sie nur zu willig auf das gehört hätten, was einigen Außenseiter ihnen erzählten, aber nicht beachtet hätten, daß New York nicht Amerika wäre und daß tatsächlich diese Stellung einiger New Yorker Bankiers und Händler nicht von der amerikanischen Bevölkerung geteilt werde. Tatsächlich muß man auch feststellen, daß in Amerika die Ansicht vorherrscht, daß Amerikas Zollpolitik in keiner Beziehung Amerikas weltwirtschaftliche Stellung ungünstig beeinflusse. In Erwiderung auf die vielen Hinweise europäischer und auch einiger amerikanischer Kreise, daß Amerika im Interesse seiner weltwirtschaftlichen Stellung seine Zollpolitik revidieren müsse, sind von den maßgebenden amerikanischen Wirtschaftspolitikern mehrere Argumente angeführt, die sich zu einem Gesamtbild zusammentragen lassen und gewissermaßen als eine Ideologie amerikanischer Weltwirtschaftspolitik bezeichnet werden können. Diese Ideologie sei zunächst im folgenden Abschnitt in ihren Grundzügen dargelegt.

Trotz unserer so viel geschmähten Wirtschaftspolitik konnte in den letzten 8 Jahren unsere Produktion um etwa 30% ausgedehnt werden, während die Bevölkerung nur um etwa 10% zugenommen hat, was eine wesentliche Steigerung des standard of life der Bevölkerung bedeutet. Es wird behauptet, daß durch unsere Zoll- und Einwanderungspolitik die Produktionskosten und Preise der Waren unnatürlich erhöht würden. Tatsächlich sind aber in den letzten Jahren Produktionskosten und Preise wesentlich gefallen. Auch ist die Industrie nicht hinter der Zollmauer eingeschlafen, es konnte vielmehr die auf den einzelnen Arbeiter entfallende Produktionsmenge wesentlich erhöht werden. Auch hatte die Zollpolitik keine Einschränkung des Außenhandels zur Folge. Der amerikanische Außenhandel ist heute für die gesamte Wirtschaft eine Lebensnotwendigkeit. Ein Aufhören des Importes würde eine völlige Stockung der Wirtschaft zur Folge haben, ein Aufhören des Exportes würde 2,4 Mill. Familien Arbeitsmöglichkeiten nehmen. Würde dieser Außenhandel durch die Zollpolitik behindert, dann müßten wir allerdings die Frage einer Revision der Zollpolitik prüfen. Wir haben sehr viel Wert auf einen Ausbau der Außenhandelsbeziehungen gelegt, und können fest-

stellen, daß der Außenhandel nie so rapide angewachsen ist, wie in den Jahren nach der Annahme des so viel gelästerten Fordney-Tarifes. Der Import beläuft sich heute auf mehr als 4 Milliarden \$ jährlich, von diesem Import kommen 65% zollfrei ins Land. Die Einfuhr zollfreier Waren in diesem Umfange ist nur dank der durch die amerikanische Zollpolitik geschützten hohen Kaufkraft des amerikanischen Volkes möglich. Der Export ist seit 1920 um eine Milliarde auf 4,8 Milliarden \$ angestiegen, man kann also nicht gerade sagen, daß durch unsere Zollpolitik die Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt geschwächt würde. Häufig wird behauptet, daß wir den anderen Völkern nicht die Möglichkeit geben, durch Export die von uns gekauften Waren zu bezahlen und die Zinsen auf Anleihen zurückzuzahlen. Aber wenn auch der Export einiger Länder nach Amerika auf Schwierigkeiten stößt, so ist doch zu beachten, daß die anderen Länder durch Export nach dritten Märkten bezahlen können und daß die Zahlungsbilanz beachtliche unsichtbare Posten aufweist, hinzuweisen ist besonders auf die Einnahmen anderer Länder aus dem amerikanischen Touristenverkehr. Die Theoretiker mögen weiterhin behaupten, daß unsere Weltwirtschaftspolitik für uns untragbar sei, die Praxis gibt uns ein anderes Bild. Amerika erfreut sich heute einer Prosperität wie kein zweites Land. Im Zeichen traditioneller amerikanischer Hochschutzzpolitik ist diese Prosperität wesentlich angewachsen. Wir sehen nicht ein, warum wir unsere Weltwirtschaftspolitik ändern sollen, wenn unsere Politik so günstige Ergebnisse zeitigt. Besser wäre es, wenn die Theoretiker ihre Theorien ändern würden.

Es ist eine undankbare Aufgabe, auf diese Ideologie irgendwie kritisch einzugehen, auf einige schwache Stellen hinzuweisen und so vielleicht die Ideologie in sich zusammenbrechen zu lassen. Eine entscheidende Frage wäre die nach der Ursache heutiger amerikanischer Prosperität. Diese können wir hier nicht beantworten, denn dies würde den Rahmen der Arbeit sprengen, doch sei darauf hingewiesen, daß neutrale Beobachter nie die amerikanische Zollpolitik als die wesentlichste oder auch nur eine wesentliche Ursache amerikanischer Prosperität hinstellen. Es ist ja immer schwer zu beantworten, ob eine solche Prosperität dank oder trotz der Zollpolitik möglich gewesen sei. Aber es ist nötig, diese Ideologie zu kennen und sich nicht der Selbsttäuschung hinzugeben, daß das amerikanische Volk andere Gedanken über seine Weltwirtschaftspolitik vertrete, und besonders deswegen ist die Ideologie dargestellt worden. Sehr oft wird eine Ideologie vertreten, die sich an sich schon überlebt hat, die den bestehenden Verhältnissen nicht mehr entspricht. Meistens wird sogar um so energischer an ihr festgehalten, je brüchiger die Ideologie ist. Es ist somit zu fragen, ob sich diese Ideologie tatsächlich mit den amerikanischen Notwendigkeiten deckt, ob vielleicht die Verhältnisse sich in einem entgegengesetzten Sinne auswirken und deswegen trotz der bestehenden Ideologie sich eine Revision der Zollpolitik notwendig durchsetzen muß.

Manches äußere Anzeichen spricht dafür, daß für Amerika der Export von einer so großen Bedeutung ist oder zumindest sein wird, daß die Gesichts-

punkte der Exportinteressenten die allgemeine Wirtschaftspolitik maßgebend bestimmen werden, was ja meistens auf einen Abbau der Schutzzollmauern hinausläuft, da die Schutzzollpolitik eine Belastung des Exportes bedeutet. So deuten die Exportpropaganda und die Politik der Exportförderung auf diese Möglichkeit hin. Schon in einem anderen Artikel haben wir in dieser Zeitschrift, und zwar im Septemberheft 1927 bes. S. 785 ff. einen kurzen Überblick über die amerikanische Exportförderung und die amerikanische Exportaktivität gegeben. Hierauf möchten wir an dieser Stelle verweisen. Doch deutet diese Politik der Exportförderung wirklich darauf hin, daß der Export für Amerika von einer solchen Notwendigkeit geworden ist, daß die Exportinteressen für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik von ausschlaggebender Bedeutung sind? Alle diese Momente, wie vor allem auch die Tatsache, daß heute fast alle großen amerikanischen Firmen in jedem größeren europäischen Land eigene Filialen unterhalten, daß amerikanische Firmen immer mehr in die Wirtschaft anderer Länder eindringen, dürfen in ihrer grundsätzlichen Bedeutung nicht überschätzt werden. Sie lassen zwar erkennen, daß die amerikanische Wirtschaft auf den Export angewiesen ist, doch eine nähere Betrachtung des amerikanischen Exportes zeigt uns, daß die Ausfuhr des amerikanischen Produktionsüberschusses für die Wirtschaft nicht mit solchen Schwierigkeiten verbunden ist, daß die Frage des Verhältnisses zwischen Export und Wirtschaftspolitik von grundlegender Bedeutung wird. Für einige europäische Länder ist bei der Regelung der Zollpolitik die Frage entscheidend, ob hohe Zölle evtl. den Export unmöglich machen, für Amerika besteht dies Problem noch nicht.

Der amerikanische Export setzt sich nämlich im wesentlichen aus Produkten zusammen, deren Absatz auf dem Weltmarkt keine größeren Schwierigkeiten machen. Unter Hinweis auf das in dem oben erwähnten Artikel über „Entwicklungstendenz des amerikanischen Außenhandels“ Gesagte seien hier nur kurz folgende Momente hervorgehoben: Gut die Hälfte des amerikanischen Exportes besteht aus Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Halbfertigwaren, die sich auf dem Weltmarkt erfahrungsgemäß von selbst verkaufen, wie vor allem Baumwolle, Weizen, Tabak, Petroleum und Kupfer. Der amerikanische Fertigwarenexport setzt sich zum weitaus größten Teil aus Waren zusammen, die als Spezialleistungen amerikanischer Produktion konkurrenzlos auf dem Weltmarkt dastehen, wie Automobile, die verschiedensten Arten von Maschinen, aber auch Strümpfe sowie einige Produkte der Stahl- und der chemischen Industrie. Es verbleibt ein nur sehr geringer Prozentsatz des Gesamtexportes, nicht einmal 10%, für den tatsächlich gewisse Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt bestehen, für den vielleicht die Frage aktuell sein könnte, ob bei einer Revision der Zollpolitik die Produktionskosten gesenkt und die Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt gehoben werden könnten. Aber diese Frage stellen sich die Amerikaner gar nicht erst. Sehen sie, daß sie nicht mit Erfolg exportieren können, dann beschränken sie die Produktion möglichst auf den Bedarf des heimischen Marktes. Diese Beschränkung

halten sie für möglich, da der heimische Markt in Amerika noch entwicklungsfähig ist und große Möglichkeiten erhöhten Absatzes bietet.

Man hört ja auch sehr selten innerhalb der amerikanischen Wirtschaft Klagen über geringe Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt. Zur Zeit bestehen nur für die Farmer derartige Sorgen. Aber bezeichnenderweise haben diese in der heutigen für einige ihrer Produkte kritischen Situation den Schluß gezogen, daß sie auf jeden gewinnbringenden Absatz auf dem Weltmarkt verzichten, die Förderung des heimischen Marktes als ihr Hauptziel ansehen, evtl. den Produktionsüberschuß auf dem Weltmarkt dumpfen wollen. Von den Industriezweigen sind eigentlich nur die Film- und die Automobilindustrie auf dem Weltmarkt auf Schwierigkeiten gestoßen, doch diese sind jeweilig speziell begründet gewesen und von keinem dieser beiden Zweige wurde offiziell die Frage gestellt, ob vielleicht eine Änderung der amerikanischen Weltwirtschaftspolitik eine Erleichterung bringen könnte. Einige Automobilindustrielle vertreten zwar gelegentlich die Ansicht, daß man die amerikanischen Zölle ermäßigen müßte, um einen Abbau der ausländischen Automobilzölle fordern zu können, aber diese sind Außenseiter. Die Industrie als solche wagt nicht, das amerikanische Schutzzollsystem anzugreifen, glaubt, daß auch bei der jetzigen amerikanischen Weltwirtschaftspolitik der Export amerikanischer Automobile sich günstig gestalten kann.

Aber wenn der Export amerikanischer Waren tatsächlich so wenig Sorgen machen sollte, warum werden Millionen und Millionen für die amerikanische Exportpropaganda ausgegeben? Auch diese Frage löst sich, wenn man den amerikanischen Apparat der Exportpropaganda näher untersucht. Es zeigt sich, daß dieser Apparat der Exportförderung nicht so sehr der Förderung des Exportes um des Exportes willen dient, sondern vor allem der einmaligen Hilfe, falls einmal ein Exportgeschäft als Ausnahmeerscheinung möglich und nötig ist. Für ständig exportierende Firmen ist ein staatlicher Apparat kaum notwendig. Erforderlich ist er dagegen, wenn der Export in Amerika nur als Sicherheitsventil dient, falls ein Teil der heimischen Produktion nicht abgesetzt werden kann und eine Einschränkung der Produktion so große Nachteile mit sich bringt, daß ein Export sich auf jeden Fall lohnt. Zur Zeit ist die Frage des Exportes eines zufälligen Produktionsüberschusses von besonderer Bedeutung, deswegen tritt dieser amerikanische Apparat sehr stark in Erscheinung, doch dies darf uns keineswegs zu einem Fehlschluß verleiten.

Eine andere Frage ist, ob in Zukunft die Stellung der amerikanischen Exportzweige so sein wird, daß sie einen Abbau der Zollpolitik erzwingen werden. Die Möglichkeit ist an sich gegeben, jeder Industriestaat hat sich so entwickelt, daß die Exportzweige eine ausschlaggebende Bedeutung erlangten, aber es ist höchst unwahrscheinlich, daß Amerika schon in den nächsten Jahrzehnten ein solches Stadium erreichen wird. Amerika wird zwar in den kommenden Jahrzehnten immer enger mit anderen Ländern wirtschaftlich verstrickt werden, aber es wird, wie alle Anzeichen erkennen lassen, diese Entwicklung nicht gern gehen, es wird

sein Hauptaugenmerk auf den heimischen Markt gerichtet lassen, und hier bestehen noch so große Entwicklungsmöglichkeiten, daß Amerika diese Politik eine Weile fortsetzen kann.

Auch ist die Möglichkeit kaum gegeben, daß Amerika auf die es mit einigen Waren beliefernden Länder soviel Rücksicht nehmen muß, daß es Zugeständnisse machen muß. An sich ist es schon selten, daß Importnotwendigkeiten die Länder zu einer Revision ihrer Weltwirtschaftspolitik im liberalen Sinne zwingen, im Falle Amerikas erscheint es völlig unwahrscheinlich. Amerika wird hauptsächlich von einigen Ländern Asiens und Südamerikas mit den ihm fehlenden Waren versorgt. Bisher ist es gelegentlich zu Reibereien gekommen, doch nie hat Amerika diesen Lieferanten ein Entgegenkommen gezeigt; es hat sich vielmehr auf einen regelrechten Wirtschaftskrieg eingelassen, falls diese Länder für ihre Waren Preise verlangten, die nach amerikanischer Auffassung zu hoch waren, wie es z. B. bei Kautschuk der Fall war.

Bedeutsamer ist dagegen die Frage, ob Amerika durch die Betätigung seines Kapitals in anderen Ländern zu einer größeren Rücksichtnahme auf die Interessen der anderen Welt gezwungen werde. Amerika ist durch seinen Kapitalexport in besonders enge Verbindung mit den Nachbarstaaten des amerikanischen Kontinentes gekommen. Hier betätigt sich das amerikanische Kapital, und zwar in Höhe von etwa 9 Milliarden £, um in sicheren Anlagen, wie Staats- und Kommunalpapieren, hohe Zinsen zu erhalten, um vor allem die in den Nachbarländern vorhandenen Naturreichtümer auszubeuten. Das Interesse des amerikanischen Kapitals für die Petroleum- und Erzvorkommen in Mexiko, Peru, Venezuela, Columbien, Costarica, Bolivien und sogar den drei großen A-B-C-Staaten, ferner für die Zucker-, Bananen-, Kaffee-, Kakao- und Tabakplantagen speziell Mittelamerikas ist so bekannt, daß hier nur auf die weltwirtschaftlich bedeutsame Folgerung hingewiesen sei, daß bei einem weiteren Ausbau und bei einer planmäßigeren Gestaltung des amerikanischen Kapitalexportes, der heute noch weitgehend auf Plünderung und Ausbeutung abzielt, diese Länder schließlich Amerika wirtschaftlich angegliedert, „kubanisiert“ werden, so daß also die Produktionsgrundlagen Amerikas erweitert würden und eine erhöhte Möglichkeit für die Durchführung einer autarken Politik gegeben wäre. Dieser amerikanische Kapitalexport bedeutet also nicht eine engere weltwirtschaftliche Verflechtung Amerikas, sondern eine Stärkung seiner autarken Stellung.

Aber amerikanisches Kapital ist doch auch in Europa tätig, bedingt dies nicht eine stärkere weltwirtschaftliche Bindung der U.S.A.? Einmal ist zu beachten, daß in Europa nur etwa halb soviel amerikanisches Kapital arbeitet wie in den Nachbarstaaten auf dem amerikanischen Kontinent, ferner, daß dies Kapital meistens in hoch verzinlichen sicheren Obligationen angelegt und eigentlich nur die eine Bindung entstanden ist, daß die Amerikaner regelmäßig die Zinsen einziehen. Diese Zinsen werden sie erhalten. Warum sollten sie sich fragen, ob es Europa besondere Schwierigkeiten macht, diese Zinsen aufzubringen? Die Zahlungsbilanz

wird sich schon so einspielen, daß diese Zinsen übertragbar sind. In einem Artikel über die Zahlungsbilanz wird dies ausführlicher dargelegt werden, so daß hierauf an dieser Stelle nicht weiter eingegangen sei.

Es ist anderseits darauf hinzuweisen, daß in letzter Zeit oft in Amerika die Ansicht geäußert wurde, daß der amerikanische Kapitalexport nach Europa evtl. einmal eine Erschwerung der traditionellen amerikanischen Wirtschaftspolitik zur Folge haben könnte, daß dies auf jeden Fall vermieden werden müßte und deswegen der amerikanische Kapitalexport nach Europa auf ein Minimum zu begrenzen sei. Zwar kann, wenn auch das amerikanische State Department einen gewissen Einfluß auf den amerikanischen Kapitalexport ausübt, von einer bewußten amerikanischen Kapitalexportpolitik noch nicht gesprochen werden, aber unabstreitbar ist, daß maßgebende amerikanische Kreise den Kapitalexport nach Europa einschränken möchten (vgl. hierüber meinen Artikel im „Magazin der Wirtschaft“ vom 15. Sept. 1927 S. 1417 ff). Derartige Forderungen werden vor allem von den amerikanischen Gewerkschaften erhoben.

Amerikas heutige Stellung in der Weltwirtschaft steht also mit der oben wiedergegebenen Ideologie nicht im Widerspruch. Amerika ist tatsächlich so gestellt, daß es weitgehend eine Politik der Autarkie führen kann, daß die Notwendigkeit des Exportes nicht eine Änderung dieser Politik zu erzwingen braucht. Amerika hält seine Stellung für so gesichert, daß es diese Politik der Autarkie ausbaut, daß es heutzutage nicht nur die Güter anderer Länder von seinem Gebiete weitgehend ausschließt, sondern auch durch die Einwanderungspolitik in die Gestaltung weltwirtschaftlicher Beziehungen maßgebend eingreift. Ferner will Amerika den Aufbau einer eigenen Handelsflotte fördern, um auch in dieser Beziehung von anderen Ländern unabhängig sein zu können. Wir können auf diese Fragen nicht weiter eingehen, es muß die Feststellung genügen, daß Amerika heute in einem Ausmaße wie kein zweites Land eine Politik der Autarkie führt und daß es eine Selbsttäuschung wäre, zu erwarten, daß in den nächsten Jahrzehnten Amerika aus eigenem Interesse diese Politik aufgibt und auf weltwirtschaftliche Notwendigkeiten mehr Rücksicht nimmt.

Doch das Zollproblem ist nicht nur ein weltwirtschaftliches. Wenn ein Land sich zu einer Politik der Autarkie entschieden hat, bleibt noch immer die Frage, ob nicht innerhalb der Grenzen des Landes durch Verzicht auf eine zu rabiate Schutzpolitik die Wirtschaft rationeller gestaltet werden könnte. Es ist also noch zu prüfen, ob vielleicht rein inneramerikanisch gesehen sich so starke Nachteile der jetzigen amerikanischen Zollpolitik bemerkbar machen, daß bewußt eine Revision angestrebt wird. Falls eine solche Ermäßigung der Zölle vorgenommen werden sollte, daß ein erhöhter Import unausbleiblich ist, dann wirkt sich ja auch eine solche aus inneramerikanischen Gründen angestrebte Revision weltwirtschaftlich aus, doch braucht dies nicht der Fall zu sein.

Eine Prüfung dieses Problemes bedingt eine Erörterung der Bedeutung der amerikanischen Zollpolitik für die Gesamtwirtschaft. Diese Frage ist völlig un-

gelöst, dies kann nicht überraschen, denn eine Untersuchung der Auswirkungen der Zollpolitik auf die Wirtschaft eines Landes führt auf theoretischem Weg zu keinem brauchbaren Ergebnis, bedingt bei Einschlagung einer statistischen Methodik eine Bearbeitung einer solchen Fülle von Material und ein Abwägen so vieler und bekannter Faktoren, daß eine solche Untersuchung bisher noch nie geliefert worden ist. Einige Amerikaner haben sich um einen Nachweis bemüht, doch derartige Bestrebungen sind stets propagandistisch orientiert gewesen, blieben an der Oberfläche haften, beschränkten sich meistens auf den Nachweis der ja an sich bekannten Tatsache, daß der amerikanische Reallohn in den letzten Jahren ständig gestiegen und heute höher sei als der irgendeines anderen Landes. Die amerikanischen Protektionisten behaupten, daß diese Entwicklung der Reallöhne nur dank der amerikanischen Zollpolitik möglich gewesen sei, doch diese Behauptung ist selbstverständlich kein Beweis. Bei jeder Zollpolitik gewinnen einige Produzenten, verlieren evtl. andere Produzenten und vor allem die Konsumenten. Der Nachweis, daß die Gesamtnation als Einheit von Produzenten mehr gewinne als sie als Einheit von Konsumenten verliere oder umgekehrt, ist nicht erbracht. An Stelle des fehlenden Beweises ist eine Ideologie getreten, an die aber überall fest geglaubt wird. Nur dank den hohen Zöllen, so heißt es, können in Amerika die hohen Löhne gezahlt werden. Diese hohe Kaufkraft ermögliche eine Produktion auf großer Basis, gebe der Industrie die großen Gewinnmöglichkeiten. Wenn einmal ein Industrieller, z. B. ein Automobilfabrikant, Bedenken äußert, so wird es doch stets wieder für die Sache des Schutzzolles mit der Behauptung gewonnen, daß bei Abbau der Zölle die Kaufkraft zurückgehen müßte und dann nicht mehr so viele Automobile auf den heimischen Markt abgesetzt werden können. Dank dieser Behauptung durch nichts bewiesen, daß die Argumentation viel logischer ist, daß bei einem Abbau der Zölle zwar vielleicht die Löhne und die Profite fallen, aber zugleich auch die Produktionskosten und Lebenshaltungskosten zurückgehen und die Gesamtkaufkraft durch nichts geschwächt wird, das stört niemanden.

Wo ich auch immer auf meiner Reise durchs Land in ein Gespräch über das Zollproblem kam, stets wurde mir die obige Ideologie dargelegt. Nie haben die Amerikaner eine andere Ideologie zu hören bekommen. In den Zeitungen, in anderen Organen der Öffentlichkeit wird sie immer wieder vertreten. Amerikanische Gegner der heutigen Hochschutzzollpolitik haben mir oft erklärt, daß alle Bemühungen, diese Ideologie zu zerstören, stets sofort gescheitert seien. Gestützt und gefördert wird diese Ideologie selbstverständlich von den Produzenten und Fabrikanten, die die Hauptnutznießer der heutigen amerikanischen Schutzzollpolitik sind. Von ihren Verbandsbüros, von hochschutzzöllnerischen Sonderorganisationen und von der republikanischen Partei aus wird diese Ideologie dem Amerikaner immer wieder eingetrichtert. Große Mittel werden für die Propagierung dieser Ideologie geopfert. Hinter diesem Kampf für den amerikanischen Hochschutzzoll steht geschlossen die gesamte Unternehmerschaft. Die maßgeblichen Industriellenverbände sprechen sich immer wieder für die Hochschutzzollpolitik aus, keiner wagt es

gegen irgendeinen Zoll etwas zu sagen, jeder bewilligt sofort die von anderer Seite aufgestellten Forderungen.

Doch wie ist es mit den Konsumenten? Diese bekommen ohne Zweifel die nachteiligen Wirkungen der amerikanischen Schutzzollpolitik zu spüren, sie müssen, z. B. für Lebensmittel und Textilien, viel höhere Preise zahlen, als an sich nötig wäre, weil die amerikanische Schutzzollpolitik die billigen Waren nicht ins Land läßt. Doch keiner ist nur Konsument, jeder ist zugleich Produzent, und die Schutzzöllner haben es verstanden, die mögliche Opposition der Konsumenten von vornherein dadurch zu schwächen, daß sie immer wieder auf die Vorteile hinweisen, die ein jeder als Produzent habe. Die Frage, ob die eine oder die andere Schicht als Konsument mehr leide als sie als Produzent gewinne, ist in Amerika bisher kaum gestellt worden. Im allgemeinen ist dies der Fall bei den Arbeitern, bei dem „kleinen Mann des Volkes“.

Es ist bemerkenswert, daß die Arbeiter im allgemeinen an die Behauptung der Unternehmer glauben, daß mit einem Abbau der Zölle auch die Löhne ermäßigt werden müßten. Die Arbeiter haben stets die Zollforderungen der Unternehmer gestützt, waren oft sogar protektionistischer als ihre Herren. Die Gewerkschaftszentrale, die an sich befugt wäre, im Namen der Arbeiter zu sprechen, nimmt allerdings im Zollproblem offiziell eine neutrale Stellung ein. Ursprünglich, im Jahre 1881, sollte eine schutzzöllnerische Formulierung in das Programm aufgenommen werden, doch im Jahre 1882 wurde dieser Satz infolge der Opposition einiger Gewerkschaftsverbände gestrichen, offiziell die Neutralität betont. Die Entscheidung liegt jetzt bei den einzelnen Verbänden, und diese haben aus ihrer schutzzöllnerischen Einstellung nie ein Hehl gemacht, tatsächlich ist auch für die Zentrale eine hochschutzzöllnerische Einstellung festzustellen. Doch da speziell in der Textilindustrie trotz hoher Zölle keine ausreichenden Löhne gezahlt werden, wurden in der letzten Zeit immer mehr Zweifel über die Vorzüglichkeit der amerikanischen Hochschutzzollpolitik in Gewerkschaftskreisen laut. Auf einer Tagung der Textilarbeiter im September 1928 wurde beschlossen, von mehreren Ausschüssen die Bedeutung der Zollpolitik für die amerikanische Textilindustrie untersuchen zu lassen, um so zu einer Klärung des Gesamtproblems zu gelangen.

Dieser Entwicklung unter den Textilarbeitern kommt für die Frage der amerikanischen Hochschutzzollpolitik die denkbar größte Bedeutung zu. Es kann sein, daß die Angelegenheit im Sande verläuft, es ist aber auch möglich, daß zum ersten Male Arbeiter, und zwar die Textilarbeiter, offen und entschieden gegen die Schutzzollpolitik Front machen und daß die Bewegung auch die anderen Gewerkschaften erfaßt. Zwar ist es wenig wahrscheinlich, daß eine etwaige skeptische Einstellung der Textilarbeiter zum Hochschutzzoll von anderen Gewerkschaften ohne weiteres übernommen wird, aber die Einheitsfront wäre gebrochen und nach einigen Jahrzehnten könnte dieser Meinung der Textilarbeiter für die Regelung der Zollpolitik eine ausschlaggebende Bedeutung zukommen. Doch zur Zeit ist nicht damit zu rechnen, daß Arbeiter oder andere Kreise in ihrer Stellung als

Konsumenten irgendeine wirksame Opposition gegen die amerikanische Hochschutzzollpolitik führen werden. Die amerikanische Zentrale der Konsumgenossenschaften hat sich bezeichnenderweise mit dieser Frage überhaupt noch nicht befaßt.

Wenn in der amerikanischen Zollpolitik die Gesichtspunkte der Konsumenten vertreten werden, dann versteht man unter dem Konsumenten fast nur den Farmer. Die Stellung des Farmers war und ist in diesem durch eine chinesische Mauer umgebenen amerikanischen Markt keine allzu günstige. Er kauft fast alle von ihm benötigten Waren zu hohem Preise auf dem inneren geschützten Markt, muß aber einen Teil seiner Produkte auf dem Weltmarkt absetzen und bekommt auch für seine auf dem heimischen Markt zum Verkauf gelangenden Waren oft nur den Weltmarktpreis. Es kann nicht überraschen, daß der amerikanische Farmer in einer gewissen Opposition zum Schutzzollsystem gestanden hat, es opponierte aber eigentlich immer nur der Farmer des Südens, während der des Westens, zum Teil auf Grund einer grundsätzlichen Abneigung zum Farmer des Südens, die amerikanische Hochschutzzollpolitik fast stets gestützt hat. Diese Opposition der Farmer hat im Laufe der Jahrzehnte in demselben Maße nachgelassen, wie der Weltmarkt für sie an Bedeutung verloren hat. Schon heute werden viele Erzeugnisse der amerikanischen Landwirtschaft nur noch auf dem heimischen Markt abgesetzt, Zölle auf diese Waren bringen den Farmern höhere Preise, so daß ihr Abschwenken in das Lager des Hochschutzzolles verständlich erscheint. Die Zeit scheint nahe zu sein, wo nur noch Baumwolle und Tabak auf dem Weltmarkt abgesetzt werden, heute machen eigentlich nur noch die Baumwoll- und Tabakfarmer gegen die amerikanische Schutzzollpolitik Front, weil diese für sie als Konsumenten eine zu große Belastung bedeutet, während sie als Produzenten keine Vorteile haben. Aber auch aus diesen Kreisen werden schon die ersten Zollforderungen laut, und zwar auf langstaplige Baumwolle und auf Sumatrabak. Einige Agrarzölle, wie die auf Zucker, Wolle und Erzeugnisse der Viehwirtschaft, sind für die Farmer von so ausschlaggebender Bedeutung, daß die große Mehrheit der Farmer sich zur Idee des Hochschutzzolles durchgerungen hat und die Opposition immer mehr an Bedeutung verliert.

Neben einigen wenigen oppositionellen Farmern bekämpfen einige wenige Großhändler und Bankiers der internationalen Hafenplätze die amerikanische Hochschutzzollpolitik. Doch der internationale Bankier ist keine wirksame Stütze freihändlerischer Forderungen, denn in dem hundertprozentigen Amerika wird auf die Ausführungen international eingestellter oder tätiger Kreise wenig Wert gelegt. Eine gewisse Opposition besteht ferner in einigen Schichten gegen zu rabiante Zollforderungen. 1922 wurde fast jede Zollforderung bewilligt, der Zolltarif weist heute Sätze auf, die keiner kritischen Würdigung standhalten. Hin- gewiesen sei auf den Aluminiumzoll, auf die hohen Zölle auf die verschiedensten amerikanischen Spezialmaschinen, wie auch auf Automobile, auf die hohen Zölle auf Zucker, Wolle und alle Textilien u. a. Hiergegen machen die progres-

siven Republikaner, die ihren Hauptsitz in Wisconsin haben, und die Demokraten entschieden Front. Sie werden es vielleicht durchsetzen, daß bei der nächsten Zollrevision einige dieser Zölle, die als Schutz der Industrie keineswegs notwendig sind, sondern nur den Fabrikanten anormal hohe Profite ermöglichen, ermäßigt oder abgebaut werden. Aber was bedeutet ein solcher Zollabbau weltwirtschaftlich? Nichts. Für den internationalen Güteraustausch ist es gleichgültig, welcher Zoll auf Kontrollkassen, landwirtschaftliche Maschinen oder Automobilen steht, denn in der Herstellung dieser Fabrikate ist Amerika so überlegen, daß ein Export dorthin nicht in Frage kommt. Auch würde eine Ermäßigung der Textilzölle um einige Prozent sich höchstens auf die Profite der Industrie, nicht aber auf den amerikanischen Import auswirken.

Es ist bezeichnend für die Stärke der hochschutzzöllnerischen Front, daß die Demokraten, die traditionelle Partei des Freihandels, den vorjährigen Wahlkampf mit einem hochschutzzöllnerischen Programm geführt haben. In den letzten sieben Jahrzehnten ist die demokratische Partei immer mehr aus dem Lager des Freihandels in das des Schutzzolles übergegangen, auf dem vorjährigen Parteitag wurde offen erklärt, daß die demokratische Partei stets wegen ihrer Bekämpfung der republikanischen Hochschutzzollforderung besiegt worden sei, daß man daraus die Konsequenz ziehen und ein hochschutzzöllnerisches Programm akzeptieren müßte. Diese Programmänderung ist die Konsequenz der wirtschaftlichen Entwicklung. Für den Süden, die Hochburg der Demokraten, wurde die Schutzzollforderung immer aktueller. Einige Staaten wurden mit der Industrialisierung automatisch Nutznießer der Industriezölle, sie mußten im eigenen Interesse auf ihre Opposition gegen das frühere Schutzzollsystem verzichten, für andere Staaten wurden die Agrarzölle bedeutsam, so für Louisiana der Zuckerzoll. Die Gebiete am Golf von Mexiko, wo fast nur tropische Produkte angepflanzt werden können, leiden so sehr unter der Konkurrenz Mexikos, Kubas und anderer tropischer Gebiete, daß sie nach ihrer eigenen Meinung ohne hohen Schutzzoll nicht bestehen können. Die Provinzen des Südostens wünschen Zölle auf Erdnüsse. Diesen Zollforderungen aus dem Süden gegenüber konnte die demokratische Partei nicht kalt bleiben, zumal die Opposition seitens der Baumwoll- und Tabakfarmer immer mehr zurückging. In den eigentlichen Industriegebieten des Ostens und in den landwirtschaftlichen Bezirken des Westens kann man schon seit langem mit einem freihändlerischen Programm schwer eine Mehrheit erzielen. Man kann sagen, daß nur noch in einigen wenigen Staaten des Südens, wie z. B. Texas, Aussicht besteht, bei einer ausdrücklichen Bekämpfung der Hochschutzzollpolitik die Mehrheit der Stimmen zu erhalten.

Es konnte deswegen nicht weiter überraschen, daß die Demokraten ein hochschutzzöllnerisches Programm akzeptierten. Doch mußte der Übergang vorsichtig gemacht werden, es mußten einige an frühere Programme erinnernde nichtsagende Formeln übernommen werden. In der Grundtendenz ist das Programm hochschutzzöllnerisch. Die Republikaner, deren altes Hochschutzzollprogramm

stets das beste Werbemittel gewessen ist, waren darüber nicht gerade erfreut, sie suchten nachzuweisen, daß die Demokraten noch nicht hundertprozentig hochschutzzöllnerisch seien, die Demokraten stritten dies ab, es entwickelte sich im Laufe des vorjährigen Wahlkampfes eine interessante Debatte über die Auslegung des demokratischen und des republikanischen Zollprogrammes. Diese Debatte hat zur Klärung beigetragen, und es kann wohl das Programm der beiden Parteien wie folgt formuliert werden: Beide Parteien sind im Prinzip hochschutzzöllnerisch, doch während die Republikaner geneigt sein werden, jede Forderung ohne allzu genaue Prüfung zu bewilligen, werden die Demokraten aus alter Tradition zu rabiate Forderungen etwas genauer unter die Lupe nehmen und die Zölle streichen oder ermäßigen, die nur einen Sonderprofit für die Unternehmer bedeuten. Weltwirtschaftlich gesehen besteht zwischen den Zollprogrammen beider Parteien kein Unterschied mehr. Beide Parteien werden grundsätzlich so hohe Zölle bewilligen, daß für die amerikanische Industrie die Konkurrenz des Auslandes nie gefährlich werden kann, d. h. ein Import der Waren nicht möglich ist, die in Amerika in ausreichender Quantität und Qualität hergestellt werden.

Der jetzige Zolltarif wird zur Zeit einer Revision unterzogen, für Ende 1929 ist mit der Einführung eines neuen Zolltarifes zu rechnen. Es ist zum heißen Kampf um einige für die inneramerikanische Wirtschaft bedeutsame Zollsätze gekommen. Hauptinteressenten in diesem Kampf sind die Farmer, die einerseits für landwirtschaftliche Maschinen und Düngemittel das Beibehalten der Zollfreiheit fordern, anderseits für eine Verdreifachung und Vervierfachung aller jetzigen Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse eintreten. Wie hochprotektionistisch die Farmer heute in Amerika sind, geht u. a. daraus hervor, daß sie einen Zoll auf jede Art von Baumwolle, das wichtigste amerikanische Exportgut!, sowie auf Bananen verlangen, obgleich Bananen in Amerika nicht angebaut werden, um die Amerikaner zu zwingen, an Stelle von Bananen die im Lande angebauten Obstsorten zu essen, damit diese nicht mehr exportiert zu werden brauchen! Die neuen Verhandlungen um einen Zolltarif interessieren vor allem die tropischen Länder und überhaupt die Agrarexportländer, in diesen macht sich eine starke Beunruhigung über die amerikanischen Zollforderungen bemerkbar, speziell Argentinien protestiert immer lauter und heftiger, aber Amerika wird darauf keine Rücksicht nehmen, sondern die Agrarzölle sehr wesentlich erhöhen.

Von geringerer Bedeutung dürfte dagegen die kommende Zollrevision für Europa sein. Abgesehen von Kali, Zellulose und einigen anderen Produkten exportiert Europa nach Amerika vor allem Fertigwaren. Auf diesen Fertigwaren liegt jetzt schon ein so hoher Zoll, daß dieser Import, wie im Artikel über die Industriezölle dargelegt, Ausnahmeerscheinung ist. Es ist mit einer Erhöhung einiger dieser Zölle zu rechnen, so z. B. der auf Stahlprodukte und Textilien. Eine weitere Einschränkung des Importes muß die Folge sein. Bemerkenswert sind auch die Zollforderungen einiger kleinerer amerikanischer Wirtschaftszweige, so der Glas- und der Papierwarenindustrie, am beachtlichsten ist der in der letzten Zeit immer

wieder geäußerte Wunsch der Einführung von Zöllen auf Leder, Schuhe, Zement und Ziegelsteine. Diese Forderungen sind heiß umkämpft, werden aber wahrscheinlich bewilligt werden.

Dies Bild der gegenwärtigen und der möglichen zukünftigen amerikanischen Schutzzollpolitik ist für Europa alles andere, nur nicht ermutigend. Die Hochschutzzollfront in Amerika ist so stark, speziell in den letzten Jahrzehnten so gestärkt worden, daß man sich damit abfinden muß, daß für etwa ein Menschenalter keineswegs eine solche Revision vorgenommen wird, daß die Absatzmöglichkeiten erhöht würden. Es ist sogar sehr unwahrscheinlich, daß die Zunahme der Bevölkerung, das Ansteigen der amerikanischen Kaufkraft sich für Europa in einer Steigerung des Exportes auswirken wird. Es bleibt nichts anderes, als daß die europäische Industrie sich mit diesen Tatbeständen abfindet, es wäre eine große Selbsttäuschung, eine Revision zu erwarten.

Als einmal die Europäer in Form des internationalen Freihandelsmanifestes gegen die amerikanische Schutzzollpolitik protestierten, erklärte u. a. Mellon, daß die europäischen Staaten dem Beispiel der Vereinigten Staaten folgen und eine wirtschaftspolitische Einheit in Europa herstellen sollten. Auch andere einflußreiche Persönlichkeiten und Kreise Amerikas empfehlen die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa. Es wäre vom weltwirtschaftlichen Standpunkt aus nicht gerade erfreulich, wenn sich künftig Europa und Amerika als große autark eingestellte Wirtschaftseinheiten gegenüberstehen würden, denn zum Schaden der Weltwirtschaft und zum Schaden beider Kontinente würden sich sicherlich die beiden großen Brüder nicht mit freundlichen Augen ansehen. Da aber Amerika nicht daran denkt, seine für die europäische Wirtschaft so nachteilige Weltwirtschaftspolitik zu ändern, wird wohl nichts anderes übrigbleiben, als daß die europäischen Staaten die Befolgung des Mellonschen Vorschlages in Erwägung ziehen.

HANS F. ZECK:

Vom Wesen der Agrarkrisen

I

Um 1850 begann die gewaltige amerikanische Westwanderung. Immer neue Gebiete jungfräulichen Bodens wurden unter den Pflug genommen. Die Agrarerzeugung, besonders an Weizen, nahm rapide zu. Das amerikanische Inland vermochte die wachsenden Mengen nicht mehr aufzunehmen. Sie drängten zum Export. Um 1870 erschienen sie zuerst in Europa. Schon bald kommt es auch dort zu einer Überfüllung der Märkte. Die Folge ist die große Krisis der 80er und 90er Jahre, die wesentlich eine Getreidekrise ist. Am englischen Markt, wo keine Zolleinwirkungen das Bild verschleiern, läßt sich die krisenhafte Preisentwicklung am besten ablesen.

	1876	1880	1885	1890	1895	1900
Weizen	88	85	60	68	45	50
Gerste	98	85	80	78	62	70
Hafer	110	95	80	78	62	75
Mais	80	80	65	70	52	60

(Der Preisdurchschnitt 1868—1875 gleich 100)

Extensive Weidewirtschaft löst den vernichteten englischen Getreidebau ab. Der gleichen Gefahr sucht Deutschland durch Zollschutz zu begegnen. Mit Erfolg! Zwar sinken auch bei uns trotz Zollschutz die Getreidepreise, aber infolge der schnell fortschreitenden Industrialisierung die Preise der Industrieerzeugnisse noch schneller. Die Preisschere bleibt vorläufig geschlossen. Immerhin, auf die Dauer hätte die Gefahr nicht gebannt werden können, ohne die wirtschaftliche Strukturwandlung der U.S.A.

Die Kolonisation verlangte Errichtung und Ausstattung von Millionen Farmen, verlangte Eisenbahnen, Schiffe usw. Kurz, es entstand industrielle Hochkonjunktur. Die Bevölkerung wuchs rapide, schneller als die Agrarproduktion. Damit steigerte sich der Verbrauch im Inlande. Die Ausfuhrmenge im Verhältnis zur Gesamtproduktion sank.

	Produktion 1000 t	Ausfuhr 1000 t
1870—1874	6 848	1546
1880—1884	12 279	4070
1890—1894	13 138	4330
1900—1904	17 015	5229
1905—1908	17 791	3051
1909—1913	18 151	2649

Europa war vor Kampfexporten, denen es auf die Dauer nicht gewachsen gewesen wäre, bewahrt. Nicht die Zollpolitik hat uns gerettet, sondern der Übergang der U.S.A. vom Agrar- zum Industriestaat. Als nach 1900 die Weltlage wieder stabil geworden, entwickelten sich die Agrarpreise günstig weiter.

	1901	1905	1910	1913
Weizen	95	104	114	125
Hafer	105	104	105	120
Gerste	100	97	100	109
Mais	115	115	125	150

(Der Preisdurchschnitt 1891—1900 gleich 100)

Die Weltversorgung mit Agrarerzeugnissen ist bei günstigen Preisen stabilisiert.

II

Der Krieg hat den eingespielten Apparat der Weltversorgung mit Nahrungsmitteln zerschlagen. Einmal sind die Ursachen dauerhafte Veränderungen, welche die wirtschaftliche und soziale Verfassung weiter Gebiete umgestaltet haben, teils sind es nur temporäre Störungen (Kriegskonjunktur!). Die wichtigsten sind:

1. Rußland fällt durch die Revolution als Lebensmittellieferant, wie als Käufer von Industrieerzeugnissen völlig aus.

2. Im Bereich der ehemaligen drei Kaiserreiche entstehen eine ganze Anzahl neuer Staaten mit Streben nach Autarkie.

3. Die kontinentalen Industrieländer sind tief verschuldet, verlieren ihre Gläubigerstellung und werden zu Schuldnerstaaten. Dabei ist Deutschland am schwersten getroffen.

Man muß von diesen den agrarischen Weltmarkt bestimmenden Tatsachen ausgehen, um die Ursachen der Welt- wie der deutschen Agrarkrise richtig zu erfassen. Der ganzen Landwirtschaft Europas sind im Kriege die Pferde entzogen, die Chemikalien der Kunstdüngerproduktion zur Herstellung von Sprengstoffen reserviert. Die Einfuhr von Kraftfutter fehlt. Die Ertragskraft der Äcker wurde immer geringer. Die Viehqualität ging zurück, was blieb, wurde massenhaft geschlachtet. (Schweinemord!) Dieser sinkenden Produktionskraft, besonders Mitteleuropas, steht eine Ausweitung der nordamerikanischen Agrarproduktion in den U.S.A. und Kanada gegenüber. Innerhalb der Blockade wurden Höchstpreise für Agrarerzeugnisse, außerhalb Mindestpreise festgesetzt. Der gewaltige Anreiz löst gewaltige Produktionssteigerung aus, der bei Getreide beträgt:

U.S.A.		
	Produktion in 1000 t	Ausfuhrüberschuß in 1000 t
1909—1913	18 151	2649
1914—1915	22 513	6476
1916—1920	22 797	5501
1921—1923	22 821	7025
1924	21 697	3496
K a n a d a		
1909—1913	4 533	2028
1914—1915	5 162	3182
1916—1920	6 926	4378
1921—1923	8 744	5317
1924	12 906	8414
A r g e n t i n i e n		
1909—1913	4282	2598
1914—1915	3727	1877
1916—1920	4650	3172
1921—1923	5050	3193
1924	6744	4634

Die Steigerung der Anbauflächen beweist an sich nur, daß insbesondere Nordamerika die Versorgung der Alliierten übernommen hat. Die Garantie von Mindestpreisen sicherte aber zugleich eine gute Kaufkraft, wie nachstehende Zahlen aus den U.S.A. zeigen:

	Lebensmittelindex beim Erzeuger Großhandel		Index nichtlandw. Erzeugnisse
1915	106	107	101
1916	117	125	138
1917	181	187	181
1918	200	208	188

	Lebensmittelindex beim		Index nichtlandw. Erzeugnisse
	Erzeuger	Großhandel	
1919	213	220	199
1920	207	228	241
1921	130	154	167
1922	121	142	168
1923	124	141	171
1924	126	146	162
1925	152	171	165
1926	154	169	161

(Durchschnitt 1910—1914 gleich 100)

Wir sehen, wie im Übergang von 1920 zu 1921 die Kriegskonjunktur mit einem Male abreißt. Eine gewaltige Disparität in der Kaufkraft der Agrarerzeugnisse gegenüber den Industrieprodukten klappt auf, die sich erst allmählich wieder schließt. Die Ursache liegt darin, daß Amerika, das bis dahin Produktion und Export selber finanziert hatte, im Frühjahr 1920 die Kriegskredite an die Alliierten einstellte und damit die neue Agrarkrise der Welt auslöste. Aus eigener Kraft konnten die Importländer nicht bezahlen. Sie waren zu arm geworden. Die Erzeugerpreise gingen rapide zurück. Die Konkursziffern stiegen:

1922	1923	1924	1925	% aller Fälle (Zahlen der U.S.A.)
3236	5940	7772	7872	17,8

In diesen Jahren verlassen in den U.S.A. etwa 3 Mill. Menschen die Landwirtschaft, um eine andere Existenz zu suchen. 1921 standen 5,70%, im Jahre 1922 sogar 7,30% aller Farmen leer, weil die Besitzer sie einfach im Stich gelassen hatten. Diese 1920 ausgebrochene Krisis reißt alle andern Versorgungsländer mit sich. In Europa, besonders in Deutschland, wird die Krisis durch die Inflation noch verschleiert, tritt aber nach Einführung der Goldwährung in aller Kraßheit zutage.

Seit 1924 zeigt sich überall eine Wendung zum Bessern, wenn die endgültige Gesundung auch heute noch nicht erreicht ist. Ist die Krisis und folgende Milderung nun eine Deflationerscheinung? Nein! Ein Preisrückgang trifft am schwersten die Träger langfristiger Schulden, besonders die Landwirtschaft. Die beweglichere Industrie kann scharfe Einschränkungen vornehmen und sich durch Konventionen schützen. Da die Löhne nur langsam folgen, belasten sie noch mitten in der Deflation das Handels- und Transportkonto. Der aufgeblähte Zwischenhandel bildet sich nur langsam zurück. (Konkurse 1925 und 1926!) Die Preisschere klappt zuungunsten der Landwirtschaft auf und schließt sich nur langsam. Aber die Deflation hat auf die Weltwirtschaft nur mittelbaren Einfluß. Sie spielt sich wesentlich innerhalb der Volkswirtschaft ab. Nach der Welthandelsseite tritt sie nur insofern auf, als die verlorene Kaufkraft der mitteleuropäischen Industrieländer, Deutschland voran, diese nicht mehr als gute Käufer auftreten läßt. Tatsächlich sind denn auch im wesentlichen jene Produkte in diese Krisis hineingerissen worden, welche auf Massenkonsum der Industriebevölkerung an-

gewiesen sind: Getreide, Fleisch und zusammenhängend damit Futtermittel. Die Weltproduktion zeigt für diese Agrarerzeugnisse folgende Ziffern:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Mais	Reis	Baumwolle
1901	67	74	64	61	60	59	59
1903	76	87	72	72	81	66	62
1905	81	79	73	75	98	72	75
1907	77	82	80	78	98	70	75
1909	89	93	92	93	98	92	72
1911	97	83	86	83	102	98	96
1913	100	100	100	100	100	100	100
1915	105	84	85	93	112	119	79
1917	80	64	80	87	112	126	75
1919	77	57	66	71	96	118	83
1921	82	67	64	73	111	127	69
1923	96	75	96	89	117	115	82
1925	97	83	118	96	109	—	—

(1913 gleich 100)

Die Produktionsziffern steigen also vor dem Kriege konstant an. Da aber die Industriebevölkerung noch rascher wächst und bei gesichertem Einkommen ein guter Käufer ist, werden die Agrarprodukte bei guten Preisen aufgenommen. Von einer Krisis keine Spur. Im Gegenteil, die Preise zeigen wirksame Tendenz zur Steigerung der Kaufkraft agrarischer Erzeugnisse. Und das ist durchaus normal, weil Intensivierung des Landbaues auf konstanter Fläche nicht prozentual gleiche, sondern höhere Aufwendungen verlangt.

Wir sehen aber auch, daß nach dem Kriege die Produktionsziffern wesentlich unter denen der Vorkriegszeit liegen. Die Krise von 1920—1924 kann also nicht in einer Überfüllung der Getreidemärkte gelegen haben. Es bestätigt sich, daß ihre Ursache die geschwundene Kaufkraft der mitteleuropäischen Industriestaaten, besonders Deutschlands, gewesen ist. Die schwache Kaufkraft des „letzten“ noch notwendigen Käufers bestimmt den Preis. Dieser letzte Käufer ist Deutschland.

1924 setzt nun der Umschwung ein. Untersuchen wir kurz die Ursachen. Im November 1923 hat Deutschland innerhalb weniger Wochen seine Währung stabilisiert. Es begannen die Verhandlungen der Dawes-Kommission, die August 1924 zum Londoner Abkommen führten. Der 10jährige Krieg war zu Ende. Die Aufbauarbeiten konnten beginnen. Wir haben gesehen, welch bedeutungsvolle und gefährliche Rolle Deutschland in dieser Weltagrarkrise spielte. Kein Wunder also, daß Amerika vor allem Deutschland als den Unruheherd zu sanieren trachtete. Große Kredite strömten nach Mitteleuropa, besonders Deutschland. Die industrielle Belebung setzte ein. Der englische Bergarbeiterstreik forcierte das Tempo. Die Kaufkraft der Industriebevölkerung hob sich in beträchtlichem Maße und damit die Lebenshaltung. Trotz der guten Welternte von 1925, die fast den Stand von 1913 erreichte, ziehen die Preise an. Die Weltkrise scheint überwunden. Das Jahr 1920 hatte mit dem Abschneiden der Kriegskredite der U.S.A. an die Alliierten die

Krise ausgelöst. Das Jahr 1924 brachte mit der Rückkehr Deutschlands zur stabilen Währung den Umschwung. Deutschland hat im Mittelpunkt dieser Weltkrise gestanden.

III

Wie haben sich nun in Deutschland selber die Dinge entwickelt? Die große Krisis von 1875—1900 war durch die überstürzte Einbeziehung immer neuen jungfräulichen Bodens in den agrarischen Produktionsprozeß ausgelöst worden. Immerhin, diese Krise kam in Deutschland nicht zur vollen Wirkung, weil wir uns mit Erfolg durch Schutzzölle zur Wehr setzten, und so nicht bloß vor der unmittelbaren Krisis selbst verschont blieben, sondern sogar die Intensität unserer Produktion und die Kaufkraft der Agrarerzeugnisse zu steigern vermochten. Die Ursache dieses Erfolges lag aber nicht zuerst in der Schutzzollpolitik begründet, sondern im Übergang der U.S.A. zum Industriestaat. Seit 1919 erleben wir eine neue Weltkrise, deren Ausstrahlung auf Deutschland durch die Inflation vorerst noch verschleiert wird. Ja, im Durchschnitt der Jahre 1921 und 1922 ist die landwirtschaftliche Kaufkraft für Düngemittel, Geräte, Maschinen, zeitweise auch für Kleidung, Schuhe, Hausgerät und Baustoffe höher als vor dem Kriege. Mit Krediten, die entwertet zurückgezahlt werden, sind manche Kriegsschäden ausgebessert worden. Vieh und totes Inventar wird reichlich ergänzt. Intensive Düngung, Reparaturen und Neubauten füllen manche Lücke. Das Bild ändert sich plötzlich in der zweiten Hälfte 1923, als Industrie und Handel zur Goldrechnung übergehen. In voller Kraßheit wird die Auswirkung offenbar, als im November 1923 die Stabilisierung kommt. Die Preisschere klappt in Deutschland schlimmer zuungunsten der Landwirtschaft auf als irgendwo in der Welt. Nur künstliche Düngemittel bleiben innerhalb der Kaufkraft der deutschen Landwirtschaft. Im einzelnen entwickelte sich die Kaufkraft der Landwirtschaft, wie folgt:

	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927
Künstl. Düngemittel	85	120	158	130	115	130	140	140	150
Totes Inventar	60	85	110	85	75	90	93	95	98
Baukosten	—	—	102	78	80	78	75	75	85
Konsumgüter*)	35	75	100	85	65	68	75	75	78

(Durchschnitt 1909—1913 gleich 100)

Zur Durchführung der Währungsreform mußte die Steuerkraft auf das äußerste angespannt werden. Nach vorliegenden Buchführungsergebnissen sind die Steuerlasten und öffentlichen Abgaben auf das 3—5 fache der Vorkriegszeit gestiegen. Zu den Steuerlasten kommen dann die Zinsen. Die Hauptkreditform ist der Wechsel. Diese Kredite sind in vielen Fällen gar nicht zu umgehen, weil nur auf diesem Wege die Mittel zum Aufbau und zur Beseitigung der Kriegsschäden gewonnen werden können. Um so tragischer und härter sind die daraus entstehenden Zinsverpflichtungen. Die Durchschnittssätze der Berliner Banken sind:

*) Umfaßt: Hausrat, Kleider und Schuhe.

	1924	1925	1926
Tägl. Geld	84 $\frac{1}{2}$ %	9,08%	5,31%
Monatsgeld	36%	10,82%	6,75%
Ausländischer Hypothekenkredit	1924 20—30 $\frac{1}{2}$ %		

	1925	1926
Privatdiskont	7,62%	4,91%
Realverzinsung der Goldpfandbriefe	9,00%	7,75%

Hauptkreditquelle wird die aus der neuen Währungsbank (Rentenbank) hervorgegangene Rentenbankkreditanstalt, die ihre Zinsen mit 1 $\frac{1}{2}$ % unter Reichsbankdiskont berechnet. Der Reichsbankdiskont ging 1924—1926 allmählich auf 5% herab. Aber die hiernach sich ergebenden Zinssätze der Rentenbankkreditanstalt blieben für den Landwirt fiktive Sätze, weil die Vermittlungsstellen die Kredite erheblich verteuerten. Die Aufschläge betrugen anfangs 4—5 $\frac{1}{2}$ %, heute immer noch 2—3 $\frac{1}{2}$ %.

Im Zusammenwirken von:

1. der Preisdisparität, die dazu zwang, die fehlende Kaufkraft aus der Substanz oder, wenn diese nicht flüssig zu machen ist, aus Kreditmitteln zu decken;
2. hoher Steuerlast infolge Durchführung der Währungsreform, die zur Aufnahme von Krediten zwang, weil die notwendigen Barmittel aus regulären Verkäufen fehlten;
3. den hohen Zinsen für Schulden zur Beseitigung der Kriegsschäden hat die Landwirtschaft Schulden aufnehmen müssen, welche die Entschuldung durch die Inflation wieder illusorisch gemacht haben.

	1913	1926
Gesamtverschuldung in Milliarden M.	13	8,8—9,8

Zwar liegt die Gesamtschuldenlast noch unter der Vorkriegsziffer, aber die wesentlich höhere Verzinsung, die großen Steuerlasten und die allgemeine Goldentwertung zwingen die Landwirtschaft, erheblich mehr aufzubringen als vor dem Kriege. Der Zwang, aus der Ernte erst einmal die Steuer- und Wechselschulden zu bezahlen, hat in den Jahren 1923—1925 in den Monaten nach der Ernte die Preise erheblich unter den Weltmarktpreis herabgedrückt. Erst seit 1926 gelang es, durch Interventionskäufe der Getreidehandelsgesellschaft im Inlande wenigstens den Weltmarktpreis zu halten.

Das Londoner Abkommen hat in seiner Auswirkung die Lebenshaltung der deutschen Industriebevölkerung gebessert, damit die Kaufkraft gehoben und so das Preisverhältnis der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu den Erzeugungsmitteln gebessert.

	Index landw. Erzeugnisse 1909—1913 = 100	Totes Inventar Index	Inventar Kaufkraft	Baukosten Index	Baukosten Kaufkraft	Kunstdünger Index	Kunstdünger Kaufkraft	Konsumgüter Index	Konsumgüter Kaufkraft
1919	68	104	65	—	—	78	87	186	37
1920	50	91	55	—	—	59	85	103	49
1921	84	74	114	82	102	52	162	86	98
1922	68	65	105	87	78	44	155	66	102
1923	77	123	63	99	78	70	110	114	68
1924	111	129	86	137	81	91	122	177	63
1925	124	134	93	169	73	88	141	172	72
1926	122	133	92	161	76	86	142	162	75
1927	130	132	98	167	78	87	149	151	86

Man erkennt aus diesen Zahlen, welch gewaltigen Nutzen die im Kriege geschaffene Kunstdüngerindustrie besonders in der Versorgung mit Stickstoff für die deutsche Landwirtschaft bedeutet. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Kaufkraft wird durch den Ernteausfall wesentlich mitbeeinflusst. Die reiche Ernte von 1925 ließ die Inlandpreise für Kartoffel und Getreide abnorm tief fallen. Es fehlte eine regulierende Organisation. Die Steigerung der Kaufkraft blieb aus. Ende 1925 traten die Zollerhöhungen in Kraft, welche die Kaufkraft je Zentner erhöhen. Da aber die schlechte Ernte von 1926 nicht viele Zentner auf den Markt kommen ließ, zog der Landwirt aus der Steigerung der Kaufkraft nur minimalen Vorteil.

Man kann den Stand der deutschen Agrarkrise dahin zusammenfassen, daß nicht mehr im Preisverhältnis ihre Gründe liegen, sondern in andern Ursachen, z. B. Verringerung des Naturalertrages, der zu geringe Mengen zum Verkauf kommen läßt, und mangelnder Sorgfalt der Bodenbearbeitung, die besonders in den großen Betrieben ihren alten Stand noch nicht wieder erreicht hat. Dadurch werden die Gesamtüberschüsse des Betriebes geringer. Von diesen verringerten Überschüssen geht ein viel größerer Teil als früher für Steuern und soziale Aufwendungen ab. Hinzu kommen die großen Zinsenlasten. Was verbleibt, gestattet nur kümmerliche Lebenshaltung, da die Konsumgüter sich ja wesentlich verteuert haben. Günstiger ist das Bild für die nächste Umgebung der Industriebezirke, sowie für die Klein- und Mittelbetriebe, welche durch stärkere Viehhaltung die Produktivkraft des Bodens besser erhalten konnten und von Lohn- und Soziallasten minder stark getroffen werden.

Mit der Besserung der Lebenslage der Industriebevölkerung ist die zentrale Ursache der Weltkrise, auf deren Hintergrund sich die deutsche mit besonderer Schärfe abhob, beseitigt. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß das nur möglich war um den Preis erborgter Kaufkraft mit neuen Lasten! Aber immerhin, die innere Gesundung der Industrie scheint so kräftig zu sein, daß die Besserung von Bestand ist. Damit ist das gefährlichste Moment überwunden. Was noch an Gefahrmomenten besteht, läßt sich durch fortschreitende Rationalisierung in Technik und Organisation, durch Abbau der steuerlichen Belastung und billige Kredite überwinden. Hier liegt die Entscheidung innerhalb der Grenzen. Alles andere bestimmt der Weltmarkt.

Echte Gesundung liegt noch in weiter Ferne. Gesund ist unsere Landwirtschaft auch dann noch nicht, wenn Kaufkraft und Preise harmonisieren, sondern erst, wenn die Kaufkraft steigende Tendenz hat. Denn Ertragssteigerung bei gegebener Bodenfläche verlangt wachsenden Aufwand an Kapital und Arbeit. Deshalb muß der Anreiz größer sein als die bloße Harmonie von Kaufkraft und Preisen.

Literatur: Internationale Preisbewegung und Lage der Landwirtschaft in den außertropischen Ländern. Prof. M. Sering, Berlin 1927, Reichsdruckerei. Diese Druckschrift wurde der Internationalen Weltwirtschaftskonferenz vorgelegt. Im Buchhandel ist sie nicht erschienen. In erweiterter Form ist sie jetzt der Öffentlichkeit vorgelegt worden.

HEINZ KONRAD HAUSHOFER:

Agrarprobleme im agrar-geographischen Licht

Der große agrare Strukturwandel in den Nachkriegsjahren ist, entsprechend seinen tagespolitischen Auswirkungen, durchwegs mehr vom historischen, volkswirtschaftlichen oder völkerrechtlichen Standpunkt aus aufgefaßt worden als vom siedlungsgeographischen. Und zwar trotzdem hier die einzige Möglichkeit gegeben scheint, im Zusammenhang mit dem Bevölkerungsproblem zu gesetzmäßigen Grundlagen zu kommen, die im Anstreben, Erreichen und Überschreiten von Zuständen des landwirtschaftlichen Strukturgleichgewichts bestehen. [Eine Andeutung dieses Schlüssels bietet Harmsen, wenn er*) die Länder der Nachkriegs-agrarreformen zu der Unterbevölkerung des ländlichen Frankreich in Beziehung bringt.]

Geht man von den Gebieten Deutschlands aus, deren Verharren im landwirtschaftlichen Strukturgleichgewicht durch die Kontinuität ihrer Siedlungsstruktur einigermaßen bewiesen scheint (z. B. größtenteils Niedersachsen und große Teile Süddeutschlands), so trifft man auf eine erstaunliche historische Parallele im Verhalten dieser annähernd optimalen Struktur gegenüber den beiden wesentlichen Umwandlungsreizen: Der großen französischen und der russischen Revolution. Während sowohl durch die Reformen nach 1807 (Preußen) und 1808 (Bayern), wie durch die Nachkriegsreformen nach 1918, die weitestgehenden Strukturwandlungen bewirkt wurden, hat sich in jenen Gegenden, die in Gleichgewicht waren, wohl manches in der (juristisch zu erfassenden) Besitzstruktur, aber kaum etwas in der (geographisch zu erfassenden) Siedlungsstruktur geändert. (Es ist nicht schwer, für eine einzelne Landschaft, z. B. Oberbayern, den Beweis anzutreten.)

Die Vermutung, daß diese Passivität gegenüber den Reizen zur Umwandlung der Siedlungsstruktur, die aus der „Erfüllung der Landschaft mit Kulturelementen“ (Creutzburg) entspringt, ihre Parallele in der geistigen (literarischen) Einstellung zu diesen Reizen hat, könnte durch viele einzelne Züge bestätigt werden. Diese durch die tatsächlichen Strukturverhältnisse bedingte und somit, wenn diese Verhältnisse erhalten werden sollen, auch wünschenswerte Passivität bewirkt, daß regelmäßig die entscheidenden literarischen Äußerungen zu dem Kampf um die agrare Struktur von der revolutionären Seite ausgehen. Diese Tatsache, die als Erfahrung ja auch im Allgemeinmenschlichen gilt, kann für die oben angeführte Parallele, für die Zeit nach 1789, ohne weiteres belegt werden: Wieviel schwächer ist der konservative Arthur Young gegenüber Mirabeau!

Wieviel schwächer die deutschen Agrarpolitiker gegenüber den russischen nach 1917 sind, deren Stellung einerseits eindeutig Defensive bzw. andererseits Offen-

*) Bevölkerungsprobleme Frankreichs, S. 190.

sive ist (trotz der verhältnismäßig geringen reformistischen Tendenz in Mitteleuropa), zeigen die vom Moskauer Internationalen Agrarinstitut herausgegebenen „Agrarprobleme“^{*)}. Als eindeutige Offensive gegen die Kontinuität der Agrarstruktur in Mittel- und Westeuropa kann es sich die Sowjetwissenschaft leisten, Probleme radikaler zu behandeln, die in Mitteleuropa anzupacken fast aussichtslos erscheint. Dieses scharfe Aufzeigen und Lösen von agrarischen Problemen, das auf den ersten Blick sehr bestechend ist, ist nicht nur in diesem Fall, sondern grundsätzlich immer nur aus einem bewußt beschränkten ideologischen Gesichtswinkel möglich. Dieses Angreifen agrarischer Probleme ist im allgemeinen das bedeutendste Symptom für die Einflußnahme der Großstadt auf dem Land und ist im Fall Rußlands mit der rücksichtslosen Anwendung des politischen Zentralismus auch auf wirtschaftlichem Gebiet verbunden (Planwirtschaft).

Es ist nur zu begrüßen, wenn dieser bewußt großstädtische Gesichtswinkel so unumwunden zugestanden wird, wie dies für das Moskauer Agrarinstitut geschah, „daß es seinen Forschungsarbeiten die festen Prinzipien des wissenschaftlichen Marxismus zugrunde legen wird“. Ebenso muß aber zugestanden werden, daß die Publikationen des Instituts, trotz ihrer für die mitteleuropäische Agrarstruktur durchaus abzulehnenden Tendenz, zu dem Besten gehört, was im Streit um den Boden und um den Bauern geschrieben worden ist. Und das nicht nur für die Länder der europäischen Agrarreformen, die Länder der Getreidepools oder die östlichen Einflußgebiete der Sowjets, sondern überhaupt für alle „Länder mit entwickeltem Industriekapitalismus, Agrarländer, Kolonial- und Halbkolonialländer.“

^{*)} „Agrarprobleme“, herausgegeben vom Internat. Agrarinstitut Moskau. 1. Band 1928.

ERHARD MÄDING:

Die Machtgrundlagen der Sowjetunion

Daß die Meinungen über die Sowjetunion soweit auseinander gehen, liegt daran, daß viele Menschen mit vorgefaßten Ansichten und traditionellen Gedankengängen an die Betrachtung herangehen, anstatt alle abendländischen Vorstellungen zurücktreten zu lassen.

Das Ziel des bolschewistischen Staates ist, alle Staaten, oder genauer alle Nationen der Erde der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ anzugliedern und ihnen die kommunistische Staatsform zu geben. Das ist die Diktatur des Proletariats. Die Grundlage dieses Staatssystems ist die Gesamtheit aller Produktionsmittel in staatlicher Bewirtschaftung. Dazu gehören: Rohstoffe, Grund und Boden, Maschinen, Menschenkraft und Intellekt. Dieses Ziel ist nur zu erreichen auf dem Wege der Weltrevolution, die sich gegen die imperialistischen Staaten richtet. Selbst die Väter des Bolschewismus haben zugegeben, daß sich die imperialistischen Staaten nur mit imperialistischen Mitteln bekämpfen lassen. Lenin hat sich ungefähr in folgendem Sinne ausgedrückt: „Um nicht von der kapitalistischen Umwelt erdrückt zu werden, muß erst der Sowjetstaat ein festes politisches Gebilde werden. Deshalb muß auf dem Wege zur Weltrevolution eine Atempause eintreten, in der wir unseren Staat konsolidieren.“ Die Atempause stellt also nichts anderes dar, als die Vorbereitung der imperialistischen Durchführung der Weltrevolution.

Machtmittel können entweder politisch-militärischer und kultureller oder wirtschaftlicher Natur sein. Zu der ersten Gruppe gehören die Kräfte, die sich aus dem Raum und aus den Eigenschaften und der Organisation der Menschen ergeben. Zu der anderen Gruppe gehören die Kräfte, die sich aus der Ausnutzung des Raumes durch den Menschen ergeben. Ich bin mir darüber im klaren, daß alle Systematik in Lebensfragen unzulänglich ist, aber aus praktischen Gründen darf wohl diese oberflächliche Einteilung angewendet werden.

Das Russische Reich ist ein mehr als 20 Millionen qkm großes, geschlossenes, wenig gegliedertes Gebilde. Es umfaßt $\frac{1}{6}$ der Erdoberfläche, es ist 2 mal so groß als die USA, und 45 mal größer als Deutschland.

Die Lage der Sowjetunion ist eine Endlage, den Rücken deckt das kaum schiffbare Eismeer. Sonst hat Rußland außer in dem leicht abriegelbaren Schwarzen und Baltischen Meere und in dem noch unentwickelten Hafen von Murmansk nur zeitweise eisfreie Häfen, es ist vom Weltverkehr gänzlich abgelegen. Von den europäischen Mächten ist es durch einen Ring von Pufferstaaten abgeschlossen, an das britisch-indische Asienreich grenzt es nirgends direkt, es reicht an die Hochsteppenschranke heran, die sich von Anatolien bis nach der Mandschurei hinzieht. In bedrohlicher Nähe liegen die japanischen Inseln vor dem wertvolleren Teile seiner Ostküste in Riegellage. Die Mandschurei wird von Japan kontrolliert.

Die Durchgängigkeit der weltweiten russischen Ebene ist nirgends durch Gebirge gestört, denn der Ural trennt nichts. Die sibirische Eisenbahn bildet das Rückgrat des Reiches, jedoch muß bemerkt werden, daß sie am Amurbogen, auf dem ein starker japanischer Druck lastet, leicht verwundbar ist, und daß auch die kürzere ostchinesische Bahn den fernen Osten nicht im entferntesten sichert. Die Grenzen in Zentralasien sind ebenfalls durch Eisenbahnen erreichbar. Im europäischen Rußland sind in Anbetracht der gut ausgerüsteten Westmächte die Verkehrsverhältnisse noch recht unzulänglich.

Die zentralasiatischen Wüsten von Turkestan werden von Bahnen durchquert, die jedoch nur eine gewisse Verkehrsdichte zulassen. Es würde sicher Schwierigkeiten bereiten, die Eisenbahnen im Kriegsfall durch Benutzung der Karawanenstraßen zu entlasten, aber ein Zuspätkommen der Russen ist infolge der iranisch-tibetanischen Hochländer, die als schützendes Glacis vor der Grenze liegen, ausgeschlossen. Es ist zu bezweifeln, ob die indischen Flugzeugverbände wesentliche Aktionen in Turkestan ausführen können.

Bei der Betrachtung der russischen Grenzen soll besonders auf ihre Verkehrs- und militärgeographische Bedeutung Wert gelegt werden. Die gesamte sibirische Nordgrenze ist für die Schifffahrt unerreichbar, sie bietet eine gute Rückendeckung. Der Westen ist die schwache Seite, da er von den Rokitnosümpfen abgesehen, vollkommen offene Grenzen hat. Sogar das Weiße Meer hat 1918 den Ententetruppen als Einfallstor gegen Petersburg gedient. Der Schlüssel zum baltischen und Schwarzen Meere liegt in der Hand der Engländer, wenn es einmal notwendig werden sollte, diese Tore aufzuschließen. Auf der ganzen Grenze zwischen Murmansk und Odessa kann nur überlegene militärische Leistung helfen, die Natur bietet wenig Unterstützung. Polen und Rumänien sind durch einen Militärvertrag unter französischem

Protektorat verbunden, in den Baltenstaaten ist der britische finanzielle Einfluß groß. Nur Litauen fehlt in der Kette, doch ausschlaggebend ist es nicht.

Die Verhältnisse an der Südgrenze sind günstiger. Das armenische und Kaukasusgebirge können als eine schwer überwindbare Mauer angesehen werden, da die Durchgangstäler leicht abriegelbar sind. Gefährlich sind nur Truppenlandungen. In Transkaspien und den anschließenden Steppengebieten ist der Besitz der Eisenbahn das ausschlaggebende Moment in der gesamten Kriegführung. Das Schlachtfeld Asiens ist das Gelände um die Eisenbahn und zu Seiten der großen Straßen. Die Grenze liegt im allgemeinen am Nordhang des Hindukusch und Tienschan, oft auf dem Kamm der nur wenig durchgängigen Gebirge. Oft ist allerdings die Grenzführung ungünstig für Rußland, da das Hindukuschvorland in Nordafghanistan, die Flußgebiete des oberen Murghab, Keschef-rud und Atrek, sowie das Ostende der Dsungarei zum russischen Raum gehören, von der Grenze aber zerschnitten werden.

Zunächst Turkestan: Parallel der Grenze läuft die rein strategische transkaspische Bahn. Der wichtige Grenzpunkt ist Merw. Von hier gehen die Straßen nach Mesched-Teheran-Mesopotamien; Mesched-Kirman-Persischer Golf; Herat-Seistan-Kandahar-Indien; Herat-Kabul-Keiberpaß-Indien. Die Bahn von Merw nach Herat mußte seinerzeit auf englischen Einspruch an der afghanischen Grenze abgebrochen werden. England seinerseits hat die indische Grenze durch ein Netz von Eisenbahnen und Befestigungen gedeckt. An Turkestan schließt sich das wichtige Baumwollgebiet der Union, das Fergana-becken an. Bemerkenswert ist die Paßstraße nach Kaschgar-Tarimbecken-Hoangho-China einerseits und Jarkent-Lhassa andererseits. Die Straße über das Pamir nach Indien wurde vor dem Kriege von russischen Agenten mit Dynamitladungen für Sabotagezwecke oft begangen.

Der nächste Grenzraum ist Kirgisien mit der wichtigen Stadt Semipalatinsk. Hier endet die Eisenbahn von Tomsk; zwei weitere Bahnen sind im Bau, die eine schließt Semipalatinsk an das turkestanische Eisenbahnsystem an, die andere läuft parallel zum schiffbaren Irtisch nach Omsk. In Semipalatinsk beginnen die Straßen Kuldschadrieck-Turfansenke; Dsungarei-Turfan-Hoangho-Singan-Peking; Kobdo-Uljassutai-Urga-Kalgan-China. Nun schließt sich das verhältnismäßig undurchgängige sajanische Gebirge an.

Der nächste Grenzraum ist Transbaikalien mit Irkutsk. Von hier geht die Straße Werchne-Udinsk-Urga-Kalgan, neben der eine Eisenbahn geplant ist. In Osttransbaikalien trennen sich die beiden Zweiglinien der sibirischen Bahn,

die eine parallel der Grenze mit Stichbahnen, da sie landeinwärts gerückt ist, die andere mit Anschluß an das immer mehr an Ausdehnung gewinnende mandschurische Eisenbahnsystem. Es ist eine Bahn nach Aigun im Bau, die es den Japanern ermöglichen würde, in 80 Stunden von Fusan an die sibirische Eisenbahn heranzukommen. Die Fernostprovinz dürfte militärisch nicht zu halten sein, aber anderseits ist auch einem etwaigen japanischen Vorrücken, vor dem sich Rußland, ohne gefährdet zu werden, zurückziehen kann, durch die Nachschubfrage eine Grenze gezogen.

In letzter Zeit schenkt man den vor der Nordostecke Sibiriens liegenden Inseln, die bei einem zukünftigen Flugverkehr und als Stützpunkte für die Erschließung der reichen nordsibirischen Naturschätze durch die USA wichtig werden, größere Bedeutung.

Von den lebenswichtigen Gebieten des europäischen Rußland liegen die Industriezentren von Moskau, Donez und Kriwojrog wohl in Bezug auf den Riesenraum peripherisch, aber immer noch 300—600 km von der Grenze entfernt. Sie liegen außerhalb des Aktionsradius der rumänisch-polnischen Bombenflugzeuge. Trotzdem bedeutet es keine besonders günstige Lage, wenn das Ernährungszentrum der Ukraine, in dem eben auch die Haupttrohstoffquellen liegen, sich in dem militärisch schwächsten Gebiete befindet. Die Ölgebiete sind nur gefährdet, wenn das Schwarze Meer geöffnet ist, denn es ist kaum anzunehmen, daß die Türkei Gegner wird.

Das Altairevier kann einmal, wenn ein genügend leistungsfähiges Eisenbahnnetz mit einer Parallelbahn zur sibirischen Magistrale (Uralsk—Semi-palatinsk—Irkutsk) den geplanten Ausbau ermöglicht, Wirtschaftszentrum in Sibirien werden. Das Buch von Cleinow „Neu-Sibirien“, Berlin, 1928, gibt einen ausgezeichneten Einblick in die Möglichkeiten Sibiriens,

Ein weiterer Faktor sind die Menschen, die den Raum bewohnen. Trotz Krieg, Revolution und Hunger steigt die Bevölkerungszahl dauernd. 1923: 138 000 000, 1927: 146 000 000.

Der Raum ist noch lange nicht als gut besiedelt zu bezeichnen, die Landwirtschaft kann überall noch eine Intensivierung erfahren.

Die 200 Volksstämme, die das russische Staatsvolk ausmachen, bilden ein unentwirrbares Gemisch der verschiedensten Rassen, Wirtschaftsstufen und Gemütsverfassungen. Sie wirken aufeinander ein, leben nebeneinander, durcheinander und nicht immer für und miteinander. Der Volksteil, der dem russischen Staate sein Gepräge gibt, sind die Großrussen. Sie haben auch der

Revolution zum Siege über alle anderen Völker verholfen, da sie ihren Vorkämpfern den nötigen Rückhalt gaben. (Großrussen und Kleiner Russen 78%.)

Die russischen Menschen richtig einzuschätzen, ist sehr schwer, wenn es überhaupt möglich ist, daß ein Volk einem anderen annähernd gerecht wird, noch weniger eine Rasse einer anderen. Die westeuropäische Geistesverfassung ist eine ganz andere, als die des Russen, es fehlt die innere Brücke, die einen Einblick, ein Mitverstehen und Mitfühlen gestattet. Der Eindruck, den man von dem russischen Volkscharakter bekommt, und der auch von den Kennern bestätigt wird, ist der der unbeschränkten Leidenschaftlichkeit und Passivität des russischen Volkes. Die weite Ebene, die nirgends ein Ende zu haben scheint, der strenge Winter, das Einerlei der Landschaft, die Lage fernab von der bewegten Welt mit ihren Anregungen und ihrem belebenden Einfluß mögen hier mitgewirkt haben. Der russische Mensch hat nirgends Gelegenheit gehabt, aktiv und offensiv zu werden. Schon früh in seiner Geschichte stehen Eroberer an allen Toren und drängen ihn in das Innere, in den meeresfernen Moskauer Raum, in die Defensive. Die orthodoxe Kirche, die einen unbegrenzten Einfluß auf ihn gewann und behielt, das autokratische Zarentum und ganz besonders das Landverteilungssystem, mit seiner Leibeigenschaft, die einem großen Teile des Volkes das einzige Produktionsmittel, das Ackerland, entzog, und die harte Natur des Landes, die den freien Bauern zu strengster Arbeit zwang, um das Leben zu erhalten, — all das hat mitgewirkt, den russischen Menschen in der Defensive zu erhalten. Nicht anders war es in der Stadt, wo der Unterschied zwischen der herrschenden Schicht mit ihrer Rücksichtslosigkeit und ihrer Verschwendung und den entwurzelten, in bitterster Not lebenden Proletariern — Handarbeitern und Intellektuellen — in krassem, schreiendem Mißklang hervortrat.

Diese Verhältnisse sind der Nährboden der kommunistischen Bewegung. Das unorganische soziale System ging immer mehr der Auflösung entgegen, ein großer Teil der bolschewistischen Führer stammt aus der gehobenen Schicht, meist sind sie Menschen mit außergewöhnlichen geistigen Kräften und Fähigkeiten. In diesen entwurzelten Menschen wird der rein russische Nihilismus geboren. Ihr Ziel, dem sie mit eiserner Folgerichtigkeit nachstreben, ist die Weltrevolution. Das organische Denken ist bewußt ausgeschaltet. Rein mechanistisch ist der Vernunftstaat, den sie aufbauen. Nur die Russen, die die Defensive zu einer Masse von Brüdern, von gleichfühlenden Menschen umgeschmolzen hatte, nur die Russen können die bolschewistische Idee mit

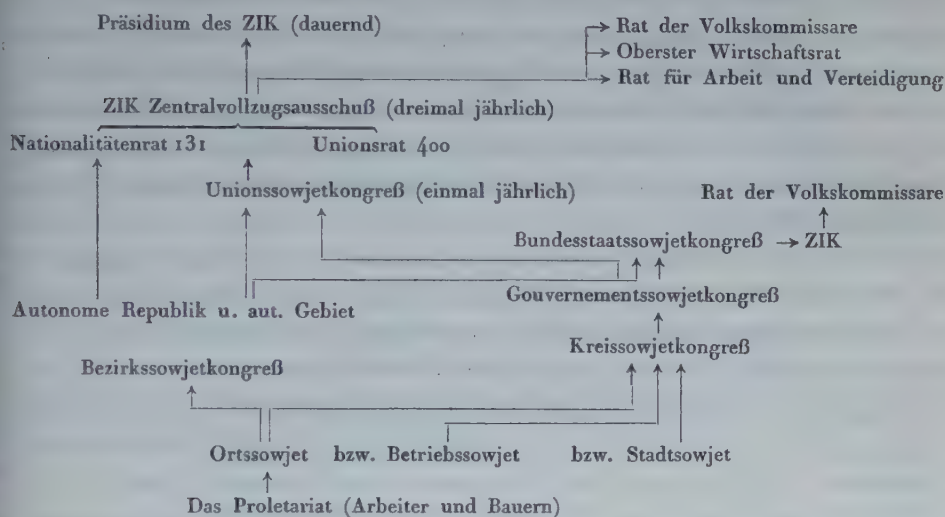
der ganzen russischen Inbrunst zu einer Religion erheben. Sie verstehen die Lehre von der Gleichheit der Menschen, von dem gleichen Recht auf alles Eigentum und alle Freiheiten. Die bolschewistische Bewegung, deren Anfänge um die Jahrhundertwende liegen, ist einem Orden, einer religiösen Gemeinschaft vergleichbar, die unbedingten Gehorsam und restlose, in keiner Weise an das Leben gebundene Aufopferung für die Idee fordert. Sie will eine scharfe Auswahl nur würdiger und zuverlässiger Mitglieder treffen, und wie alle geistigen Gemeinschaften fordert sie Ausschließlichkeit: „Es gibt nur eine Partei: die kommunistische!“ Die Idee der Vernunft, die allein im Marxismus liegt, gibt das Recht der Diktatur über alle anderen Gedankenrichtungen.

Die Grundeinheit der Russischen Kommunistischen Partei ist die Zelle, die in den einzelnen Gemeinden und Betrieben eingerichtet ist. Die Partei umfaßt in Rußland von 150 Mill. Einwohnern nur 800 000 Vollmitglieder und 400 000 Kandidaten. Die weitere Organisation ist folgende: Mehrere Zellen werden zusammengefaßt und einem Komitee unterstellt. Über mehrere Zwischenstufen hinweg wählen die einzelnen Komitees in den Unionsparteikongreß, der einmal im Jahre zusammentritt. Für die Kontrolle der Arbeit, die die Parteileitung leistet und für die Angabe der großen Linien, in denen sich die Politik der Partei bewegen soll, wird das Zentralexekutivkomitee gewählt, das aber wegen seiner Größe nur wenige Male im Jahre zusammentritt und als dauerndes Gremium den Zentralausschuß bestimmt. Der Zentralausschuß zerfällt in das untergeordnete Organisationsbüro und das Politbüro, das die tatsächliche Parteileitung verkörpert. Ihm sind alle anderen Parteiorgane untergeordnet.

Die Staatsorganisation ist parallel aufgebaut. Wahlberechtigt ist jeder Proletarier vom 18. Lebensjahre an. Verweigert ist das Wahlrecht den Ausbeutern, das ist der offizielle Name, worunter die Leute zu verstehen sind, die mehr fremde Arbeitskraft zur Gewinnerzielung ausnutzen, als es die Gesetzgebung zuläßt, oder die ihren Lebensunterhalt mit nichtproduktiver Arbeit bestreiten. Die näheren Bestimmungen unterliegen häufig Schwankungen, da sie sowohl den allgemeinstaatlichen, wie den lokalen Bedürfnissen der Partei angepaßt werden. Durch ein Mehrstimmenrecht für die Arbeiter, die nicht nur in ihren Betriebsowjet, sondern außerdem in die höheren Einheiten hineinwählen, wird der zahlenmäßige Unterschied zwischen Arbeitern und Bauern zuungunsten der Bauern ausgeglichen und ihr tatsächlicher Einfluß in den höheren Sowjets auf ein Minimum herabgedrückt.

Die Organisation des Staatsapparates zeigt folgendes Schema, das jedoch in-

sofern unzulänglich ist, als es die tatsächlichen Einflüsse und Beziehungen zwischen Staatsapparat und Partei nicht erkennen läßt, in manchen Gebieten Abweichungen zeigt und einige Bestimmungen, die sich aus dem bundesstaatlichen Aufbau ergeben und besonders den Turnus betreffen, der in der Besetzung der obersten Behörden vorgesehen ist, nicht enthält. Das Schema gilt für den Bundesstaat Rußland (mit Sibirien), in den anderen Gliedstaaten bestehen analoge Verhältnisse.



Die Einordnung der Betriebs- und Stadtsowjets geschieht je nach der Größe der Fabrik oder der Stadt.

Die bundesstaatliche und verwaltungsmäßige Gliederung der Sowjetunion ist durch die starke Betonung des Nationalitätenprinzips und mehr noch durch das Nebeneinander der Kompetenzen außerordentlich verwickelt. Die Zuständigkeiten überschneiden sich oft so stark, daß niemand daran denkt, die Anordnungen der vielen übergeordneten Behörden auszuführen. Um trotzdem den Willen der Regierung, d. h. der vorherrschenden Partei-richtung durchzusetzen, sind reisende Kommissare eingesetzt, die mit den lokalen Behörden harte Auseinandersetzungen haben, da sie deren Selbstbestimmung beseitigen oder zumindestens schmälern.

Nach der Theorie der Gleichheit aller Nationen ist jeder Nationalität das Recht auf Autonomie in bestimmten Grenzen zugestanden, wobei grundsätzlich der Andersstämmige dem Russen vorgezogen wird. Das russische Staatsvolk

wird mosaikartig nach nationalen Gesichtspunkten in seine Bestandteile zerlegt, es werden innere Schranken errichtet, um Blockbildungen z. B. auf der Grundlage der Wirtschaftsräume zu verhindern (wie in Sibirien), es wird ein nationaler Ehrgeiz angeregt, der nach innen, wie auch nach außen — da er eine Irredenta in den Nachbarstaaten schafft — einen Hebel darstellt, an dem die Sowjetregierung angreifen kann. Das Nationalitätenprinzip als Mittel der Außenpolitik ist sehr häufig angewendet worden, denn die autonomen Staatsgebilde der Weißrussen, der Moldauer, der Polen, der Tadschik in Turkestan, der Oiraten, Kirgisen und der Burjato-Mongolen verdanken ihren Bestand besonders dieser Absicht. Allerdings wird bei der Gewährung der Autonomie oft die wirtschaftliche Entwicklung innerpolitischen, propagandistischen Maßnahmen geopfert, wirtschaftlich zusammengehörige Gebiete wurden in sinnloser Weise zerteilt und der Nomade — besonders in Russisch-Asien — dem Ackerbauer vorgezogen.

Die Union zerfällt in 6 Bundesstaaten, die mit Gesetzgebungsrechten nur in kultureller und verwaltungsmäßiger Hinsicht ausgestattet sind. In allen anderen Ressorts empfangen sie ihre Instruktionen aus Moskau, wenn auch ihre Selbstverwaltung theoretisch in jeder Hinsicht gewahrt ist.

Bundesstaat	aut. Rep.	aut. Geb.	1/100 der Fläche	Mill. Einw	Hauptstadt
Großrußland	11	12	92,8	99,7	Moskau
Weißrußland	—	—	0,5	4,9	Minsk
Ukraine	1	—	2,1	28,9	Charkow
Transkaukasien	6	2	0,8	5,5	Tiflis
Turkmenistan	—	—	2,3	1,—	Aschabad (Poltorazk)
Usbekistan	1	—	1,5	4,5	Karshi (Beg-budi)

Schutzgebiete der Union sind der kleine Gebirgsstaat Tannu-tuwa zwischen Altai und Sajan und die Äußere Mongolei, die dem Namen nach der chinesischen Souveränität untersteht. Ihr Staatsaufbau ist dem russischen angepaßt, ihre Politik ist die Rußlands.

Die Organisation der Verwaltung kann noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden, da der Zentralwirtschaftsrat daran arbeitet, eine Einteilung des Landes in Wirtschaftsräume, sogenannte „Gebiete“ (Kraj) durchzuführen. Dieser moderne Gedanke soll in großzügiger Weise in Angriff genommen werden, teilweise ist er schon durchgeführt. Das Ziel ist größtmögliche Rentabilität und geringste Unkosten. Außerdem bedeutet das Netz von großen Wirtschaftsrayons, das über das nationale Mosaik gelegt wird, eine weitere Klammer, die die „autonomen“ Gebiete an die Zentralregierung fesselt.

Eine Ausglei chung der administrativen und wirtschaftlichen Grenzen soll angestrebt werden. Allerdings zeigt die Entwicklung in Sibirien, daß die wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht immer die innerpolitischen Bedenken besiegen. Durch die neue Gliederung ist z. B. die Deutsche Wolgarepublik in das Gebiet „Untere Wolga“ eingefügt worden.

Nach dieser Abschweifung zurück zu dem im Schema angegebenen Regierungssystem. Das Präsidium des ZIK ist die Oberste Staatsbehörde, es hat Kontrollrechte über den Rat der Volkskommissare, der die Regierung darstellt. Beide Instanzen für sich vereinigen gesetzgeberische Rechte und ausführende Gewalt. Auch die richterliche Funktion des Staates ist ihnen untergeordnet. Ein Vergleich mit dem Parteaufbau zeigt die Ähnlichkeit beider Organisationen. Als die Bolschewiki die Regierung übernahmen, besetzten sie alle Staatsstellen nur mit Parteimitgliedern, was es ihnen ermöglichte, auch weiterhin eine Auslese in ihrem Sinne vorzunehmen. In den obersten Staats- und Parteistellen besteht Personalunion. Das kleine, also außerordentlich aktionsfähige Politbüro ist die Zentrale des Riesenreiches. Ihm gehören u. a. an: Rykow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Rutsutak, der Verkehrskommissar, Woroschilow, der Kriegskommissar, Kalinin, das russische Staatsoberhaupt, Präsident des ZIK, Stalin der Generalsekretär der Partei, ein rücksichtsloser Machtmensch, dessen Willen richtunggebend ist.

Der russische Professor Gurwitsch sagt: „Wir werden durch eine Partei regiert, darin liegt die Kraft des Proletariats. Diese Partei ist das Rückgrat des Sowjetsystems. Von dieser Partei schweigt die Verfassung. Aber nichtsdestoweniger ist sie die juristische und faktische Grundlage der Verfassung“, oder in der Resolution des 12. Kommunistischen Parteikongresses: „Alle Bemühungen, den Staat von der Partei selbständig zu machen, sind Gegenrevolution. Der Partei muß die faktische Herrschaft und Leitung des Sowjetapparates und der Wirtschaft des Staates zugesichert bleiben.“

Auch die Generalsekretäre der III. und der Gewerkschaftsinternationale gehören dem Politbüro an. Also gibt dieselbe Zentrale, die der offiziellen Außenpolitik Instruktionen erteilt und dort anderen Staaten Nichteinmischung und Verzicht auf alle Propaganda versprechen läßt, der Kommunistischen Partei desselben Vertragspartners Putsch- und Streikbefehle, ohne daß sich juristisch die Abhängigkeit nachweisen läßt. Es ist eine Utopie, an eine Trennung des Staats von der III. Internationale zu glauben, beide Einrichtungen sind ja Organe derselben Zentrale.

7 Männer oder wenige mehr stellen die Diktatur des Proletariats dar. Sie leiten nicht allein die Partei, sie regieren über 150 Mill. Menschen durch ein mit zynischer Brutalität arbeitendes Spitzelsystem, die frühere Tscheka, die jetzt noch in Georgien besteht, sonst aber allgemein harmloser Staatliche Politische Verwaltung genannt wird (GPU). Weitere Zügel, die die Massen lenken, sind die psychologisch ausgezeichnet wirkende Propaganda und die rote Armee, ein Heer von 562 000 Mann, das noch durch Territorialformationen von mindestens 300 000 Mann ergänzt wird. Seine Reserven bildet das ganze Proletariat, denn nur der Proletarier darf mit der Waffe kämpfen, das vom 18. bis zum 40. Lebensjahre durch die allgemeine Wehrpflicht herangezogen wird. Die militärische Ausbildung der Jugend beginnt sehr früh. In der Truppe, deren soziale Zusammensetzung selbst in den Offiziersstellen im wesentlichen die gleiche ist, als vor dem Kriege, wird auf Hebung der Bildung entscheidender Wert gelegt. Die Durchführung des Dienstes unterscheidet sich nicht von der in anderen Ländern geübten Praxis. Über den militärischen Wert, der in den einzelnen Gebieten große Unterschiede aufweist, gehen die Meinungen stark auseinander, jedoch scheint es, als sei die Kampfkraft der Roten Armee in Deutschland manchmal etwas überschätzt worden. Die Entwicklung der modernen Waffen hat mit der der Westmächte nicht Schritt halten können, da die industrielle Unterlage erst neu geschaffen werden muß. Man darf sich durch die dauernden Zeitungsmeldungen über die Fliegerwaffe, die Tanks und die Gaskampfmittel nicht beeinflussen lassen.

Ein sehr wichtiger Faktor ist die Seegeltung. Die natürlichen Interessen Rußlands liegen ebenso auf das eigene Land konzentriert, als die des britischen Imperiums über die ganze Welt verstreut sind. Die Sowjetunion liegt vollkommen abseits vom Weltverkehr. Die Vorstöße des zaristischen Rußlands nach dem Mittelmeer, dem Persischen Golf und dem Gelben Meere erscheinen als dauernde Versuche, die Verkehrsspannung irgendwo zu zerschneiden. Auch die Bolschewiki sind sich über die Forderungen des Raumes im Klaren, denn ihre Tendenzen gehen in derselben Richtung, aber ihre Expansion geschieht nicht um der russischen Nation willen, sondern um die Weltrevolution vorwärts zu bringen, deren Durchführung eben von der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Macht der Union abhängig ist. Die Nation ist Mittel, nicht Zweck.

Man kann in einer Übersicht den Kampfwert der russischen Flotte nicht gegen andere Flotten abwägen, ohne sich große Verzerrungen zuschulden

kommen zu lassen. Es können nur ganz allgemeine Andeutungen gegeben werden. Die Flotte der Sowjetunion ist ihrer Größe nach etwa mit der italienischen zu vergleichen. Die Einheiten sind teilweise schon lange vor dem Kriege in Betrieb gewesen, so daß sie nicht als modern gelten können. Die Ausbildung der Mannschaften wird als gut bezeichnet. Die Flotte ist fast ganz auf das Baltische Meer beschränkt, sie beherrscht die Ostsee östlich Gotland. In den anderen Meeren ist an einen wirksamen Küstenschutz nicht zu denken, allerdings muß betont werden, daß Rußland durch die große Entfernung seiner einzelnen Küsten voneinander und durch die großen Landmassen, die zwischen den einzelnen Meeren liegen, in seiner Verteidigung zur See sehr ungünstig gestellt ist (Näheres siehe Weyher, Taschenbuch der Kriegsflotten.)

Die Handelsflotte ist für die russischen Bedürfnisse unzureichend. Neubauten sind in großem Umfange notwendig, wenn die Handelsflotte ein wirksames Werkzeug einer großzügigen Handelspolitik sein soll. Dazu reichen vorläufig die Mittel nicht aus.

Die Bedeutung der kulturellen Verhältnisse auf die Macht eines Staates ist sehr groß, allerdings sind die Zusammenhänge so verwickelt, daß sie — abgesehen davon, daß die Beziehungen sehr problematisch sind — in einer kurzen Darstellung nicht genügend gewürdigt werden können. Die bolschewistische Kulturarbeit ist mit außerordentlichem Schwung in Angriff genommen worden. Mit all dieser Arbeit wird eine wirkungsvolle Propagandatätigkeit verbunden. Die höheren Bildungsstätten sind fast ausschließlich der Arbeiterklasse vorbehalten. Ob die Zerstörung der traditionellen Bindungen in Familie, Erziehung, Religion und Stand bei der Masse des Volkes eine Erhöhung des Selbstbewußtseins und der Energieentfaltung — also für den Staat einen Kraftzuwachs hervorrufen wird, ist sehr zweifelhaft, da die mechanistische Denkweise der bolschewistischen Intelligenz dem Volke unverständlich bleibt. Es ist gefährlich, ohne greifbaren Ersatz Bindungen zu zerstören und es ist für die Masse des Volkes nicht leicht, zu verstehen, daß der Kommunismus nur äußerlich Freiheiten bringt, dafür aber eine um so stärkere Charakterfestigkeit und Selbstentäußerung verlangt. Meist sind nur die Erleichterungen erfaßt worden, die der Systemwechsel brachte, nicht aber wurden die Belastungen und Einschränkungen ruhig hingenommen, die sich bei der fortschreitenden Stabilisierung der Verhältnisse notwendig machen. So ist z. B. die Stellung der Bauern zum bolschewistischen System je nach der Wirtschaftsweise und den Eigentumsverhältnissen am Boden verschieden. In den

Gebieten mit Individualwirtschaft, wie in Sibirien, in der Ukraine und in Georgien, haben die Neuverteilungen des Bodens, die von Zeit zu Zeit vorgenommen werden, eine Gegenwirkung und Unzufriedenheit hervorgerufen, während sie in den Gebieten des Mirsystems (Zentralrußland) keine wesentlichen Änderungen bedeuten. Einheitliche Wirkungen können erst dann eintreten, wenn der Sowjetapparat das flache Land wenigstens annähernd erfaßt hat. Die überall übliche Bestechung verhindert eine genaue Beurteilung, die nur durch eingehende, langdauernde Landeskenntnisse möglich ist, die Angaben statistischer Art sind nicht eindeutig.

*

Der zweite Komplex sind die wirtschaftlichen Machtfaktoren. Die Grundtatsache der russischen Wirtschaft ist ihr rein agrarischer Charakter. 85 % der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Die Industrie umfaßt wenige große moderne Werke; Hausindustrie, die in Verbindung mit der Landwirtschaft betrieben wird, ist weit verbreitet.

Die Lage der Bauern war nach dem Kriege außerordentlich schlecht. Hierfür sind zwei Gründe maßgebend: erstens waren durch den Krieg dem Boden die nötigen Arbeitskräfte entzogen worden, die ihn hätten ertragfähig erhalten können. Nur $\frac{1}{3}$ der Vorkriegsbebauungsfläche war unter dem Pflug. Außerdem fehlte es an den landwirtschaftlichen Geräten, die während des Krieges nicht hatten ersetzt werden können.

Eine weitere empfindliche Schwächung erhielt die Landwirtschaft durch die Revolution, die geradezu trostlose Verhältnisse schuf. Die fehlenden Geräte konnten aus der eigenen Industrie nicht beschafft werden, da diese ebenfalls durch die Revolution verrottet war und sich nicht auf Zivilproduktion umstellen konnte; also mußten die Geräte aus dem Auslande bezogen werden. Import kann jedoch nur durch Export gedeckt werden. An Export war nicht zu denken, da die Landwirtschaft nicht einmal die eigenen Bedürfnisse befriedigen konnte. So sehen wir einen Kreis vor uns. Nur ein großer Kredit kann helfen. Da man aber Kredite nur an Leute gibt, zu denen man Vertrauen hat, war die Sowjetregierung zu Anfang ihrer Tätigkeit ganz auf sich selbst gestellt, sie stand vor einem Chaos, sie hatte nichts als ihren fanatischen sozialen Idealismus.

Ein In-die-Höhearbeiten ist aber schwerer möglich, wenn man mit Prinzipien an diese Aufgabe herangeht. Der erste Grundsatz des kommunistischen Staates ist die Verstaatlichung aller Produktionsmittel. Dieser Vorgang erfordert einen

Verwaltungsapparat, der über das ganze Land ausgebreitet ist. Seine Spitze ist der Oberste Wirtschaftsrat. Theoretisch muß der Verwaltungsapparat landwirtschaftliche und industrielle Produktion umfassen. Die Hauptaufgabe der neuen großen und sehr umständlichen Organisation ist die Herstellung der größten Rentabilität — geringe Kosten, großer Nutzen. Da die Einrichtung des riesigen Organismus mit seinem Beamtenheer nicht mit dem ersten Beschluß brauchbare Gestalt annimmt, ist eine dauernde und kostspielige Umorganisation notwendig, bis man sich den Verhältnissen annähernd angepaßt hat. Um die Kosten zu verringern, werden umfangreiche Zusammenlegungen der industriellen Betriebe vorgenommen, die infolge der unzulänglichen Verkehrsverhältnisse oft die ungünstigsten Folgen haben. Kurz: die Erfassung und Inangasetzung der Volkswirtschaft wird außerordentlich verzögert, die Bürokratie arbeitet — besonders in Rußland — schleppender als der private Unternehmer. Natürlich erfordert die Staatswirtschaft das Außenhandelsmonopol des Staates, das nicht allein Verbilligungs- und Kontrollzwecke hat, sondern dem Staate ermöglicht, z. B. den Bauern zu zwingen, die russischen Pflüge zu kaufen, auch wenn sie teurer sind als die ausländischen. Der Ein- und Verkauf im Auslande wird durch die „Außenhandelsstellen“ in den einzelnen Staaten betrieben. Diese Stellen sind von den diplomatischen Vertretungen unabhängig, und es ist gedacht, daß sie mit der Zeit auch die diplomatischen Verhandlungen mit erledigen.

Die gesamte Volkswirtschaft arbeitet nach einem von einem zentralen grünen Tisch aus aufgestellten Plan, der die Jahresproduktion der einzelnen Betriebe bestimmt. In großem Stile wird der Plan auf 15 Jahre voraus aufgestellt, um die beabsichtigte Erschließung der natürlichen Hilfsquellen und die Errichtung neuer industrieller Werke auf die kommenden Jahre zu verteilen. Die Nachteile der Planwirtschaft sind bedeutend und haben sich gerade im letzten Jahre deutlich gezeigt. Es ist unmöglich, auf Konjunktoren rechtzeitig zu reagieren, da jede plötzliche Änderung der Betriebsmittel- und Rohstoffquote eines Unternehmens auf alle anderen Betriebe einwirken muß und langwierige Maßnahmen notwendig sind. Aber das Gefährlichste ist, daß der ganze Wirtschaftsplan durch eine Mißernte umgeworfen werden kann und daß die Industrie von der landwirtschaftlichen Produktion abhängig gemacht wird, da beide gegeneinander im Plan abgewogen sind. Tritt eine Mißernte ein, so ist die Landwirtschaft nicht kaufkräftig, die Industrie, die ganz auf Eigenverbrauch eingestellt ist, erleidet einen nicht vorhergesehenen Konjunkturrückgang und

der gesamte industrielle Import, mit dem doch bei der Aufstellung des Planes gerechnet wurde, kann nicht bezahlt werden, ganz abgesehen davon, daß noch der Ausfall der Getreideausfuhr hinzutritt.

Die Darstellung dieser prinzipiellen Momente muß einer Betrachtung der russischen Wirtschaftsentwicklung vorausgehen. Erst als die inneren und äußeren Feinde besiegt waren, konnte an den Aufbau gedacht werden. 1921 ist dieser tiefste Punkt. Die Zeit des vorhergegangenen Kriegskommunismus, während der mit den rücksichtslosesten Methoden die letzten unbedingt notwendigen Kräfte aus dem Lande herausgeholt waren, war vorbei, das Chaos ist vollständig. Lenin, der große Führer, reißt das Steuer herum und verkündet die Parole: Neue Wirtschaftspolitik (Nep). Das Geld wird wieder eingeführt und der Kleinhandel zwischen Stadt und Land dem Privathändler freigegeben. Um den Ausgleichsprozeß zu vereinfachen und den privaten Zwischenhandel auszuschalten, wird die Handelstätigkeit langsam in genossenschaftliche Hände übergeführt. Diese halbstaatlichen Organisationen — Trusts genannt — erhalten sogar die Erlaubnis, in gewissem Grade mit dem Auslande direkt in Verbindung zu treten. Die Nep führte ferner dazu, daß den kleinen und mittleren Bauern Grund und Boden in Erbpacht gegeben wurde, und daß auch in beschränktem Maße die Kapitalbildung möglich ist. Man erkennt, daß die unerbittlichen Tatsachen zur Lockerung und Aufgabe mancher prinzipiellen Anschauung geführt haben. Man soll aber nun nicht etwa denken, daß die Bolschewiki damit zur kapitalistischen Wirtschaftsweise übergehen und ihre Utopien aufgegeben haben: Atempause!

Die Folge der Nep war eine gewisse Verminderung der Nachfrage des Landes nach Werkzeugen und der Städte nach Nahrungsmitteln. Die Anbaufläche wurde vergrößert, da der Bauer wieder für seine Erzeugnisse Waren — besonders Kleidungsstücke — einhandeln konnte. Allerdings ist die Entspannung in vollkommen ungenügendem Maße eingetreten, es müssen weitere Maßnahmen, die den Bauern entgegenkommen, getroffen werden, wenn auch starke innerpolitische Gründe dagegensprechen. Der Kampf Trotzki-Stalin ist ein Symptom für die Auseinandersetzung innerhalb des Bolschewismus; wohl-gemerkt: es geht nicht um die Grundsätze, sondern um die Wege. Ein weiteres verwandtes Problem konnte bisher noch nicht gelöst werden, das eine bedeutende Hemmung in der Wirtschaftsentwicklung darstellt; es ist die Erscheinung der sogenannten Schere. Man versteht darunter das starke Auseinanderweichen des agrarischen und des industriellen Handelsindexes. Die

Preise für Industriewaren sind so hoch, daß der Bauer nicht in der Lage ist, seinen Bedarf in genügender Weise zu decken. Eine weitere Folge der Nep ist das Entstehen einer neuen individualistischen Bourgeoisie, die der Kollektivwirtschaft, die doch das Ziel der Bolschewisten ist, entgegensteht.

Die Maßnahmen der Nep allein waren natürlich nicht geeignet, den Wiederaufbau zu gewährleisten. Das können in ausreichendem Umfange nur Kreditaufnahme und Exportsteigerung durch Hebung der Produktion bewirken. Beide Wege wurden beschritten.

Kreditverhandlungen wurden mit den verschiedensten Staaten gepflogen, aber man kann wohl sagen, daß die Ergebnisse bisher nicht über eine lokale Bedeutung hinausreichen, denn von dem deutschen 300 Millionenkredit, der zur Entwicklung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen dienen sollte, abgesehen, betrachtet man unter den Geldgebern Kapitalanlagen in Rußland als unsicher. England und Frankreich verhalten sich vollkommen ablehnend, nur in der Stimmung der USA ist in letzter Zeit ein Umschlag eingetreten. Nachdem die Standard Oil einen Teil der russischen Naphthaproduktion kaufte, um ihn auf dem asiatischen Markt abzusetzen, schlossen die General Electric und Ford sowie einige andere Firmen Lieferungsverträge mit den Sowjets ab. Die Verhandlungen, die der Präsident der russischen Staatsbank, Scheinmann, in New York führte und die der Finanzdiktator Polens, Dewey, durch eine Informationsreise unterstützte, können jeden Tag weitere Teilfortschritte zeitigen.

Eine Belebung der russischen Produktion verspricht sich die Regierung auch durch die Konzessionen. Um die bolschewistischen Praktiken auf diesen Gebieten zu beleuchten, mag erwähnt werden, daß von einigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, sämtliche Konzessionsunternehmen liquidiert haben, so z. B. die deutsche Mologaholzgesellschaft, Junkersflugzeuge, Harriman Mangan u. a.

Die zweite Möglichkeit, das russische Wirtschaftsleben zu gesunden, ist die Produktionssteigerung, verbunden mit Steigerung des Exportes und Verminderung des Importes, wobei betont werden muß, daß diese Steigerung natürlich von der Kreditgewährung wirkungsvoll unterstützt werden könnte.

Die wichtigsten Bodenschätze sind Kohle, Eisen, Erdöl, Mangan und Gold. Nur Mangan (50% der Welterzeugung) und Erdöl (7%) kommen für den Export in Frage. Eisen und Kohle, die Grundlagen der Industrialisierung, sind noch nicht in genügendem Umfang erschlossen. Zu den ukrainischen

Lagern, in denen beide Minerale nicht weit voneinander entfernt sind, treten die Eisenvorkommen des Ural und die sibirischen Kohlen- und Eisenlager am Altai. Die Altaivorkommen sollen die Grundlage eines großen Industrierayons abgeben, der als Basis für die wirtschaftliche Eroberung Zentralasiens dienen und eine Verkoppelung der sibirischen Kohle mit dem Uraleisen ermöglichen soll. Um diese Zukunftsmusik hörbar zu machen, muß das Verkehrsproblem Ural-Altai gelöst werden, und es müssen genügend Siedler für eine Ernährungsgrundlage sorgen. Die Verwirklichung dieses Zieles würde die russische Stellung in Zentralasien unangreifbar machen. Auch hier tritt die Rückständigkeit des gesamten Wirtschaftskörpers und der Verkehrsverhältnisse im besonderen hervor, die noch ein langes und ungestörtes Wachstum nötig haben, um zu einem Machtfaktor von Gewicht zu werden.

Der Hauptexportzweig bleibt doch die landwirtschaftliche Erzeugung, besonders die vor dem Kriege so kräftige Getreideproduktion. Trotz der größten Anstrengungen seitens der Regierung zeigt die Getreideausfuhr nur folgende Entwicklung:

1913	594	Mill.	Rubel	Gold	1926	94	Mill.	Rubel	Gold
1923	107	"	"	"	1926/27	200	"	"	"
1924	145	"	"	"	1927/28	23	"	"	"
1925	51	"	"	"					

Die Erhöhung der Getreideausfuhr ist die Vorbedingung für eine Bezahlung des industriellen Importes, anderseits ist gerade der Mangel an Industriewaren einer der Gründe für die geringe Intensität des Anbaues. Weitere Gründe sind die Steuerüberlastung, die Zwangsbewirtschaftung und Eintreibung der Getreidernte bei niedrig gehaltenen Preisen, die ja von den staatlichen Ankauforganisationen diktiert werden. Der Bauer hat kein Interesse an einer Erhöhung seiner Anbaufläche, wenn damit keine Gewinnerhöhung verbunden ist. Die großen „bourgeoisien“ Güter die $\frac{1}{2}$ der Anbaufläche umfassen sollen, werden besonders stark besteuert und damit unrentabel gemacht, Übergang zur Weidewirtschaft ist oft die Folge. Der Hunger der Bauern nach billigen Industriewaren — besonders Kleidungsstücken — ist noch nicht gestillt. Auch die großen Staatsgüter und der Zusammenschluß kleinerer Wirtschaften zu Gemeinschaften hat keine ausschlaggebenden Änderungen hervorgerufen. Der alte hoffnungslose Kreis aus der Zeit nach dem Kriegskommunismus ist noch nicht gelöst, der einzige Vorteil ist, daß eine Klärung der Verhältnisse, Probleme und Mängel eingetreten ist.

Die große Fragestellung hat unter den maßgebenden Männern schon viele innere Kämpfe zur Folge gehabt und die wachsende Unruhe unter den Bauern wird die Heftigkeit der Auseinandersetzungen erhöhen. Der Bauer wird rebellisch, da seine Hoffnungen, die er in das erst als Erleichterung begrüßte neue System gesetzt hatte, enttäuscht sind. Lieferungssabotage und Anbaueinschränkung sind seine Mittel. Die Bolschewiki haben die zwei möglichen Wege versucht, um dem zu begegnen. Die Getreideerfassung des Jahres 1927 griff zu drakonischen „außerordentlichen Maßnahmen“, die die linke Opposition (Trotzki) vorschlug. Nach einem gründlichen Mißerfolg schlug man 1928 den anderen Weg ein, der von der „rechten“ Opposition verlangt wird: man kam den Bauern allseits entgegen, erhöhte die Preise, selbst auf die Gefahr hin, daß das städtische Proletariat unruhig würde. Die linke Opposition, die den Widerstand der Bauern um jeden Preis brechen wollte, wurde beseitigt; sie verschwand aber nur äußerlich, denn die Brotkarte und das Schlangestehen in den Großstädten, verstärkt durch eine wachsende Arbeitslosigkeit als Folge der erschütterten Kaufkraft des Landes brachte ihr neuen Rückhalt. Arbeitslosenkrawalle in Sowjetrußland sind bedenkliche Zeichen! Nicht einmal in allen agrarischen Gebieten ist die Brotversorgung gewährleistet.

Die übrigen Ausfuhrprodukte beruhen ebenfalls auf der Urproduktion: Rauchwaren, Holz, Butter, Eier, Häute und ähnliches. Außer in der Gummindustrie ist die russische Industrie nur auf Eigenverbrauch eingestellt. Die Industrialisierung verfolgt nur den Zweck, vom Auslande in Fertigwaren möglichst unabhängig zu werden. Militärische Gesichtspunkte spielen mit herein. Es ist nicht abzusehen, welcher Weg eingeschlagen wird: Entwicklung der Landwirtschaft oder der Industrie mit allen Mitteln, oder beider. In jedem Lande mit kolonialer Entwicklungsstufe bleibt die Landwirtschaft das Primäre, sie darf nicht industriellem Ehrgeiz geopfert werden (Australien!) Aber die besonderen ideellen Ziele der Sowjets bedingen wohl andere Rücksichten und Gesichtspunkte.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Atempause, die den Sowjetstaat zum Kampfe für die Weltrevolution gegen die imperialistischen Staaten befähigen soll, noch lange nicht abgeschlossen ist. Wird die Agrarkrise überwunden, dann wird die Festigung fortschreiten. Vorläufig ist die Lage überaus ernst.

W. FREISCHÜTZ:

Das Außenhandelskommissariat und sein Monopol

Ein staatskapitalistisches Wirtschaftssystem kann nicht anders als kollektivistisch sein, d. h. muß das Streben auf — und den Glauben an eine marktlose Wirtschaft für und durch die Gemeinschaft verwirklichen. Die Bolschewisten halten bekanntlich die „freie Konkurrenz“ für die Wurzel aller Übel und nehmen daher konsequent die Richtung auf eine Staatswirtschaft ohne Konkurrenz, auf eine marktlose Wirtschaft.

So versuchte man auch in der Sowjetrepublik von vornherein den Markt zu beseitigen und die russische Volkswirtschaft als ein Ganzes auf planwirtschaftliche Basis zu stellen. Zu den wesentlichsten Grundlagen dieser Planwirtschaft gehört nach kommunistischer Ideologie auch die Umstellung des Warenaustausches in eine planmäßige Verteilung. Wie dies nun in bezug auf den Außenhandel gestaltet werden sollte, darüber war man sich in der damaligen Regierung der Arbeiter und Bauern noch nicht im klaren. Die Sowjetregierung legalisierte daher im gewissen Grade die aus dem Weltkriege noch bestehenden Handelsorganisationen und wollte sie erst im Laufe der Zeit in den kommunistischen Aufbau hineinziehen. Doch der Vertrag von Brest-Litowsk vom 1917 zwang die Sowjetregierung schon sehr bald, eine neue Form des Außenhandels auszuarbeiten. Die von Deutschland bei den Friedensverhandlungen durchgesetzte Wiederherstellung des Zollltarifes von 1904 und die sonstigen Vergünstigungen in bezug auf die Wareneinfuhr nach Rußland hatten für die Sowjetrepublik infolge der Geldentwertung und infolge der neuen Struktur der russischen Wirtschaft keine protektionistische Wirkung mehr und würden eine Überschwemmung der russischen Wirtschaft mit deutschen Waren zur Folge gehabt haben.

Um den Vertrag von Brest-Litowsk unschädlich zu machen, hat nun die Sowjetregierung den gesamten Außenhandel Rußlands sozialisiert. Diese Umgestaltung des Außenhandels in eine planmäßige Leitung durch den Staat fand ihren Niederschlag in einer rein deklaratorischen Verordnung vom 1. Januar 1918 über die Monopolisierung des Handels. Der Außenhandel Rußlands, also der gesamte handelsmäßige Verkehr mit Wirtschaftsgütern über die russische Grenze, bildete demnach ein Staatsmonopol und befand sich unter der Kontrolle des „Kommissars für Handel und Gewerbe“. Ein- und Ausfuhr ohne seine Er-

laubnis wurde als Konterbande bezeichnet. Das Außenhandelsmonopol konnte aber vorläufig noch keine Auswirkung haben, da in der Sowjetunion während dieser Zeit einerseits der Bürgerkrieg herrschte und andererseits das Außenhandelsmonopol selbst von den europäischen Ländern boykottiert wurde. Die russische Ware wurde sogar auf sämtlichen Auslandsmärkten konfisziert. So sind z. B. in dieser Zeit die Schiffe nach Skandinavien durch die Engländer beschlagnahmt mit der Begründung, der Sowjetstaat wäre nicht legitimer Eigentümer des russischen Nationalvermögens. Man hatte jetzt wohl das Außenhandelsmonopol, doch es fehlten jegliche vertragsmäßigen Beziehungen zum Ausland.

Diese Periode des sog. „Kriegskommunismus“ war gekennzeichnet durch inneren und äußeren Kampf. Im Inneren des Landes waren die Bolschewisten durch die Niederwerfung der besitzenden Klassen in Anspruch genommen und hatten ferner alle Produktionsmittel sowie das Privateigentum in die Gemeinschaft überzuführen oder zu „nationalisieren“, wie man es in Rußland nannte. Nach außen hin mußten sie gegen Koltshak, Denikin, Wrangel und gegen Polen kämpfen. Während dieser Zeit, wo die gesamte Volkswirtschaft daniederlag, war der Außenhandel natürlich nur sehr minimal und hatte einen mehr zufälligen Charakter. Die ersten Pioniere des russischen Handels auf dem Weltmarkt waren die Genossenschaften, die nun mit Genehmigung des Kommissars für Handel und Gewerbe und gestützt auf ihre alten internationalen Handelsbeziehungen die Verbindung mit ausländischen Firmen wieder aufnahmen. Diese Handelsbeziehungen der Genossenschaften trugen aber einen mehr inoffiziellen Charakter.

Als nach dem Abflauen des Kampfes die Nationalisierung der Güterverteilung, der Presse, der Transportmittel, des Bankwesens und des Handels allmählich durchgeführt wurde, und als auch die wirtschaftliche Blockade durch den Obersten Rat der Entente aufgehoben wurde, da konnte auch der Außenhandel, der, wie gesagt, einen ganz unregelmäßigen Charakter trug, genauer geregelt werden. Mit Abschluß der Friedensverträge wurden auch in allgemeinen Zügen die Handelsbeziehungen der Sowjetrepublik geregelt, und das Außenhandelsmonopol insofern in Anwendung gebracht, als nunmehr die russischen Außenhandelsvertretungen in verschiedenen Ländern errichtet werden konnten. Diese Außenhandelsvertretungen haben sich dann im Laufe der Zeit, wie wir später sehen werden, zum Hauptfaktor des Außenhandelsmonopols entwickelt.

Um das Außenhandelsmonopol besser durchführen zu können, errichtete man im Jahre 1920 an Stelle des „Kommissariats für Handel und Gewerbe“

das „Kommissariat für Außenhandel“. Das Außenhandelsmonopol wurde dabei insofern noch mehr konzentriert und zentralisiert, als nunmehr der gesamte Güterverkehr Rußlands mit dem Auslande das ausschließliche Recht des Außenhandelskommissars wurde. Bisher benötigte man nur eine Staatsgenehmigung zum Außenhandel, jetzt konnte das Auslandsgeschäft einzig und allein vom Außenhandelskommissar selbst durch die Außenhandelsvertretungen betrieben werden.

Aber trotz eingetretener Befriedung und dreijährigem Bestehen der Sowjetrepublik konnte eine Ausfuhr der Produkte aus Rußland noch nicht in Frage kommen, da die Beschaffung der auszuführenden Produkte nicht ins Ressort des Außenhandelskommissars fiel, sondern auf Grund eines Ausführplanes vom „Rat der Arbeit und Verteidigung“ im Lande beschlagnahmt wurde. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Sowjetrepublik während dieser Zeit in den geldlosen, kommunistischen Wirtschaftsorganisation sich befand und die Produkte nicht gekauft, sondern an staatliche Verteilungsstellen abzuliefern waren und durch diese dem Außenhandelskommissariat übergeben wurden. Diese Trennung von Beschaffung und Verkauf der Produkte hatte zur Folge, daß die Produzenten dem Export gegenüber vollkommen interesselos waren, zumal sie alle materiellen Mittel für ihre Bedürfnisse von staatlichen Organen der Zuteilung und Versorgung sowieso erhielten.

Ganz anders verhielt es sich mit der Einfuhr nach Rußland. Der Rückgang der Getreideproduktion, der herrschende Waren- und Rohstoffmangel machten den auswärtigen Warenbezug dringend erforderlich. Daher wollte auch die Sowjetregierung in erster Linie die Einfuhr fördern und lockerte das Außenhandelsmonopol auf der Importseite. Man bestätigte durch eine Verordnung vom 1. Juli 1921 nochmals das alleinige Einkaufsrecht des Außenhandelskommissars, beschränkte aber seine Selbständigkeit dadurch, daß man dem Einkauf der erforderlichen Waren von den zuständigen Stellen bestimmen ließ. Es ist bemerkenswert, daß in dieser Verordnung nur der Einkauf geregelt und der Verkauf ganz außer acht gelassen wurde. Das Außenhandelskommissariat hatte also lediglich eine Vermittlerrolle bei der Wareneinfuhr nach Rußland. Das Prinzip der Monopolisierung des Außenhandels ist aber aufrechterhalten worden, denn es konnte keine Ware nach Rußland gelangen ohne daß sie über das Außenhandelskommissariat zu gehen hatte. Es war noch immer die einzige Tür, durch die die Waren in die Sowjetrepublik Eingang fanden.

Die Wareneinfuhr nach Rußland blieb aber trotzdem aus. Die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen ließ sich nicht einfach durch Dekrete in die Wege leiten. Die grundlegende Änderung der wirtschaftlichen Struktur und ganz besonders die lange anhaltenden Nachwirkungen des Umsturzes hatten eine äußerst ungünstige Ära der russischen Volkswirtschaft zur Folge. Die zerrütteten wirtschaftlichen Verhältnisse, die Mißernte, die Verkehrsnot, der Lebensmittel- und Rohstoffmangel, ferner auch die organisatorischen Schwierigkeiten, das alles schien nur durch vorläufige Konzession an das Privatkapital behebbar zu sein. Angesichts dieser Tatsache, daß die Erneuerung der zerrütteten Produktionsmittel unter Beibehaltung der krassen, kommunistischen Wirtschaftsform viel mehr Zeit erfordert hätte, als es die auf schnelle Entscheidung drängenden Umstände erlaubten, entschloß sich im Frühjahr 1921 die Regierung zur Einschlagung eines neuen Kurses in der Wirtschaftspolitik.

Die Kleinindustrie wurde denationalisiert, die Privatpacht der Großunternehmen gestattet, die periodische Neuverteilung des Landes sollte nicht mehr erfolgen, und auch der Marktverkehr zwischen Land und Stadt wurde wieder eingeführt. Die kommunistische Ideologie ist aber durch die „Neue Ökonomische Politik“ (N.E.P.) nicht preisgegeben worden. Der schrittweise Ausbau der ganzen Volkswirtschaft ist kommunistisch geblieben, und das Außenmonopol wurde dem Staate auch ferner vorbehalten; ja es gelangte sogar in der Anfangszeit der neuen Wirtschaftspolitik zur höchsten Blüte. Während man also einerseits durch die neue Wirtschaftspolitik im Innern der Sowjetrepublik die krasse Durchführung der kommunistischen Prinzipien abschwächte, erreichte andererseits in dieser Zeit das Monopol des Außenhandels seine stärkste Entfaltung. Das Außenhandelskommissariat wurde aus der Stellung eines Vermittlers wieder zur selbständigen Einkaufszentrale emporgehoben und hatte das alleinige Recht zum Ein- und Verkauf. Auch wurde ihm jetzt die Durchführung der Warenbeschaffung in der ganzen Sowjetrepublik unterstellt. Weder andere Behörden noch andere Organisationen, weder Privatpersonen noch juristische Personen durften Ware ins Ausland verkaufen, noch daher beziehen. Sogar die Genossenschaften, die, wie gesagt, schon zu Anfang des Kriegskommunismus Verbindungen mit der Außenwelt aufgenommen hatten, mußten ihre Handelsbeziehungen mit dem Auslande einstellen.

Woher sollte aber der Warenbezug des Außenhandelskommissariats bezahlt werden? Infolge der kolossalen Entwertung existierte das Papiergeld nicht mehr; der Verwendung von Gold zu Zahlungszwecken waren aber durch die

Größe des Goldvorrates enge Grenzen gezogen. Man entschloß sich daher Ende 1921, einen Exportfonds aus Rohmaterialien, Halbfabrikaten und Fertigprodukten zu bilden und stellte ihn dem Außenhandelskommissariat zur Verfügung. Die durch den Verkauf dieser Produkte erzielten Beträge sollten dann zur Deckung der einzuführenden Waren benutzt werden. Dieser Fonds ist dann — nach der Stabilisierung des Geldes — in ein System der Barzahlungen umgewandelt, und der Handelskommissar erhielt zunächst eine Summe von 10 Milliarden Goldrubel, die dann später auf 50 Milliarden erhöht wurde. Mit diesem Gelde konnte er nun die Beschaffung der Waren erfolgreicher als bisher durchführen. Bei dieser Tätigkeit wurde jetzt das Außenhandelskommissariat durch neugeschaffene Organe in den Provinzen unterstützt; daneben dienten ihm auch als Mitarbeiter entsprechende Behörden der Bundesrepubliken, die Genossenschaften und die privaten Einkäufer.

Der sowjetrussische Außenhandel hatte aber unter dieser allzu starken Zentralisation und infolgedessen auch unter unvermeidlichen bürokratischen Mängeln zu leiden. Jetzt, wo die zunehmende Bedeutung der privaten Industrie und des privaten Binnenhandels eine entsprechende Anpassung des Außenhandelsapparates an die veränderte Wirtschaftspolitik (N.E.P.) zur dringenden Notwendigkeit machte, wurde auch die allzu scharfe Struktur des Außenhandelsmonopols geändert. Man mußte den selbständigen staatlichen Wirtschaftsorganen, die unter der N.E.P. noch verstärkt wurden, auch Absatzmöglichkeiten geben und es ebenfalls erlauben, daß die nötigen Rohstoffe und Ausrüstungen durch die Wirtschaftsorgane selbst im Auslande eingekauft werden. Auch die verpacketen und privaten Industrien, besonders die auf einen Auslandsmarkt eingestellten, wie z. B. die russische Naphthaindustrie, brauchten zum besseren Absatz ihrer Produkte direkte Auslandsbeziehungen.

Die Sowjetregierung hat daher sehr bald dem Drängen der innerrussischen Organe, sowie Trusts und Syndikate, aber auch den einzelnen Bundesrepubliken nachgegeben und das starre Prinzip des Außenhandelsmonopols mit seiner absoluten Zentralisation wieder abgeändert. Es trat jetzt eine gewisse Rückentwicklung des Außenhandelsmonopols ein, jedoch ist diese Evolution nur vorübergehend gewesen und als eine Anpassung an die N.E.P. zu betrachten. Eine Verordnung vom 13. März 1922 erteilte neben dem Außenhandelskommissariat auch anderen staatlichen Organisationen und Staatsunternehmungen, sowie den „Gouvernements Exekutivkomitees“ das Recht zum selbständigen Auftreten auf dem Außenmarkt. Diese genannten Behörden

konnten sogar im Auslande eigene Vertretungen unterhalten. Wir wissen, daß während dieser Zeit der „Zentrosojus“ (Zentralverband der russischen Konsumgenossenschaften) ein eigenes Bureau mit Vertretern in Berlin eingerichtet hat.

Die Kontrolle des sowjetrussischen Handels verblieb aber in den Händen des Staates, da alle zum selbständigen Handel zugelassenen Behörden immer noch für ihre einzelnen Handelsgeschäfte eine vorübergehende Erlaubnis des Außenhandelskommissars einzuholen hatten. Der Handelsverkehr mit ausländischen Genossenschaften bildete hiervon eine Ausnahme.

Die Einheit des Außenhandelsmonopols wurde weiterhin auch durch die Gründung von „gemischt-wirtschaftlichen Gesellschaften“ durchbrochen, die das Aufkaufen der Waren in Rußland und den Verkauf im Ausland finanzieren sollten. Die juristische Form dieser Unternehmungen war eine Aktiengesellschaft. Über die Hälfte aller Aktien mußte in Händen der Sowjetrepublik sein, der Rest wurde dem russischen Privatkapital oder ausländischen Firmen überlassen, die dafür am Gewinn dieser Gesellschaften beteiligt wurden und ebenfalls die Berechtigung erhielten, die Handelsgüter zu realisieren. Diese „gemischten Gesellschaften“ schlossen gewöhnlich Generalverträge mit dem Außenhandelskommissariat ab und übertrugen die Ausführung ihrer Handelsoperationen besonderen Abteilungen der Außenhandelsvertretungen. Die Gesellschaften konnten aber ihre Handelsgeschäfte auch direkt abwickeln, indem sie auf Grund von eigenen oder fremden Lizenzen die Ware über die Grenze befördern ließen. — Auch diese „gemischten Gesellschaften“ waren der Kontrolle des Außenhandelskommissariats unterstellt und durch Kontingentierung der Ausfuhrwaren in ihren Handelsoperationen beschränkt.

Während dieser Zeit wurden zur Unterstützung des Außenhandelskommissariats in den einzelnen Bundesrepubliken „staatliche Handelsbureaus“ (Gostorg) geschaffen, die reine Handelsgeschäfte im Rahmen des staatlichen Handelsplanes und unter Kontrolle des Außenhandelskommissariats betrieben. Sie bedienten hauptsächlich kleine Unternehmungen und Privatpersonen, die nicht zum Außenhandel zugelassen waren. — Die „Gostorgi“ waren zuerst vollkommen selbständig, hatten auch einen eigenen staatlichen Ein- und Ausfuhrplan. Neben dem Hauptkontor in Moskau hatten sie Unterabteilungen in den einzelnen Gebieten der Sowjetrepubliken.

Im Laufe der Zeit wurde die Zentralisation des Außenhandelsmonopols noch weiter gelockert. — Handelsgeschäfte, die im Rahmen des staatlichen Handelsplanes oder auch des „Gostorg“-Handelsplanes erfolgten, brauchten der Kon-

trolle wegen bloß im Außenhandelskommissariat angemeldet zu werden; für Handelsgeschäfte, die außerhalb des Planes lagen, benötigte man dagegen eine Lizenz von der betreffenden Abteilung des Außenhandelskommissariats. Es war also tatsächlich fast jedem erlaubt, Handel mit dem Auslande zu betreiben, hatte man kein Recht, im Auslande selbständig aufzutreten, so konnte man Ende 1922 seine Geschäfte entweder von staatlichen Behörden (Außenhandelskommissariat, Staatsunternehmungen und Gostorgi) oder von den zum Außenhandel zugelassenen Organisationen (gemischte Gesellschaften und Genossenschaften) durchführen lassen.

Diese Zersplitterung des Außenhandelsmonopols, die im Zusammenhang mit der Einführung der N. E. P. eingetreten war, wurde im Laufe der Zeit als unzweckmäßig empfunden, und es begann wieder der umgekehrte Prozeß der allmählichen Zentralisation. Der Pendel war zu weit nach der Seite der Lockerung ausgeschlagen und mußte nun wieder nach der Seite der Konzentration zurückgleiten. Das Nebeneinander der vielen im Auslande zugelassenen Organisationen schädigte die Einheit des Außenhandelsmonopols. Der erste Auftakt in umgekehrter Richtung war eine Verordnung vom März 1923, durch die man den produzierenden Staatsunternehmungen die „reinen“ Handelsgeschäfte verboten hat. Diese konnten demnach nur ihre eigenen Produkte verkaufen und die für ihren Betrieb notwendigen Güter im Auslande selbständig beschaffen.

Ferner wurde der versteckte Konkurrenzkampf, der sich infolge der allzu großen Ausbreitung des Außenhandelsapparates zwischen den selbständigen Organisationen und den Außenhandelsvertretungen im Auslande entwickelte, dadurch beseitigt, daß jetzt alle selbständig auf dem Auslandsmarkt auftretenden Organisationen und ganz besonders die gemischten Gesellschaften den Außenhandelsvertretungen durch ein Dekret vom 12. April 1923 unterstellt wurden. Auch die Gostorgi gingen allmählich dazu über, ihre Handelsoperationen von den Außenhandelsvertretungen durchführen zu lassen.

Durch diese beiden Maßnahmen ist nicht nur eine gewisse Konzentration des Außenhandelsmonopols herbeigeführt, sondern auch das Schwergewicht des Außenhandelsapparates von Moskau aus nach dem Auslande verlegt. Diese Kompetenzverschiebung verursachte innere Schwierigkeiten im Handelsproblem der Sowjetunion.

Neben dem Außenhandelskommissariat bestand bisher in der Sowjetunion kein gleichwertiges Organ im Binnenhandel. Man sah sich daher im Jahre 1924 ge-

zwungen, die Handelsabteilung des „Rates für Arbeit und Verteidigung“, die die Spitzenbehörde des Binnenhandels darstellte, zu einem „Innenhandelskommissariat“ auszubauen. — Durch die Schwergewichtsverschiebung des Außenhandelskommissariats nach dem Auslande ist aber von vornherein zwischen beiden Handelskommissariaten ein Kampf um ihre Autorität entstanden, zumal der Binnenhandel letzten Endes nicht von dem Außenhandelskommissar in Moskau, sondern von den im Auslande sich befindenden Außenhandelsvertretungen geleitet wurde. Die Aufstellung des Ausführplanes — und danach richtet sich in der Sowjetunion bekanntlich der Einfuhrplan — wurde in der Hauptsache von den Außenhandelsvertretungen beeinflußt. Der Ausführplan war wiederum für die Produktion und den Binnenhandel der Sowjetunion maßgebend. Die Genossenschaften und die produzierenden Staatsunternehmungen unterstützten die Opposition des neuen Innenhandelskommissars gegen die Außenhandelsvertretungen und somit auch gegen das Außenhandelskommissariat, da seine herrschende Macht über die gesamte Sowjetwirtschaft von allen als unlogisch empfunden wurde. Das Außenhandelsmonopol war gefährdet.

Um den Streit zu beenden und das Außenhandelsmonopol zu retten, entschloß man sich 1925 zu einer Reorganisation und Zusammenlegung der beiden Kommissariate. Das Innen- und Außenhandelskommissariat wurde also liquidiert und ein neues „Kommissariat für den Außen- und Innenhandel“ ins Leben gerufen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Schwerpunkt der Handelsoperationen von den Außenhandelsvertretungen zum neuen Handelskommissariat nach Moskau, d. h. vom Ausland ins Inland verlegt. Dadurch wurde eine Einheitlichkeit der Innen- und Außenhandelsleitung gewährleistet und auch eine weitere Konzentration des Außenhandelsmonopols insofern erreicht, als nunmehr alle im Auslande selbständig auftretenden Unternehmungen nur dem Handelskommissar in Moskau unterstellt wurden.

Eine weitere Zentralisation des Außenhandelsmonopols ist auch durch die Gründung von neuen „staatlichen Gesellschaften“ erreicht. Die steigende Entwicklung des Handels und ferner die damit verbundene Spezialisierung und Differenzierung der Handelsoperationen nach den verschiedenen Arten der Handelsprodukte machte die Schaffung dieser besonderen „staatlichen Gesellschaften“ erforderlich. — Ihre Entstehung war auch dadurch begründet, daß die selbständigen Werke der staatlichen Trusts (horizontale Konzentration der Industrie) und Kombinate (vertikale Konzentration) ihren Bedarf nicht direkt auf dem freien Markt vornehmen durften und folglich entsprechende Groß-

handelsorgane benötigten. Durch Gründung der „staatlichen Gesellschaften“ wurden also einerseits die Forderungen der Trusts und Kombinate verwirklicht und andererseits auch eine Anpassung des Handelsapparates an die zunehmende Kompliziertheit des Außenhandels durchgeführt.

Die Tatsache, daß diese Spezialorgane der Industrie im Auslande keine selbständigen Vertretungen hatten, bewirkte eine weitere Konzentration des Außenhandelsmonopols, da durch die Gründung der „staatlichen Gesellschaften“ die Zahl der selbständig auf dem Auslandsmarkte auftretenden Organisationen natürlich vermindert wurde; besonders die „gemischten Gesellschaften“ wurden durch diese Neugründung zurückgedrängt. Ihr Handel konzentrierte sich jetzt hauptsächlich auf diejenigen Wirtschaftsgüter, mit denen sich die „staatlichen Gesellschaften“ oder genossenschaftlichen Organisationen nicht befaßten, wie z. B. Federn, Fische, Kaviar usw. Das Bestreben des Handelskommissars geht jetzt dahin, auch den Handel der „gemischten Gesellschaften“ auf eine gewisse Warenbranche zu spezialisieren und so den Markt auch durch diese Gesellschaften zu beherrschen. Die Konjunkturschwankung auf dem Weltmarkt und ferner die kontingentierte Beschränkung ihrer Ein- und Ausfuhr zwingt jedoch die „gemischten Gesellschaften“, den Handel mit verschiedenen Warengattungen zu betreiben.

Die neuen „staatlichen Gesellschaften“ mit ihren zahlreichen Filialen wurden entweder von dem Handelskommissariat allein oder in Verbindung mit anderen Kommissariaten und ferner auch in Verbindung mit den Gostorgi oder den Staatstrusts gegründet. Diese „staatlichen Aktiengesellschaften“, die übrigens vom „Obersten Volkswirtschaftsrat“ geleitet wurden, hatten immer nur einen einzelnen Industriezweig in bezug auf seine Ein- und Ausfuhr zu bedienen; so hatten sie z. B. die gesamte Holzausfuhr der U. d. S. S. R., die gesamte Naphthausfuhr, die gesamte Getreideausfuhr oder auch die gesamte Textileinfuhr, Elektroinfuhr unter sich. Die „staatlichen Gesellschaften“ arbeiteten aber nur auf dem Territorium der Sowjetunion und hatten nicht das Recht, direkt auf dem Auslandsmarkt aufzutreten. Alle ihre Operationen im Auslande wurden durch neue, speziell zu diesem Zwecke geschaffenen Abteilungen der Außenhandelsvertretungen getätigt. Von den „gemischten Gesellschaften“ unterschieden sich die „staatlichen Gesellschaften“ insofern, als bei ihrer Gründung nur staatliches Kapital von rein staatlichen Unternehmungen oder Behörden beteiligt war, und sie daher den Bestimmungen des öffentlichen Rechts unterlagen, während die „gemischten Gesellschaften“ auch mit fremden — also ge-

nossenschaftlichem oder privatem — Kapital arbeiten konnten und besonderen Bestimmungen unterlagen.

Mit diesen Maßnahmen war aber die (im Zusammenhang mit der N. E. P.) eingeschlagene Richtung der Konzentration des Außenhandelsmonopols noch nicht erschöpft. Bald darauf, im September 1926, wurde nämlich die Verteilung der Einfuhrkontingente, die Aufteilung der Ein- und Ausfuhrpläne zwecks Einheitlichkeit der Planwirtschaft auf den „Obersten Volkswirtschaftsrat“ übertragen; ebenfalls die Erteilung der Erlaubnis zu Handelsoperationen im Auslande. Auch sollten an Stelle des ständigen Personals der Außenhandelsvertretungen jetzt die im Inneren der Sowjetunion zusammengesetzten Kommissionen tätig sein, die dann nach den Anweisungen ihrer Auftraggeber die Bestellungen der betreffenden Ware im Auslande von Fall zu Fall durchführten.

Durch diese Beschränkung der Außenhandelsvertretungen versuchte man eine kommerzielle Verbesserung des Außenhandelsapparates durchzuführen und gegen die Bürokratisierung anzukämpfen.

Durch die immer größer werdende Zentralisation des Außenhandelsmonopols gestaltete sich also im Laufe der Zeit auch die Durchführung der Planwirtschaft allmählich viel konkreter. — Trotz der direkten Güterverteilung während des Kriegskommunismus war die Wirtschaftsführung in jener Zeit nicht planmäßig gewesen. Auch die ersten Jahre der N. E. P. waren im großen und ganzen planlos gewesen. Erst mit der Verdichtung der einzelnen Teilpläne (Elektrifizierung, Industrialisierung, Handel usw.) zu dem allgemeinen, geschlossenen Wirtschaftsplan konnte auch die Planwirtschaft und somit auch der Außenhandel straffer ausgebaut werden.

Aus der gesamten Entwicklung des Außenhandelsapparates gewinnt man aber den Eindruck, daß die Reformmaßnahmen den Zweck gehabt haben, die Planmäßigkeit des staatlichen Außenhandels zu entwickeln, zu festigen und mit der Planwirtschaft der Produktion, der Warenverteilung und des Binnenhandels in Einklang zu bringen. — Diese Entwicklung konnte natürlich nur allmählich vor sich gehen, und das Außenhandelsmonopol mußte dabei dauernd an die jeweiligen Interessen der Sowjetunion angepaßt werden. Die Konsolidierung des planwirtschaftlichen Außenhandels ist auch heute noch nicht eingetreten; doch hat sich im Laufe der Zeit diese Wesenseigentümlichkeit immer klarer herauskristallisiert und wird in der Sowjetunion in dieser oder jener Form auch in Zukunft verbleiben. Um Sein und Nichtsein des Außenhandelsmonopols handelt es sich also nicht, sondern um seine weitere Ausgestaltung.

Verkennt man diese Tatsache und betrachtet man die planmäßige Handelsorganisation der Sowjetunion wie jeden anderen Markt, so wird man bei den Beziehungen zur U. d. S. S. R. gar manche Enttäuschung erleben müssen.

GUSTAV AMANN:

Chinas neue Gesetzgebung

Das China von gestern war ein zurückgebliebenes China, — zurückgeblieben nicht zuletzt in seiner Gesetzgebung. Dieser Ansicht sind nachgerade auch viele Chinesen, und jetzt gab Herr Wang Chunhui, der Präsident der Gesetzgebenden Körperschaft der neuen Regierung von Nanking, China neue Gesetze, Gesetze ganz nach dem fortgeschrittenen Modell des Westens.

Zurückgeblieben mag man die Gesetzgebung der Chinesen von gestern wohl nennen, wenn es auf das Alter des Gesetzbuches ankommt. Das „Allgemeine Gesetzbuch“ war ein Erbstück der Dynastien. Zuletzt, am Anfang des 17. Jahrhunderts, hatten es die Mandschu-Kaiser aus der vorhergegangenen Ming-Dynastie übernommen. Es war in die Mandschu-Sprache übersetzt, und dann wieder, an sich unverändert, für die Chinesen im neuen Reich erlassen worden als Ta Ching Lü Li oder Allgemeines Gesetzbuch der großen Ching-Dynastie. So war es dann in Kraft geblieben, unberührt bis zum Revolutionsjahre 1911 — und in der Praxis der Wirklichkeit bis gestern und heute.

Lag nun vielleicht eine Zurückgebliebenheit in dieser Tatsache, daß die Chinesen einen seit Jahrhunderten unveränderten Code der Grundgesetze, das Lü, gehabt haben, und ein seit Jahrhunderten in sich abgeschlossenes Rechtssystem, so kann man doch nicht zugleich von einem leichenstarren Rechtswesen sprechen, das bis kürzlich geduldet worden wäre. Denn der zweite, integrierende Bestandteil des Gesetzbuches, das Li, der Anhang von Auslegungs- und Ausführungsbestimmungen, war gerade dazu geschaffen, dem Wandel der Zeiten und der Bedürfnisse Rechnung zu tragen. Dieser Anhang zum Lü wurde durch kaiserliche Erlasse fortlaufend erneuert und ergänzt; China hat dabei eine lebendig gebliebene Rechtshandhabung bewahrt. — Die Ansicht, die Gesetzgebung sei zurückgeblieben, stützt sich weniger auf Fehler des Systems, als auf den Hinweis, daß die Rechtsgrundsätze, die das Lü verkörperte, veraltet waren. Diese gehen im Lü wirklich zurück auf eine Begriffsfassung des Rechts in vorgeschichtlicher Zeit, — in einer Zeit, als die Familieneinheit

noch der einzige Baustein der Gesellschaft war. Der Staat ruhte damals noch in seiner Konstitution auf der in sich geschlossenen Familie. Seine materiellen Interessen hingen am Familieneigentum; was die Rasse als Gemeinbesitz an sozialen Instinkten und Religion besaß — die zuunterst die geschlossene Familie hervorriefen —, das galt als Gesetz, verbunden mit dem elementaren Rechtssatze: „Du sollst nicht tun, was unrecht ist“. Aus Patriarchat, Gesetz und Rechtsvorstellung als ungeteiltem Begriffsganzem entstand so das Gesetzbuch, das Lü; und folgerichtig der Wesenszug der altchinesischen Rechtshandhabung: nicht etwa Gesetze zu erschaffen, sondern lediglich die Bestrafung jedes Unrechts von Staats wegen zu kodifizieren.

Das alte Gesetzbuch war bedeutend, weil es durch die Jahrhunderte hindurch unerschütterlich Wacht hielt über die den Chinesen im Buche des Lebens vorgeschriebenen Gesetze für eine ihnen gemäße Daseinsordnung; und die Artikel des Lü waren unerschütterlich, weil sie Daseinsdeutung und Gesellschaftsordnung für die dreihundert Millionen zu einer in sich geschlossenen und ihnen gemäßen Wirklichkeit verschmolzen. — Es war eine Wirklichkeit, die von der des heutigen Westens grundsätzlich verschieden, aber gewiß für die Chinesen nicht weniger harmonisch und glücklich war, als es die Wirklichkeit ist, die die christliche Ordnung uns beschert. Wir schauen z. B. gern mit Geringschätzung auf die Sanktion des Konkubinales und der unehelichen Geschlechtsverbindung des Mannes in China. Das scheint uns zurückgeblieben, unzivilisierter Stand. Aber bedenken wir, daß die westliche Welt 1900 Jahre den Fluch und die unlösbare faustische Tragik der Unehelichkeit trug. Die Sanktion des Konkubinales entstammte dem religiösen Gebot, Bluterben zu zeugen, wie die Feme unehelicher Zeugung dem Keuschheitsgebot der christlichen Weltanschauung entstammt. Das Lü verbietet bei Strafe, leibliche Nachkommen aus Konkubinat oder Unehelichkeit bei der Erbteilung zu benachteiligen; es schützt die Heilighaltung der Bluterbschaft. Christliche Keuschheit und konfuzianisches Konkubinat sind beides Prinzipien, beides Glaubensnotwendigkeiten, und keines ist hinter dem anderen zurückgeblieben. Es sind zwei verschiedene Welten, sonst nichts.

Das Ehegebot der christlichen Kirche: „du sollst nicht trennen, was Gott gebunden hat“, das unsere Gesetze zu schützen da sind, ist mit all den gesellschaftlichen Unlösbarkeiten, die es der westlichen Ordnung brachte, für den konfuzianischen Chinesen so unbegreiflich, eine Hölle auf Erden, als uns es die chinesischen Ehegesetze sind. Trennung der Eheleute auf gegenseitige

Übereinkunft wegen gegenseitiger Unverträglichkeit war ein altes Recht in China, und das Lü nahm aus von Strafe: wer sein Eheweib, Frau oder Konkubine, hinwegtat wegen Unfruchtbarkeit, wegen Ehe-Ungebühr, Schwatthaftigkeit, Diebstahl, Neid, unheilbarer Krankheit oder wegen Ungebührlichkeit gegen die Schwiegereltern; mit dem Vorbehalte aber, daß für die materielle Existenz der geschiedenen Frau gesorgt sein sollte. Die Heiligkeit der Blutserschaft ließ dabei keine Frage darüber aufkommen, daß die Kinder in der Familie des Vaters verblieben, noch darüber, daß Ehebruch des Weibes ein todeswürdiges Verbrechen sei. Ehebrecherin und Ehebrecher bestrafte das Lü mit dem Tod durch Erwürgen.

Jedes Gesellschaftsdasein konstruiert Pflichten. Der tragische Konflikt natürlicher Leidenschaft mit abstrakter Moral der Religion oder des Staates ist doch Welterbe. Müßig ist es, darüber zu streiten, wessen Ordnungskonstruktion, die der Christen oder die der Chinesen, tiefer im Welterbe stecken geblieben ist. Wie in der westlichen Ordnung dem Individuum aus dem christlichen Gebot der Nächstenliebe tausend Fesseln geschmiedet sind, so baute auch das religiöse Gesetz unverbrüchlichen Kindesgehorsams, das mit dem Ahnenkult und der Erhebung des Familienältesten zum Hohepriester der Familie untrennbar einhergeht, hohe Gefängnismauern um das chinesische Leben. Dem Vater der Familie gab das weltliche Gesetz schrankenlose Gewalt. Er bestimmte das Geschick der Kinder, alles Eigentum der Familie war sein Eigentum. Das Lü verbot den Kindern bei Strafe, den Familienbesitz zu Lebzeiten der Eltern aufzuteilen oder sich als unabhängige Geschlechterlinien von der Stammfamilie abzulösen; der Tod noch übertrug die Schulden der Alten auf die Jungen. Der Älteste bestimmte auch die Ehe der Kinder. Mit schwerer Strafe bedachte das Lü den, der es wagte, ein vom Ältesten gegebenes Ehegelöbnis zu brechen, und dieses Ehegebot lag schwer auf Eltern und Kind. Unwiderruflich und vom eigenen Elternhaus enterbt, mußte die Tochter auf fremdes Gebot hinausgehen unter die Willkür absolutester Gewalt von Schwiegereltern: zur Ehe. Strafe für die Älteren dagegen hatte das Lü nicht, selbst nicht für Mißhandlung oder Tötung widersetzlicher Angehöriger. — Schrecklich ist für uns Christen gewiß, was chinesische Religion, Gesetz und Staat in all diesem zur Behütung eines starken Familienwesens bestimmten. Für die Chinesen waren es Gottgegebenheiten. Das Gewebe ihrer sozialen Gefangenschaft entsprach ihrem Gesellschaftsbewußtsein, es war ihrem überkommenen Glauben gemäß, es hat dem chinesischen Staat Größe gegeben und wurde vom

Volksganzen mit dem Stolz der Selbstüberwindung, die den Kulturmenschen ausmacht, ertragen und hochgehalten.

Solange dieses Begriffsleben des alten China ungestört bestand, war auch das alte Gesetzbuch für China weder zurückgeblieben noch veraltet. Aber China ist unter die heranstürmenden Einflüsse der westlichen Welt geraten, es gibt jetzt ein Jung-China im alten China. Dieser Jugend wurde in den neuen Schulen neben westlichem Wissen auch christliche Lehre beigebracht; Ideen von individuellen Freiheiten und Ungebundenheiten rütteln an der alten Tradition. Diese Jugend möchte der Predigt aus dem Westen, vom Abschütteln der Ketten zurückgebliebener Gesellschaftsordnung, Glauben schenken; aber sie ist seelisch doch zu sehr in der angestammten Umgebungswelt aus dem alten China verwurzelt, als daß sie sich frei machen könnte. — Auch die chinesischen Kaufleute, die im Verkehr mit den Wirtschaftsmächten des Westens Reichtum gewannen, lernten die Familienketten in ihrer Wirtschaft fühlen und mißachten. Sie rügen die Wirtschaft unter dem alten Recht. Es kümmerte sich nicht viel um wirtschaftliche Dinge. Es war ein Strafgesetz zum Schutz des Familienwesens, es kannte Handelsrecht nur soweit, daß es Besitz und Besitztausch im Sinne des Familienbestandes regelte und Handlungen bestrafte, die der Redlichkeit oder der Familiendisziplin zuwiderliefen. Das Lü enthielt kein Körperschaftsgesetz, keine beschränkte Haftung, kein Insolvenzgesetz, kein Wechselrecht. Was innerhalb der Familie geschah, überließ der Landrichter dem Ältesten, zu adjustizieren; Handelsstreitigkeiten überantwortete er den Berufsgilden zur Schlichtung nach dem hergekommenen Grundsatz: daß sich die streitenden Parteien in den Schaden teilen sollten. Vollstreckungsgewalt über Eigentum hatte der Landrichter überhaupt nicht. Als letzter Rekurs gegen säumige Zahler gab es den Schuldturm. — Wohl wurzeln die Väter der heutigen Generation mit ihrem allgemeinen sozialen Ideenkreis in der alten Tradition. Aber vom Staat mehr als nur eine Familienwirtschaftsordnung zu fordern, von ihm den Schutz ihres Besitzes zu verlangen, das haben auch die Väter Jung-Chinas erst aus ihrem Verkehr mit dem Wirtschaftsleben des Westens gelernt.

Neben diesen organisch wirkenden Einflüssen des Westens auf die Geistesbildung der neuen Zeit in China geht aber auch noch eine planmäßige politische Beeinflussung der chinesischen Regierung durch die Westmächte; dieser dürfen wir getrost das größte Gewicht darin zumessen, daß China heute mit seinem Rechtswesen da angelangt ist, wo es ist. Die Reformbewegung des

jungen Kaisers Kuang Hsü von 1898 gehört hierher als erstes sichtbares Resultat der Einwirkung der Mächte auf die innere Politik Chinas. Obgleich diese Bewegung mit der Absetzung des jungen Kaisers durch die Kaiserinwitwe schon nach hundert Tagen endete, obgleich der Boxeraufstand von 1900 sich als gewaltsames Zwischenspiel einschleibt, reifte die Zeit für die fremden Mächte weiter heran, so daß England im Jahre 1902, Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1903 mit der kaiserlichen Regierung Verträge abschließen konnten, die die Reform des Rechtswesens von China nach westlichen Wünschen und Forderungen zusagten. Der Preis, den man versprach, war seinerzeit, wie er es heute noch ist, die Aufgabe der Exterritorialrechte.

Als unmittelbare Folge der genannten Staatsverträge, die die fremden Mächte bei der kaiserlichen Regierung durchzusetzen vermochten, kam die Einsetzung eines chinesischen „Amtes für die Vorbereitung neuer Gesetze“ in Peking. In den folgenden Jahren fügten eine Anzahl kaiserlicher Erlasse Verordnungen zur Regelung der Gründung von Handelsgesellschaften, Währungs-, Eisenbahn- und Bergbaugesetze dem Anhang zum Lü, dem Li, ein. — Der hergebrachte und bewährte Weg, das „Allgemeine Gesetzbuch“ den wechselnden Zeiten und Bedürfnissen, ohne Erschütterung des Wesens der altchinesischen Rechtsgrundsätze anzupassen, wurde noch treu beachtet. Aber die Jahre 1907 und 1909 brachten den Fremden auch darin den verlangten Wandel. Gesetze traten in Kraft, die das Gerichtswesen aus dem Pflichtenkreise der Verwaltungsbeamten des Reiches heraushoben, neue Distrikts- und Berufungsgerichte unter einem Kassationshof oder Obersten Gerichtshof in Peking, sowie auch eine neue Gerichtsordnung schufen. Von da an war kein Halten mehr im Abbau des eingeborenen Rechtswesens in China. Die Revolution von 1911, die das kaiserliche Regime stürzte, fegte auch die alten, staaterhaltenden Methoden bei den Reformen hinweg. Die Republik legte die erste Hand an das Lü. Die Strafartikel wurden aufgehoben und durch einen neuen, provisorischen Code nach westlichem Vorbild ersetzt. Zuletzt vollendete jetzt Jung-China, das nun unter Chiang Kaishek ganz ungehemmt zur Regierungsgewalt gekommen ist, das Werk. Wang Chunghui, Justizminister der Nationalen Regierung von Nanking, gab China endgültig neue Gesetze, Gesetze ganz nach dem fortgeschrittenen Modell des Westens.

Zivilrecht und Strafrecht sind jetzt streng getrennt. Der Code der Strafgesetze Wang Chunghuis liegt abgeschlossen und mit Gesetzeskraft seit Juli 1928 vor.

Das neue Zivil-Gesetzbuch ist noch nicht in allen Teilen abgeschlossen, aber Herr Wang Chunghui hat versprochen, daß er das Zivilgesetz, gleich dem Strafgesetz, baldigst fertigstellen und in Kraft setzen werde, und das mögen wir ihm alles sehr wohl glauben.

Nicht so fest kann es aber mit unserem Glauben daran stehen, daß sich seine neuen Rechtsgrundsätze auch ebenso rasch in der Rechtsprechung des ganzen Reiches durchsetzen werden. Der Fortschritt im Rechtswesen zur Zeit der ersten Republik hat das nicht vermocht, und — sei es gesagt —, die Regierung Chiang Kaisheks ist auch nicht stark genug, kraft ihres Willens den neuen Gesetzen auf dem flachen Lande und überall im Reich Gesetzesmacht zu erzwingen. — Moderne Gerichte, wie sie die kaiserliche Regierung und später die erste Republik einführen wollten, existieren wohl, mehr oder minder vollkommen, in den großen Hafenstädten und Provinzhauptstädten auf dem flachen Lande; aber für den Koloß der dreihundert Millionen Landbewohner herrscht stillschweigend weiter die alte Familiendisziplin, die ein modernes Recht nicht braucht, nicht sucht, und eben damit das große chinesische Reich trotz der Stürme und Leiden von 17 Jahren der Erneuerung und des Bürgerkrieges in Existenz und bei unerschütterter Daseinskraft erhielt.

Die Landrichter, Magistrate und Dorfältesten fahren auf dem flachen Lande fort, Recht zu suchen nach alter Weise; zu den neuen westlichen Rechtsvorstellungen wissen sie meist nur den Kopf zu schütteln. — Und könnte das alles anders sein in einem Reiche von dreihundert Millionen zurückgebliebenen Landbewohnern? — Der Erfahrungssatz, daß keine Regierung Gesetzesänderungen zur Anerkennung und Geltung bringen kann, die nicht im Geiste und in der Religion des breiten Volkes liegen, setzt sich durch. Volkswille ist Gotteswille. Diesem höheren Gesetz fanden sich auch die gesetzgebenden Körperschaften des sich erneuernden China bewußt gegenüber, solange sie jung waren, und sie beugten sich ihm auch. Nur die fremden Mächte wollen dieses höhere Gesetz nicht kennen. Hier ist die Hauptwurzel des großen Konfliktes zwischen Westen und Osten entblößt. Trotz aller geistigen Hingabe des gesetzgebenden jungen China der ersten Republik mußte der Oberste Gerichtshof unter dem Druck jener höheren Kraft doch grundsätzlich entscheiden, daß das Lü überall da mit seinen alten Zivilartikeln in Kraft bleiben müsse, wo es nicht eben gegen die neue republikanische Staatsauffassung verstoße. Es ließen sich die Rechtsreformen nach westlichen Grundsätzen, die der Oberste Gerichtshof zwar als Wegweiser für die Richter eifrig zu Pandekten

sammelte, nur da anwenden, wo kein altes Gesetz und kein Herkommen bestand. — Daß solche Lässigkeit in den Reformen den fremden Willensmächten nicht genügt, das springt in die Augen. Und so haben wir denn den erbitterten Streit kategorischer Rechtsforderung der Fremden gegen ein zurückgebliebenes China, so haben wir ein Jung-China, das alle Hemmungen über Bord wirft, und im Bewußtsein, restlos „progressive“ zu sein, auch seine Handlungsfreiheit fordert; so haben wir die rügenden Berichte einer Exterritorial-Kommission und auf dem flachen Lande die Herrschaft des Lü und der alten Landrichter, die noch immer ein Herkommen haben, wo der Oberste Gerichtshof schon längst zu westlichen Rechtsgrundsätzen greifen zu können und zu müssen glaubt. Ein Chaos der Willensäußerungen und wenig Frieden unter dem Recht.

Im ganzen schreitet bei allem der Einbruch in die Familienkonstitution bedenklich fort. Landesfremder Geist sickert ein. Nach einem Berufungsurteil der höchsten Instanz soll für Eheschließung jetzt nicht mehr das Wort des Ältesten der Familie heilig sein; die Eheschließung bedarf zur Rechtsgiltigkeit auch der Zustimmung der heiratenden Kinder. Die väterliche, absolute Gewalt über die Kinder ist aufgehoben. Der Oberste Gerichtshof erkennt grundsätzlich nur noch ein gesetzlich geregeltes väterliches Erziehungsrecht bis zur gesetzlichen Mündigkeit der Kinder an, und er schützt selbsterworbene Vermögen der Familienangehörigen als persönliches Eigentum. So lösen sich die alten Familienketten. — Noch erhält zwar die Macht des Herkommens auch im neuen Zivilgesetz den Söhnen aus dem Konkubinat das Erbrecht in das väterliche Vermögen zu gleichen Teilen wie den Kindern der Ehefrau, aber das Konkubinat selbst ist schon nicht mehr der Ehe gleichgestellt. Es gilt gesetzlich als freiwillige, jederzeit lösbare Geschlechtsverbindung, nicht als Ehe; und Blutsverwandtschaft unehelicher Kinder mit dem Vater kennt das Gesetz gar nicht mehr. So fallen die Axtschläge landesfremder Kräfte in die religiösen Wurzeln des alten China. Die Heiligkeit der ungeschriebenen Familiengesetze geht dahin.

Im Strafgesetz des Herrn Wang Chunghui ist diese Aushöhlung der heiligen Grundlagen der hergekommenen Familienverfassung des alten China zum System erhoben. Der Artikel 254 verordnet strengste Monogamie. Die Artikel 361, 368 und 378 heben die Autorität des Familienältesten und damit die Familiendisziplin endgültig auf, denn sie schützen Mißappropriation von Eigentum, Unehrllichkeit in der Vermögensverwaltung und Erpressung unter Familienmitgliedern vor Strafe.

Dieses Gesetzbuch ist also wirklich „fortgeschritten“. Eine Ähnlichkeit mit dem Lü ist nur vielleicht darin noch zu erblicken, daß körperliche Vergehen gegen Verwandte schärfer bestraft werden als Vergehen gegen Familienfremde. Aber auch hier verfällt der Vater der Familie, gleich den Anverwandten, der Strafe, und das zerstört die Illusion. Nur in einer Gesetzestat ist Herr Wang Chunghui noch nicht ganz so fortgeschritten: den Ehebruch bestraft er mit Gefängnis.

Zugestanden: China war zurückgeblieben. Aber bei aller Zurückgebliebenheit hatte es einen festen inneren Frieden. Jetzt hat es den „Fortschritt der Menschheit des Westens“ — und gar keine Möglichkeit des inneren Friedens mehr. Fortschritt ist Gärung, Zersetzung, — Krieg! — Der westliche, diktatorische Fortschrittswille schleuderte seine Gärstoffe, Drachenzähne, in diese kläglich-friedliche Dreihundertmillionenmasse. Er wollte die Erde gleichmachen für seinen Fortschritt, für Warenabsatz, für Industrie und Kapital. Wir hören seine Stimme noch nach gesetzlicher Ordnung, nach Sicherheit für Handel und Geldeswerte rufen durch das Getöse des Krieges in China, den er entfachte. Schafft Ordnung und Friede aus den Gärstoffen, die wir euch gaben, — dann, aber erst dann wollen wir euch auch das Glück borgen, Geld und Industrie!

Indessen aber muß China, zerrissen in seiner inneren Konstitution, zerfetzt am nationalen Leibe, unvermerkt, aber unvermeidlich fortschreiten auf das Endziel aller Auflösungsprozesse der Blutbindung zwischen den Menschen, zum Bolschewismus.

KARL GANZER:

Zur Geopolitik der Fischerei

Die Behandlung der Fischerei ist in den Mengen und Summen langer statistischer Aufstellungen nicht zu erschöpfen. Hinter und neben den rein zahlenmäßigen Zweckbeziehungen auf einen bestimmten Wirtschaftskörper steht die politische Betrachtweise mit der Aufzeigung großer Weltzusammenhänge, die gerade beim Fischereibetrieb, der so weit über die engen Landesgrenzen hinausgreift, besonders deutlich werden.

Sie zeigen sich schon bei der Grundfrage dieses ganzen Erwerbszweiges: Wo kann ich fischen, wo finde ich mein Brot; sie zeigen sich dort, wo es sich um die Abgrenzung der Fischgründe handelt. Es ist ja ursprünglich nicht

anzunehmen, daß ergiebige Striche von jedem befahren und ausgenutzt werden können. Der Stärkere verbietet zunächst dem Schwächeren einfach den Zutritt, und es werden eben so lange endlose Zwistigkeiten zwischen Privatfischern sowohl als auch ganzen Nationen ausbrechen, bis ein Übereinkommen das gegenseitige Verhältnis regelt. Für die Staatenwelt schafft internationale Einigung diese Ordnung und ihr schließt sich die gesetzliche Festlegung der Einzelbestimmungen in den vertragschließenden Ländern an.

Als die Grundlage aller derartigen Abkommen gelten heute die Begriffe von der Küstenzone und vom freien Meer. Auf ihrer Basis ist zur Zeit internationale Einigung darüber erzielt, daß das Weltmeer jedem offen sei und jedem zur freien Ausnutzung dienen könne. Es ist Gemeinbesitz aller Nationen. Nur über eine bestimmte Küstenzone hat allein der angrenzende Staat zu verfügen. Ihre Breite ist nach geltendem Gebrauch heute auf 3 Meilen festgesetzt, eine Größe, zu deren Ausmittlung man die alte Kanonenschußweite als höchst vagen, schwankenden Maßstab benutzte. Ganz folgerichtig blieben auch niemals Bemühungen aus, die Grenze über diese 3 Meilen hinauszuschieben. Schon vor Jahren forderten die nordischen Staaten (Rußland, Schweden, Norwegen) eine Erhöhung auf 12 Meilen und heute sind die Bestrebungen der Mächtigen nur allzu rege, die Kanonenschußweite an sich, gegenwärtig also 128 km, für die Grenzziehung in Anwendung zu bringen. Das verneint nun vollkommen den Gedanken vom freien Meer; denn jede Meerenge kann damit gesperrt werden, und selbst sehr breite Räume — 256 km bei Gegenküsten — sind leicht von jedem Verkehr auszuschließen. Der Plan rückt aber auch die andere Tatsache hell ins Licht, daß nämlich der Gedanke vom freien Meer nur dann auf praktischen Wert und Beständigkeit Anspruch erheben kann, wenn die Seemächte gemeinsam für seine Wahrung eintreten. Das aber wird wiederum nur dann der Fall sein, wenn sie in einem gewissen Stärkegleichgewicht zueinander stehen, so daß anmaßende Übergriffe hegemonielüsterner Einzelner durch die gemeinsamen Interessen der anderen zurückgewiesen werden können.

Dieses Stärkegleichgewicht ist seit dem Kriege nicht mehr gegeben. England hat es zugelassen, daß Amerika seinen Aufstieg zur beherrschenden Spitzenstellung antritt, der sich nicht nur in der Politik des Inselstaates, sondern ebenso sehr in der der Welt unliebsam genug auswirkt. Ganz klar tat ja das Flottenprogramm der Vereinigten Staaten diesen unerbittlichen Willen zur Vormacht kund. Die letzte Ursache für diesen nicht gerade erfreulichen Zu-

stand ist die Zerschlagung der deutschen Flotte, die als Gleichgewichtsfaktor in Europa und auch in der Welt wirkte. Man hat gerne ihr bloßes Dasein als ständige Bedrohung des Friedens und als Angriff auf die Weltgerechtigkeit bezeichnet. Allmählich aber beginnt sich die Einsicht zu regen, daß sie vielmehr als Machtfaktor und Garant für die Erhaltung der bestehenden Rechtsverhältnisse zu gelten hatte. Nur eines aus der langen Beispielreihe zeige die Durchsetzung der geltenden Seebestimmungen durch die Gemeinsamkeit, das Gleichgewicht Aller gegenüber unbilligem Egoismus. 1893 hatte Rußland Alaska an die Vereinigten Staaten verkauft und diese beanspruchten nun, auch das Beringmeer, einen sehr wichtigen Robbenschlagplatz und nicht unergiebigen Fischgrund, miterworben zu haben. Demgegenüber setzten die vereinigten Seemächte das Seerecht durch und brachten die Dreimeilenküstenzone auch hier zur Anerkennung. Ihrem gemeinsamen Einspruch lag nicht so sehr das Interesse am Beringmeer zugrunde als vielmehr das Interesse am Grundsatz der freien See.

Dieses Wenige über die weltpolitischen Zusammenhänge als Anregung und Zeugnis für die Verquickung der See- und Fischereiinteressen in den internationalen Weltlauf.

Für die Einzelstaaten differenziert sich die Bedeutung der Fischerei natürlich nach ihren geographisch bedingten Lebensverhältnissen. Aber auch hier heben sich typische allgemeingültige Züge wesentlich politischen Gepräges heraus.

Grundsätzlich zeigt sich überall, daß, wie jede Wirtschaft, auch die Seewirtschaft nicht in sich selbst alle ihre Kräfte hat, sondern daß zu ihrem Gedeihen immer der Staat mit seiner ganzen Macht schützend und wegbahnend dahintersteht.

Es sei hier abgesehen von den Vorschriften (z. B. Fischschutz betreffend), die er auflegt. Denn wichtiger als diese Zwangsbestimmungen sind die vielen Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen zur Förderung des Gewerbes.

Besonders viel liegt ihm in Entwicklungszeiten am Aufstieg der Hochseefischerei, die mit ihren reichen Erträgen der Gesamtwirtschaft wesentlich nützt als die Küstenfischerei. So werden Bauprämien für Hochseedampfer ausgesetzt, den Hochseefischern Ermäßigung der Hafengebühren gewährt, eigene Fischerhäfen angelegt, eigene Versicherungskassen errichtet. Was solche Hilfe nutzen kann, zeigt am eindeutigsten das Beispiel Japans. 1905 wurden der Hochseefischerei staatliche Unterstützungen gewährt. Die Folge: die Zahl

der Tiefseeschiffe, die vor der Staatshilfe sich auf 9 beziffert hatte, stieg auf 137, die Fangerträge wuchsen von 154 000 Mk. auf 1,6 Mill. Mk. an.

Auch wissenschaftlich steht der Staat den Privatbetrieben mit oft reichen Mitteln unterstützend und fördernd bei. Die wissenschaftliche zweckbetonte Erforschung der Meere kümmert sich nicht nur um die strategische Brauchbarkeit der Küsten, Möglichkeit von Hafenanlagen usw., sondern richtet ihr Merk auch auf die Untersuchung der Wasserverhältnisse, der Meeresströmungen, auf die Auskundung günstiger Plätze zum Ansatz von Fischbrut. Man kommt in Verfolg dieser Bestrebungen sogar dazu, Eier künstlich zu befruchten und sie dem Meer zur sicheren Erzielung von Fangfischen zu übergeben (Arendal in Norwegen). Gesellschaften und Ausschüsse für das gesamte Gebiet der Meeresforschung bestehen auch in Deutschland (Deutsche Seewarte in Hamburg; Deutsche wissenschaftliche Kommission für Meeresforschung in Kiel).

Von sehr wesentlicher Bedeutung unter diesen Hilfsmaßnahmen des Staates ist noch seine Sorge für die günstige Verwertung der Fänge im Binnenland. Neben der Anlage eigener Fischerhäfen kommt hier die eigenartige Einrichtung der Fischsonderzüge in Betracht, mit Kälteanlagen versehene Eilgüterzüge, welche die Fänge von den Hafenplätzen aus beschleunigt binnenwärts verfrachten.

Aber über all diesen Bestrebungen steht die Pflicht und selbstverständliche Notwendigkeit des machtpolitischen Schutzes der Fischerei, die so leicht Gefahr läuft, mit den Lebensinteressen anderer Nationen in Konflikt zu geraten. Auch hier müssen hinter und neben den zwischenstaatlichen Übereinkünften Wille und Kraft stehen, um die vertraglichen Rechte und Pflichten zu schützen. Die Fischerei als wichtige Lebensader im Staatskörper bedarf dieses Schutzes, den die Wehrflotte gibt. Ratzel sagt: „Überhaupt ist an der maritimen Entwicklung . . . wichtig . . ., daß das ganze Reich wirtschaftlich aufs engste mit der Küste verbunden ist und politisch ganz dahintersteht“. Die gesamtenglische Entwicklung beruht auf diesem Grundsatz. Im einzelnen weist Obst*) nachdrücklich darauf hin, daß die englische Kriegsmarine ihren wertvollsten Menschenzuwachs aus der Meeresschule der Fischerei bekommt, darin die engen politischen Beziehungen beider bezeugend. Aus Suzukis**) Bericht über Japan geht hervor, daß die Walfischgründe um Korea und die Fischnutzungsrechte an den russischen Meeresprovinzen als Hintergründe des Russisch-japanischen Krieges zu gelten haben; Japan hat sich nicht mit dem bloßen Schutz

*) Obst: England, Europa und die Welt. — **) Suzuki: Fisheries in the Japan Yearbook.

beschieden. Langhans*) leitet seine Ausführungen über Deutschland ein mit dem Hinweis, daß eine genaue, ins Einzelne gehende Kenntnis des Wirtschaftslebens an den deutschen Küsten nötig sei, um die notwendige Stärke der deutschen Kriegsflotte beurteilen zu können. Man beachte: das war im Jahre 1900. Aber sogar heute hat man noch so etwas wie eine Ahnung von der Notwendigkeit des bloßen maritimen Schutzes und bewilligte wenigstens die erste Rate des Panzerkreuzers. Auch zu dieser Erscheinung paßt ein Wort Ratzels: „Der Seehandel (und damit jede weitergehende Berührung mit der See) führt den Staat aufs Meer und zwingt ihn, Seemacht zu werden“. Diese Gegenüberstellung — der parlamentarischen Panzerkreuzerschlacht und der Worte des weltkundigen, wirklichkeitsnahen Gelehrten — zeigt den Widerspruch zwischen den auf theoretisch sicher sehr schöne Doktrinen gegründeten Ansichten und der durch hundertfache Erfahrung erkannten zwingenden Realität, die den Zusammenklang von Lebensäußerung und Lebensschutz fordert. Die Zahl der deutschen Fischdampfer, die 1913 sich auf 254 bezifferte, betrug 400 im Jahre 1927. Der Ausgleich des Gegensatzes, der zwischen diesem Wachstum und den verschwindenden Verteidigungsmöglichkeiten klafft, ist im Grunde nicht mehr und nicht weniger als auch eine Lebensfrage.

*) Langhans: Die Beziehungen der deutschen Küsten zum Binnenland (Petermanns Mitteilungen 1900).

HERMANN LAUTENSACH:
Ein geopolitischer Typenatlas

In seiner Abhandlung „Über politischgeographische-geopolitische Karten“ (Bausteine zur Geopolitik, S. 325—342) hat O. Maull mit vollem Recht betont, daß in einer Zeit, in der fast alle Zweige der Geographie von der Morphologie bis zur Siedlungskunde ihren Niederschlag in analytischen Sonderkarten gefunden haben, merkwürdigerweise nur selten versucht worden ist, die Staatenkarte auszubauen und die verschiedenen Teile der Politischen Geographie kartographisch auszuwerten. Gewiß konnte Maull auf seine eigenen, in der „Politischen Geographie“ gegebenen originellen kartographischen Versuche dieser Art, auf die Karten in Wütschkes „Kampf um den Erdball“ und einige andere Anfänge hinweisen. Sie haben sich seither da und dort, z. B. durch die prächtigen Darstellungen in W. Zieglers „Einführung in die Politik“ vermehrt. Aber fast immer waren die Karten bisher Beiwerk. Sie hatten die Aufgabe, geeignete Teile des Textes anschaulich zu unterbauen. Als einzige Ausnahme haben die Karten von M. Langhans-Ratzburg, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker (Pet. Mitt. 1926, Taf. 1), die Herrschaftsverteilung und Herrschaftsformen auf der Erde (Pet. Mitt. 1927, Taf. 14) sowie die staats- und völkerrechtliche Stellung der einzelnen Staatsteile (Pet. Mitt. 1928, Taf. 23) zum Gegenstand haben, zu gelten. In ihnen ist die Karte Hauptsache, der kurze Text dient nur der Erläuterung. Zum erstenmal wird dieses Prinzip jetzt für eine ganze Sammlung geopolitischer Karten durchgeführt. Es geschieht dies im Geopolitischen Typenatlas von Schmidt-Haack (Gotha, Justus Perthes, 1929), der 176 Kartenskizzen zur Veranschaulichung geopolitischer Erscheinungsformen auf 30 Seiten nebst 62 Seiten Erläuterungen bietet.

Ein solcher geopolitischer Atlas kann m. E. von vornherein nach drei Gesichtspunkten aufgebaut werden. Erstens kann man in je einer Folge von historisch geordneten Karten die raumgebundenen Züge in der politischen Entwicklung ausgewählter Staatsorganismen zeigen. In seinem Vorwort lehnt M. G. Schmidt diese Art des Aufbaus ab. In der Tat würde ein geopolitischer Atlas solchen Charakters einem historischen Hand- oder Schulatlas nicht allzu fern stehen, oder anders ausgedrückt, ein guter historischer Atlas, richtig genutzt, bietet für eine derartige entwicklungsgeschichtlich-geopolitische Betrachtungsweise schon reichlich Material.

Die zweite Art des Aufbaus, die M. G. Schmidt unerwähnt läßt, würde länderkundlich beeinflusst sein. Man würde ebenfalls vom einzelnen Staatsorganismus

oder von einer Gruppe solcher auszugehen haben. Zunächst hätte eine Reihe analytischer Karten die Lage, Grenzen und Struktur unter den verschiedensten Gesichtspunkten zu beleuchten (Lage zum Meer, zu den Gebirgen, im Flußnetz, im Verhältnis zu den Staatsnachbarn usw., morphologische und sonstige Grenztypen, geomorphologische, klimatische, sprachliche, religiöse, nationale, wirtschaftliche, staatsrechtliche usw. Gliederung), und auf jeder Karte wären die geopolitischen Kräfte anzudeuten, die aus dem jeweils dargestellten Gesichtspunkt sich ergeben. Einen Atlas dieses Inhalts, aber nur für ein einziges Land, stellt das einer sehr verständlichen geopolitischen Propaganda dienende Werk dar: A. E. Illés und A. Halász, „Ungarn vor und nach dem Krieg in wirtschaftsstatistischen Karten“, Budapest (1926). Eine zweite Reihe von Karten müßte synthetisch aufgebaut sein. Sie hätte die Beziehung des betreffenden Staatsraumes zu den länderkundlichen Räumen, seinen homogenen oder polygenen, seinen harmonischen oder disharmonischen Bau, die organische Funktion der einzelnen Staatsteile u. a. m. darzustellen, und auch auf ihnen wären die sich daraus ergebenden Entwicklungsrichtungen kenntlich zu machen. Bei dieser Darstellungsweise würde man sich wohl vorwiegend an die gegenwärtig bestehenden Staatsgebilde halten. Befähigen solche Karten doch ausgezeichnet zur Prognose! Aber man könnte den gleichen Gesichtspunkt ebenso gut auf frühere politische Konstellationen anwenden, vielleicht unter dem besonderen Gesichtspunkt, eine derzeitige Prognose durch eine faktische frühere Entwicklung zu stützen. Alle solche Karten wären von hervorragendem wissenschaftlichem wie didaktischem Interesse.

M. G. Schmidt hat einen dritten Weg gewählt, auf den der Name seines Atlas schon hindeutet. Er hat seine Karten nach systematischen, sachlichen Kategorien entworfen und geordnet. Er stellt Typen von geopolitischen Kräften auf und verdeutlicht diese jedesmal durch Karten aus ganz verschiedenen geschichtlichen Perioden und geographischen Räumen. Die Auswahl, die diese Typenkarten zeigen, ist meist eine ausgezeichnete. Das Altertum ist nur da in den Vordergrund gerückt, wo die einfachen Formen staatlicher Entwicklung in ihrer Frühzeit didaktisch und wissenschaftlich von ganz besonderem, einprägsamem Wert sind (z. B. die Länder um das Ägäische Meer unter Justinian, die Meerenge von Gibraltar unter römischer Herrschaft, der Rheingraben um 150 n. Chr.). Im Vordergrund stehen die gegenwärtigen geopolitischen Probleme, und zwar durchaus mit Recht.

Selbstverständlich wäre es möglich, alle die Gesichtspunkte, die soeben für die individuelle Betrachtung einzelner Staatsorganismen geltend gemacht worden sind, zur Typenbildung und ihrer kartographischen Auswertung zu benutzen. Man könnte z. B. analytische Karten für verschiedene geomorphologische Grenztypen, für Wasserscheidengrenzen, sprachgerechte und sprachwidrige, wirtschaftstreue und wirtschaftswidrige, verkehrstreue und verkehrswidrige Grenzen, für sprachlich oder national homogene, nahezu homogene, heterogene und extrem heterogene Staaten, für die verschiedenen Typen des staatsrechtlichen Aufbaus der Staaten,

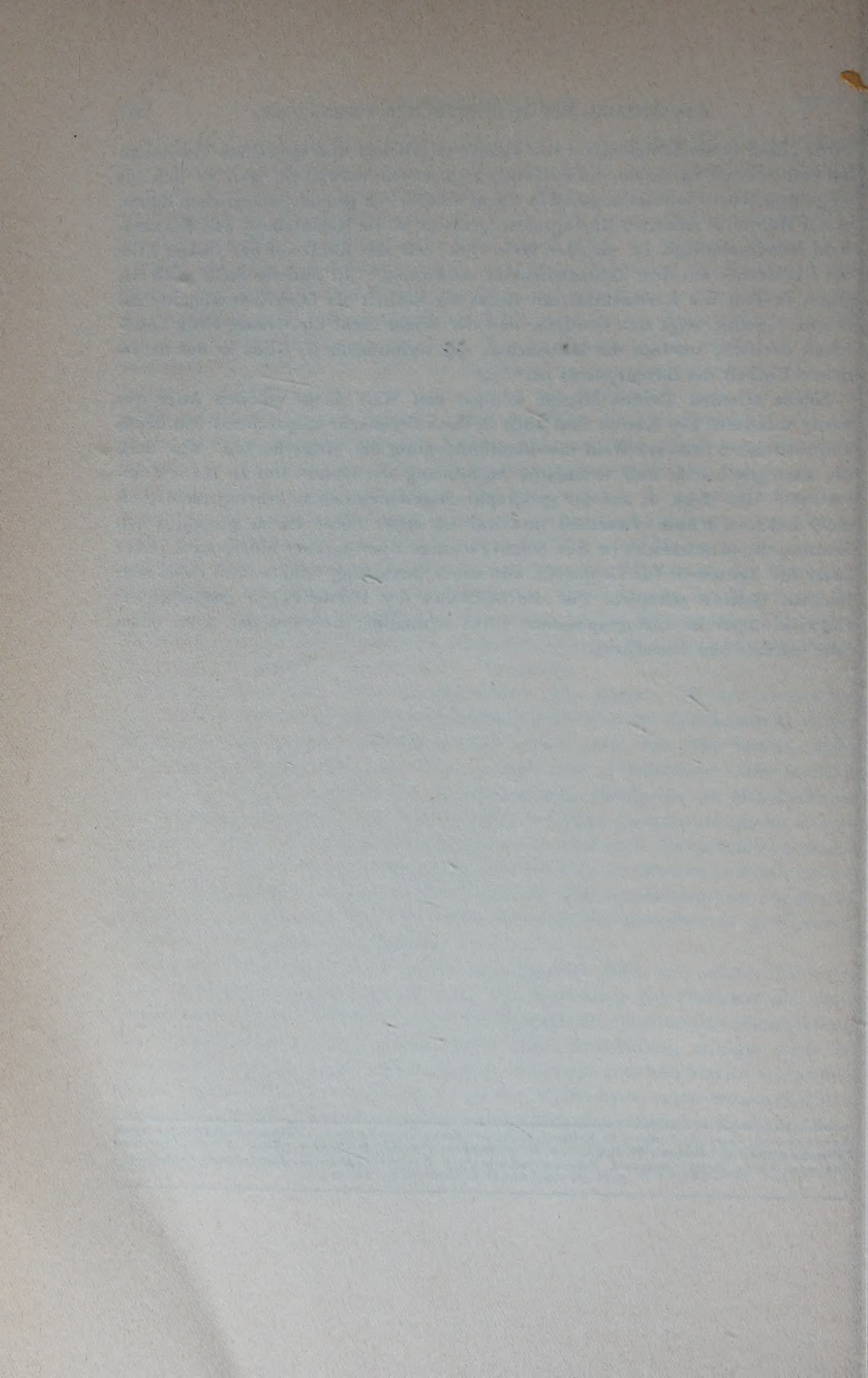
wie sie M. Langhans-Ratzburg aufgestellt, u. a. m. entwerfen. Ebenso könnte man synthetische Karten, etwa der Größenentwicklung (pagus-territorium-regnum nach W. Vogel), der großen geopolitischen Reibungszonen, der Harmonie und Disharmonie in der Staatsstruktur, der Typen der organisch-funktionellen Gliederung entwerfen. M. G. Schmidt hält seinen Atlas in engerem Rahmen. Er gliedert ihn nach den Gesichtspunkten: Das Meer, der Strom, das Gebirge, Landräume. Die ersten beiden Teile behandeln erschöpfend die verschiedenen Typen der Staatslagen in Beziehung zu Meer und Fluß und die aus ihnen sich ergebenden geopolitischen Entwicklungsrichtungen. Von der Benutzung von Pfeilen zur Kennzeichnung der letzteren ist dabei, im Gegensatz zu manchen vorwiegend dilettantischen Veröffentlichungen der letzten Jahre, ein wohlthuend sparsamer und vor allem kritischer Gebrauch gemacht. Von der Fülle der Gesichtspunkte, die fast immer je durch mehrere Beispiele belegt sind, zeugt die Gliederung des Meerabschnittes: Der Drang ans Meer, das Streben nach mehrfachem Seezugang, die künstliche Abschränkung vom Meer, das Streben nach der gegenüberliegenden Küste, eine überseeische Wachstumsspitze, das Streben nach Umfassung von Meeresbecken, das Übergreifen einer Macht auf beide Ufer einer Meerenge, die Gegnerschaft der beiden Meerengenufer, die Ansammlung der Mächte an der Meerenge, die Sperrung der Meerenge durch Torwächter, die Sicherung der Meerenge, die Kreuzung überseeischer geopolitischer Kraftlinien in den Mittelmeeren, die Küste als Leitlinie räumlichen Wachstums, Küstenlängsstaaten, Randstaaten ozeanischen Charakters, Randstaaten kontinentalen Charakters.

Schon in den letzten Teilen des Abschnittes „Der Strom“, die der trennenden und verbindenden Kraft der Flüsse gewidmet sind, tritt der Gesichtspunkt reiner Lagebeziehungen zurück. Vielseitiger noch, wenn auch, wie oben betont, nicht erschöpfend, sind die Abschnitte „Das Gebirge“ und „Landräume“. Hier werden, z. B. unter den Titeln: Paßstaaten im Hochgebirge, Paßstaaten im Mittelgebirge, die zentralisierende Kraft der Gebirgssenke, wichtige geomorphologische Raumtypen entwickelt, und in den Schlußabschnitten wird auch die sprachliche, nationale, verkehrs- und wirtschaftsgeographische Struktur der Staaten je durch ein bis zwei Beispiele belegt; aber der Gesichtspunkt der Herausarbeitung von Typen tritt eben wegen der geringen Zahl der jeder dieser Erscheinungsformen gewidmeten Beispiele mehr in den Hintergrund.

Sachliche Fehler findet man in diesem originellen Werk nur selten. Nur ein Punkt scheint mir der Erwähnung wert. Die Bedeutung des Flußufers als einer Leitlinie räumlichen Wachstums wird am Beispiel der territorialen Entwicklung des Großherzogtums Baden gezeigt. Aber diese Entwicklung erfolgte doch im wesentlichen unter napoleonischer Leitung und unter dem von Westen wirkenden Druck Frankreichs, das damals wie heute die Macht hatte, seine wissenschaftlich kaum haltbare These von der staaten- und landschaftsscheidenden Kraft des Oberrheins in die Praxis umzusetzen. Es scheint mir also mehr die Neben- als die Hauptsache betont zu werden, wenn in bezug auf Baden im Begleittext ausgeführt

wird: „Aber dieses Konglomerat von kleinen geistlichen und weltlichen Territorien hat sich schnell zu einem einheitlichen Staatswesen entwickelt, weil es sich als ausgesprochener Flußuferlängstaat in einem natürlichen geomorphologischen Raum, in die Hohlform zwischen Rheingraben (gemeint ist die Rheintalau) und Schwarzwald hineinschmiegt. In gleicher Weise hat sich das Elsaß auf der linken Seite des Rheintrogs aus dem Zehnstädtebund entwickelt.“ An anderer Stelle wird dagegen in Text wie Kartenskizze mit Recht die Einheit der Oberrheintallandschaft betont: „Somit zeigt sich deutlich, daß der Rhein nicht die Grenze einer Landschaft darstellt, sondern die Mittelachse, das verbindende (!) Glied in der natürlichen Einheit des Stromsystems ist.“

Solche seltenen kleinen Mängel können den Wert dieses schönen Atlas nur wenig mindern. Die Karten sind auch in ihrer Form sehr ansprechend: ein klares kontrastreiches Schwarz-Weiß mit Blauunterlegung der Meeresflächen. War doch die kartographische und technische Ausführung der Obhut von H. Haack anvertraut! Das Werk ist aus der geographisch-geschichtlichen Arbeitsgemeinschaft einer höheren Schule erwachsen und soll an erster Stelle einem geopolitischen Konzentrationsunterricht in der Schule dienen. Aber darüber hinaus wird jeder Leser der Zeitschrift für Geopolitik aus seiner Benutzung reichen und dabei sehr leichten Gewinn schöpfen. Für die Methodik der Darstellungen geopolitischer Entwicklungen in kartographischer Form schließlich bedeutet der Atlas einen sehr erfreulichen Fortschritt.



Zivilisation tötet die Völker...

denn die Fruchtbarkeit sinkt, je kultivierter die Menschen werden. Darum ist Europa ein aussterbender Kontinent.

Wie weit ist Europa auf diesem Wege? — Wie weit Deutschland? — Welche Gründe hat der zunehmende Geburtenrückgang? — Welche Gegenmaßnahmen sind möglich, und wie wirken sie sich in Frankreich, in Deutschland und in Italien aus?

Diese Fragen beantwortet das 5. Beiheft der „Zeitschrift für Geopolitik“, herausgegeben von Dr. Harmsen und Dr. von Loesch:

Die deutsche Bevölkerungs- frage im europäischen Raum

Inhalt: Harmsen, Die deutsche Bevölkerungsfrage als Problem der völkischen Schutzarbeit. — Burgdörfer, Die schwindende Wachstumsenergie des deutschen Volkes im europäischen Raum. — Harmsen, Die Bevölkerungspolitik Deutschlands, Frankreichs und des italienischen Faschismus. — Maas, Innereuropäische Wanderungen. — Grotjahn, Bevölkerungspolitik und Proletariat. — Szagunn, Wandlungen in den geistigen Grundlagen der Familie.

Oktav, 92 Seiten, 4 Karten und Skizzen —

Kartonierte M. 3.80

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH



Den Querschnitt von 20 Jahren Weltreise
gibt

Dr. Colin Koß

in seinem neuesten Buch

Die Welt auf der Waage

Geheftet M 3.25, Leinen M 4.-

Weltpolitik und -soziologie von einer neuen hohen
Warte aus, zu Ende gedachte Gedanken und letzte
Konsequenzen eines Menschen des 20. Jahrhunderts,
für den es Schranken der Zeit und des Raums nicht
mehr gibt.

Von dem Inhalt des Werks geben die einzelnen Kapitel ein Bild:

1. Das alte Weltbild und die Hypothese eines neuen. — 2. Die Verteilung der materiellen und geistigen Machtsphären der Rassen über die Erde. — 3. Amerika und Australien als weiße Kontinente. — 4. Die Rassenfragen und Kolonialprobleme Afrikas. — 5. Nationale und übernationale Ideen und Entwicklungen in Asien und Rußland. — 6. Die Großmächte von gestern und morgen. — 7. Der Kern Europas. — 8. Die neue Hypothese als Konsequenz der technischen statt der magischen Seeleneinstellung. — 9. Die Relativität der Moral und die Normung der Moralbegriffe. — 10. Das Wesen und die Gestaltungsmöglichkeiten der mannweiblichen Beziehungen. — 11. Die Reaktion des farbigen Menschen auf die Technisierung. — 12. Internationales Kapital, internationale Arbeit und das Rassenproblem. — 13. Vom Wesen menschlicher Herrschaft. — 14. Die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland als wesensverwandte Herrschaftsformen. — 15. Die europäische Hypothese. — 16. Die technisch-rhythmische Bedingtheit des Menschen von heute. — 17. Die Magie der Zahl. — 18. Der Mythos der Maschine.

Verlangen Sie kostenlos und unverbindlich den
ausführlichen Prospekt

f. A. Brockhaus, Leipzig